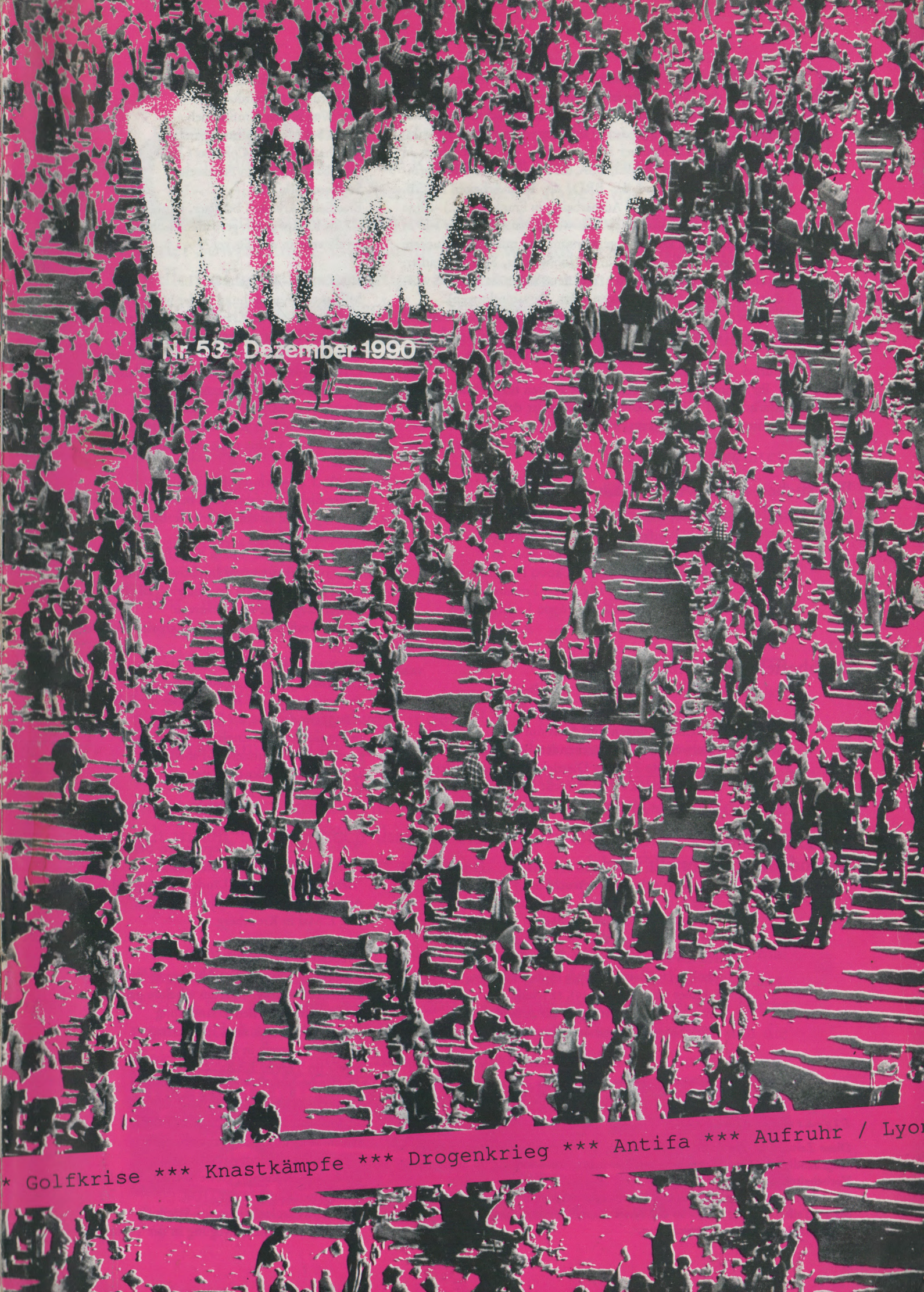

Wildcat
Nr. 53 Dezember 1990
* Golfkrise *** Knastkämpfe *** Drogenkrieg *** Antifa *** Aufruhr / Lyo

Wir haben übriggebliebene WILDCATS der zweiten Hälfte der "kleinen Serie" (43-49) gesammelt und in einen Schuber gesteckt. Von heute aus betrachtet waren das die Nummern, in denen sich neue Kämpfe niederschlugen (die Eisenbahner in Frankreich, die LehrerInnen in Italien, Rheinhausen, Türkei, USA, die Krankenhaus-Arbeiterinnen in Frankreich und der BRD, die Ford-Arbeiter in GB, schließlich die Metall- und Autoarbeiter in Frankreich ...) - ohne daß uns das selber immer so klar war. Zweitens haben wir in diesen Nummern versucht, gemeinsam und mit anderen unsere Erfahrungen in den 80er Jahren (Jobber-Inis, Sklavenhändler, Großbetrieb) so aufzuarbeiten, daß neue Vorstöße möglich wurden und werden (ArbeiterInnen-Netz, Versammlungen).

Diese sieben Hefte bestehen zum größten Teil aus Material und Analysen, die auch heute noch brauchbar sind, um die Koordinaten der weltweiten Kämpfe klarzuhaben (Südkorea, Brasilien, Türkei, Frankreich ...).

Ihr könnt den Schuber mit sieben Heften für 10 Mark (plus 2 Mark Porto) bei uns bestellen. Überweist dafür 12 Mark aufs Konto und schreibt dazu: "Schuber".

Wir suchen noch WeiterverkäuferInnen, bitte wendet Euch an unsere Kontaktadressen:

Sisina, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36
Sisina, Postfach 301 206, 5000 Köln 30
Wildcat, Postfach 306 325, 2000 Hamburg 36
Postlagerkarte 11 22 18 C, 7800 Freiburg
Postlagerkarte 05 88 52 D, 6700 Ludwigshafen

Buchbestellungen, Abos usw. an:

Sisina, Postfach 360 527, 1000 Berlin 36
Telefon 030 - 612 18 48 - *V.i.S.d.P. ist P. Müller*

Einzelbestellungen und Abos nur gegen Vorkasse.
Überweist den entsprechenden Betrag auf:
Sonderkonto Zeitung Dietrich, Postgiroamt Berlin
Kto.-Nr.: 31502 - 109 - vergeßt Eure Adresse nicht!
Einzelheft 4 Mark, Abo 20 Mark für 6 Hefte

Zur Zeit können folgende Bücher bestellt werden:

TheKla 5: Arbeiteruntersuchung, 7 Mark
TheKla 9: Mario Tronti, Erste Thesen, 9 Mark
TheKla 10: Zerowork, 12 Mark
TheKla 11: Jobber-Versuche, 7 Mark
TheKla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse, 7 Mark
TheKla 13: Klassenkämpfe im Sozialismus, 7 Mark
Schuber (WILDCAT 43-49), 12 Mark
ArbeiterInnenmacht gegen die Arbeit, 7 Mark
(alle Preise inkl. Porto und Verpackung)

Eigentumsvorbehalt

Diese Zeitung ist Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Eine "Zurhabenahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes.
Wird die Zeitung nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

WILDCAT 43 - Winter 87/88
Empörung in Rheinhausen
Der Weg in den Großbetrieb
Streik bei Mercedes im Baskenland
Wer hat Angst vor Cob(r)as / Italien
Eisenbahnerstreik in Frankreich
Südkorea (Teil II)
Brasilien - Arbeiter, Besetzer, Banditen
USA - Kampf gegen gespaltene Löhne
Streikwelle in der Türkei

WILDCAT 44 - Frühjahr 88
Militante Untersuchung in der weißen Fabrik
Interview mit zwei KrankenhausarbeiterInnen
BeschwerdeZentrum gegen die Psychiatrie
Bericht: Multinationale Arbeit in Hamburg
Erfahrungen aus einer Flüchtlingsinitiative
Vietnamesische Kontraktarbeiter in Polen
Europäische Migration - Thesen
Rheinhausen: Der Kampf als Spektakel
Euskalduna/ 3 Jahre nach der Schließung

WILDCAT 45 - Sommer 88
in der Elektronikfabrik und beim Sklavenhändler
Überlegungen zu einem ArbeiterInnennetz
Gesundheitssektor:
Streiks in England und in den USA
Umstrukturierung und Initiativen / BRD
Zehn Jahre gegen die Psychiatrie Teil II
Streikbewegungen in Westeuropa:
Ford / Großbritannien., Metallarbeiter in Paris

WILDCAT 46 - Winter 88
Diskussion über die IWF-Aktionstage
Interview: türkische Arbeiter über die Fabrik
Kämpfe in der "weißen Fabrik":
in Frankreich und England / in der BRD
Streik in der Behinderten-Fabrik
Die Oktoberrevolte in Algerien
Klassenkämpfe in Mexiko

WILDCAT 47 - Sommer 89
Widersprüche in der PflegerInnen-Bewegung
Hungerstreik bei VDO / Frankfurt
"Arbeiter haben keine Länder" *(Interview)*
ArbeiterInnenbewegung in der Türkei
Der 1. Mai in Kreuzberg

WILDCAT 48 - Herbst 89
Streik bei Peugeot / Tarifkampagne '90 /
Der Arbeitsmarkt / Warum arbeiten gehen? /
Berlin: ArbeiterInnenversammlung
Die Kliniken nach dem Tarifvertrag
Bergarbeiterstreik in den USA
Streik im Tegeler Knast

WILDCAT 49 - Februar 90
Arbeiterkampf in einer Berliner Fabrik
Nachschlag und Tarifverhandlungen
Übersiedler auf dem Arbeitsmarkt
Disk.: Klassenkampf, Gewerkschaft, Sozialismus
Zur Entwicklung in der DDR
"Der Löwe ist los" (Peugeot-Streik II)
Interviews: Arbeiterbewegung in der Türkei

Caspar Brötzmann im SO 36, die letzte Büchse Bier, Laurie Anderson im ICC, die Räumungen und Demos letzte Woche - die Zeitung. Über die Konzerte haben wir nix, aber dafür endlich was zu AntiFa und zu den Nationalitätenkonflikten in der Sowjetunion. Überhaupt haben wir uns diesmal mehr mit "aktuellen" Themen beschäftigt. So kommen zum Konflikt am Golf weitere Überlegungen nach dem Schnellschuß in der letzen Nummer. Interviews mit Arbeitern im türkischen Teil Kurdistans aktualisieren den Artikel in der WILDCAT 51.

Die Kämpfe der Knackis haben sich seit der letzten Nummer bis in die entlegensten Knäste ausgeweitet. Es wird auch dringend, sich mit Drogen zu beschäftigen. Denn einschlägige Erfahrungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß Drogen nicht nur Spaß machen, sondern knallharte Politik, auch gegen uns sind.

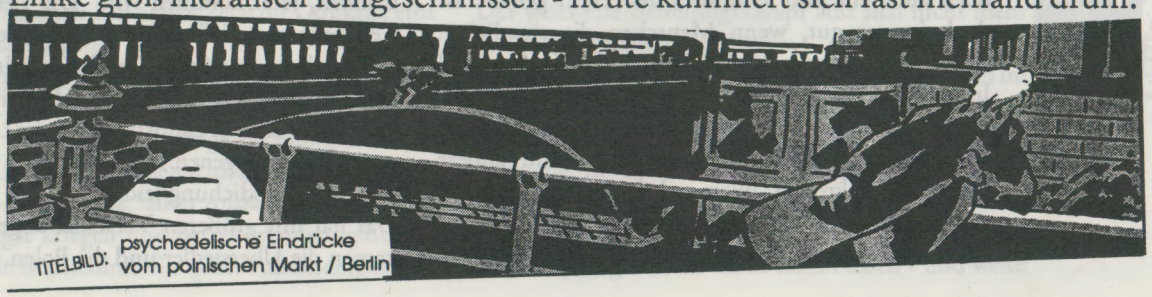
Alles zusammen nähert sich dem Problem Nationalismus, Rassismus, Klassenkampf. "Spaltungen in der Klasse" sind eng mit dem Klassenkampf verknüpft. Die Knackis z.B. kämpfen erstmal "für sich" - und denken da genauso wenig wie die türkischen Kids, die am 2. und 3. Oktober sich Straßenschlachten mit den Bullen lieferten, daran, daß sie mit ihrem Beispiel auch ihre Arbeiter-Eltern beflügeln, den Kampf aufzunehmen, keine Angst zu haben. Aber in der (Klassen-)Realität läuft genau das.

INHALT

Die Energie der Arbeiterklasse	2
Streik bei Daimler Benz/Südafrika	5
Klasse-Rasse-Nation	6
Nationalitätenkonflikte in der SU	7
Anti-Fa	12
Berlin-Lyon-Paris: Aufruhr	18
Golfkrieg	22
Kurdistan	24
Arbeiterpolitk?	26
Knastkämpfe	28
Drogenkrieg	32
TaxifahrerInnen organisieren sich	36
Streik bei vw/ Wolfsburg	40

Beilage: PLAKAT

Zu den Roma kommt nix, weil der Mensch, der was schreiben wollte, mal dringend wieder lohnarbeiten gehen mußte, weil er keine Kohle mehr hat. Wichtig wär 's gewesen, weil von CDU bis Lafontaine heute wesentlich härter gegen Flüchtlinge vorgegangen wird als vor n paar Jahren. Damals hat sich die Linke groß moralisch reingeschmissen - heute kümmert sich fast niemand drum.



TITELBILD: psychedelische Eindrücke vom polnischen Markt / Berlin

Die Energie der Arbeiterklasse

Klasse unter Druck

★ Eine Last auf den Schultern, das Gefühl, was weggenommen zu kriegen. Das Gefühl, daß "die anderen" ihre Ellenbogen einsetzen, Aggressivität ("selber die Ellenbogen einsetzen", "zurückzahlen"), die aber gehemmt bleibt. Eine diffuse Angst davor, was die Zukunft noch bringen wird... Der Alpdruck der Wiedervereinigung lastet im letzten halben Jahr auf allen. Ganz seltsame Überlegungen machten die Runde: "Die Mauer müßte wieder her, doppelt so hoch!", in dem Spruch trafen sich "West-Deutsche" mit DDR-Flüchtlingen der ersten Stunde. Sehnsucht nach einem verlorengegangenen Zustand, den man als unerträglich empfunden hatte, an den man sich aber gewöhnt hatte??

Die Apathie an der Oberfläche ist nur die Fessel. Darunter liegen ungeheure aufgestaute Aggressionen, Bewegungsdrang: Arbeiterklasse unter Druck. Im Sommer hat sich der Druck in der DDR noch teilweise in Streiks entladen, aber doch hauptsächlich in Reisen. Zurückgekehrt waren die Leute entladen, hatten aber nicht das erlebt, was sie sich erhofft hatten. Die Staus auf den Autobahnen waren die längsten seit langem.

Auf der Suche

Unter der Oberfläche haben aber viele Leute in der DDR auch ganz neue Erfahrungen gemacht: Viele (vor allem junge) haben die Arbeit hingeschmissen, wollen erstmal ausprobieren, wie sich's "arbeitslos" so lebt. Jugendliche haben ihrem spießigen Elternhaus den Rücken gekehrt, sind in der Gegend rumgetrampt, einige haben Häuser besetzt. In einem "kurzen Sommer der Anarchie" haben die Leute vor allem in den Knästen und in den Kasernen (aber auch in den Fabriken und auf der Straße) die Autoritäten abgeschüttelt, sich Bewegungsfreiheit und neue Bedingungen erobert.

Was die gesamte Linke am allerheftigsten beschworen und befürchtet, an allen Ecken ausgemacht hatte, gab es am allerwenigsten: "Nationalen Taumel", "Deutschtümelei", gar "Jubel", fand nicht statt. Die staatlich verordneten Jubelfeiern am 2. und 3. Oktober wurden zu peinlichen Flops, die Fernseh-Übertragungen waren streckenweise nicht von Satiresendungen zu unterscheiden. Dummerweise ist der Bewegung nix Besseres eingefallen, als "gegen Großdeutschland!" "gegen das Feiern, gegen das Vergessen" usw. - Wir hätten doch auch ein paar Gründe zum Feiern gehabt: ist doch immer gut, wenn Menschen die staatlichen Autoritäten ignorieren, den Staat außer Kraft setzen! In der Nacht zum 3. Oktober saßen auf dem ehemaligen Todesstreifen quer durch Berlin Jugendliche zusammen und ließen Rotweinflaschen und andere Gegenstände kreisen. Niemand der Beteiligten hätte sich das 1,2 Jahre zuvor träumen lassen.

Die Linke hat sich den Horror-Trip "Wiedervereinigung und nationaler Taumel" selbst verschrieben. Nirgends wird das so deutlich wie im allgegenwärtigen Schlagwort vom "Vierten Reich". Dahinter steckt keine Analyse, sondern die aberwitzige Vorstellung, die unter der deutschen Linke so in Mode ist, wenn wir alles möglichst schlimm darstellen, lassen sich die Menschen möglicherweise mobilisieren. Demo-Parolen wie "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" haben wirklich nur noch die morbide Phantasie der abgestorbenen Linken rübergebracht. Die einzige politische Kraft, die mit solcher "Propaganda" was gewinnen kann, ist die PDS. Sie kann versuchen, den Antifaschismus als ihr legitimes Erbe auszugeben und als Leim zu benützen, mit dem sie alle möglichen orientierungslos gewordenen Linken an sich binden kann. Für uns Linksradikale kann sie in den nächsten Jahren zu ner größeren Gefahr werden als es die Grünen je waren: Mit ihrem Versuch, als Ordnungspartei konstruktive Opposition zu machen, kann sie nur landen, wenn sie dazu beiträgt, alle "links von ihr" zu verteufeln und letztlich auszuschalten. Auf diesem Weg hat die PDS schon wichtige Schritte zurückgelegt mit ihrer Gleichsetzung von "linker und rechter Gewalt". Wir sagen nochmal: Was sich im Moment tut, hat mit Faschismus nix zu tun. Und die BRD hat sich mit der Vereinigung dermaßen viel Unstabilität, Renitenz und Chaos aufgeladen, daß sich eine revolutionäre Linke die Finger danach lecken müßte, in solchen Zeiten leben zu dürfen. In solchen politisierten Zeiten auch, wo du jedeN auf der Straße ansprechen kannst, wo jedeR mit dem zweiten Satz schon bei den grundlegenden Problemen des Klassenkampfs ankommt.

★ Bezeichnenderweise hat sich die Unzufriedenheit der DDR-Arbeiterklasse als Ruf nach Reisefreiheit artikuliert und dann auch so organisiert (sie stürmten die Grenzen). Auf der Flucht vor den Scheißbedingungen, auf der Suche nach einem besseren Leben, ohne daß man sich schon vorstellen könnte, wie das aussehen soll. Und so haben wir seither die "Ossis" auch in den Betrieben erlebt: sich erst mal alles angucken, reinriechen, vergleichen, ausprobieren, ob man sich durchsetzen kann, weitersuchen. Die Leute sind in Bewegung, aber sie wissen noch nicht, wohin.

Deshalb auch die Anleihen bei der West-Werbung, von den Slogans ("go west") bis zu den Produkten (Golf GTi). Die proletarischen Begierden entfalteten sich erst mal als Konsum - und traten damit den Menschen in Westdeutschland auf die Füße: in Berlin hat jede ne Geschichte zu erzählen, wie ihr "Ossis" den Orangensaft noch aus dem Einkaufskorb rausgenommen haben "Ihr habt 40 Jahre lang Orangensaft getrunken, jetzt kommen wir!" Die Leute gehen zum Teil ganz materiell aufeinander los: es gibt im Jahr 1990 keine europäische Großstadt mit so vielen Verkehrsunfällen wie in Berlin. Und es gibt im Moment ganz sicher keinen Landstrich, wo die Leute dermaßen unter (ihrem eigenen!) Wunsch nach Mobilität und seiner Verwirklichung leiden!

Das hat mit größeren Verschiebungen zu tun: Erst kamen die Übersiedler und die Polen. Dann die Aus-

siedler , und bevor man sich an die gewöhnt hatte, fiel schon die Mauer und die Ossis stürmten alles. Inzwischen sind noch Rumänen dazugekommen, und demnächst kommen die Russen. Alles Leute, die ihre Hoffnung auf ein besseres Leben hier einlösen zu können hoffen. Alles große Wellen, alles hohe Geschwindigkeiten, in denen in einem kurzen Zeitraum Menschen aufeinanderprallen, die sich nicht kennen, und oft nicht einmal miteinander reden können. - Die Art, wie die Leute das verarbeiten, riecht oft nach Rassismus: "Die Polen machen unsere (!) Straßen dreckig." "Die Ossis machen unsere Straßen unsicher." Türken: "Die Ossis nehmen unsere (!) Arbeitsplätze weg." DDR'ler: "Die Polen sollen in Polen bleiben!" - Gerade weil sich die ProletarierInnen als ihresgleichen erkennen, entwickeln sie Haß; gerade Prols für die ein Golf GTi als Kompensation für jahrelange Maloche herhalten mußte, können sich so richtig über die DDR-Autofahrer auskotzen. Die Klasse erstickt an ihrer eigenen Mobilität und haßt sich selber dafür.

★ Eine Reaktion gegen "zu viel Neue", "zu viel Fremde" ist der Wunsch nach "Ruhe", nach einem Ort, wo man selber das Sagen hat. Faschistische Propaganda kann daran ansetzen: "der Pole klaut unsere Lebensmittel", "der Deutsche hat keinen Lebensraum". Von solchen Sätzen, denen - wenn sie unauffälliger formuliert werden - spontan erst mal die allermeisten zustimmen werden, ist es nicht weit bis zur staatlichen Propaganda für Bevölkerungspolitik. Die CDU hat im zurückliegenden Wahlkampf zumindest in Berlin ganz auf solches Volksempfinden gesetzt: gegen Asylrecht, gegen Drogen und Straßenbanden, gegen Tempo 30. In den Auseinandersetzungen des letzten Jahres wurde schon fast vergessen, daß es Regierungsreferate und Bundestagsausschüsse waren, die in der zweiten Hälfte der 80er feststellten, "der BRD-Arbeitsmarkt braucht neue Ausländer" - daß sie die Schleusen geöffnet haben. Es ist eine jahrtausendealte Erfahrung der Herrschenden, daß sich Leute weit entfernt von ihren gewohnten Umgebung besser ausbeuten lassen. Nichts anderes haben die Stalinisten gemacht, um die geplante Industrialisierung der UdSSR durchzusetzen: Abschlachten der Widerspenstigen und Zwangsmigration. Das hat die Wurzeln der heutigen "Nationalitätenkonflikte" in der SU gepflanzt. Und auch in den aktuellen Auseinandersetzungen fährt die russische Zentralgewalt diese Schiene. Das gleiche Bild am Golf: die Ausbeutungskaskade der 70er-Jahre-Energiekrise ließ sich nur mit Millionen Wanderarbeitern und später -arbeiterinnen durchziehen. Gegen die Ansprüche und das (Verweigerungs-)Verhalten, das diese MigrantInnen entwikelt haben, setzt die Golfkrise eine neue Rotation ingang.
Und hier sind wir auch wieder bei den "Tagesfragen" in der BRD: Gegen das Verweigerungsverhalten der türkischen Band- und Montage-ArbeiterInnen versucht das Kapital, die "neuen AusländerInnen" auszuspielen. Und damit die "alten AusländerInnen" auch gehörig Angst kriegen und besser arbeiten, gibt's als flankierende Maßnahme ein neues Ausländergesetz.

Nationalismus und Rassismus in der Arbeiterklasse

★ Rassismus hat materielle Grundlagen. In einer Fabrik, in der zu 80% junge TürkInnen arbeiten, kann sich ein älterer deutscher Malocher ganz schön einsam vorkommen - schon, weil nur Türkisch gesprochen wird. Er kann sich wie der letzte übriggebliebene Idiot vorkommen, während die anderen Deutschen alle den Absprung geschafft haben aus dieser Knochenmühle. Und er macht die Erfahrung, daß die TürkInnen es in der Emigration gelernt haben, sich rasch informell zu organisieren: wenn er einen dummen Spruch abläßt, hat er sofort alle TürkInnen gegen sich, die dann mit Begriffen wie Rassist oder Nazi schnell bei der Hand sind...
Und das verstärkt sich gegenseitig: Den Leuten fällt es erstmal leichter, sich auf einer Basis von sprachlicher, kultureller, nationaler o.ä. Identität zusammenzuschließen. So können sie besser gemeinsame Interessen durchsetzen. Das geht zugespitzt von den türkischen Jugendgangs bis zu der "aserbeidschanischen Nation" in der Sowjetunion. Aber bereits die Tatsache, daß die Leute sich so organisieren, ist für andere wieder (manchmal begründeter) Anlaß zu Angst.
Natürlich werden an dieser Front ganz materielle Dinge verhandelt: Der Nationalismus der Ossis ist ihr Anspruch auf den gesamten Reichtum - und der Rassismus der Wessis ihnen gegenüber ist die Verweigerung dieses Reichtums (der Neid dessen, der 40 Jahre geschuftet hat und nicht will, daß seinem Nachbarn die Früchte "grad so" in den Schoß fallen).

Staatlicher Rassismus

Das Gefühl/Bewußtsein, daß wir, egal, was unsere Muttersprache war, Teil einer ausgebeuteten Klasse sind, kommt erst bei gemeinsamen Erfahrungen am Arbeitsplatz auf, wenn es darum geht, sich gegenseitig zu helfen, sich die Arbeit zu erleichtern. Und vor allem, wenn es darum geht, gemeinsam gegen den Unternehmer was durchzusetzen. Da sind die unterschiedlichen Sprachen, Religionen, Essensgewohnheiten das geringste Problem.

Anarchien und soziale Forderungen

★ Imperialismus und Kapitalismus stehen in der Konfrontation mit dem Ostblock als Sieger da. Aber im weltweiten Zugriff auf die proletarischen Lebensäußerungen und Perspektiven der Massen kann gerade daraus dem Kapital ein großes Problem erwachsen. Beispielsweise Afrika: Hier sind in diesem Jahr auch die sozialistischen Entwicklungsdiktaturen viel stärker unter Druck gekommen. Die Menschen wollen Brot und Einkommen. Sie lassen sich nicht mehr mit "Ost-West" verschaukeln. Sie haben die eigentlichen Inhalte der Bewegungen im Osten aufgenommen; die Imperialisten haben für die Situation in Afrika schon den Begriff zweiter "Wind of change" geprägt. Im ersten "Wind of Change" ging es um die Befreiung vom Kolonialismus, heute gehe es um die Durchsetzung sozialer Bedürfnisse jenseits irgendwelcher Staatsformen. Der weltweite Befreiungskampf läßt sich nicht mehr national einbinden.
Diese Wahrheit steht auch hinter den Bewegungen im Osten. Der ganze Ostblock ist in einem Jahr an Massenbewegungen zusammengekracht. Die staatliche Autorität ist dabei verlorengegangen. Es steckt ein gewisser anarchistischer Geschmack dahinter, wenn "die Moldawier" einen eigene Republik durchsetzen - sie sind weniger Leute als in Berlin leben - und wenn

dann innerhalb dieser Republik "die Kaugasier" ein eigenes Parlament wollen - sie sind etwa 150 000. Die staatliche Zentralgewalt hat jegliche Legitimation verloren. Sie kann sich oft nur noch mit der Entsendung von Truppen durchsetzen.

Krieg gegen die proletarischen Begierden

★ Der Kapitalismus ist deshalb dem Sozialismus überlegen, weil erstmal JedeR ein freier Mensch ist, tun und lassen kann, was sie will. Der Staat ist "nur" das Netz, das die schlimmsten Folgen auffängt: mit Arbeitslosengeld, Knast, Umweltpolitik ...

Selbst repressive Maßnahmen knüpfen an die Erfahrungen der "freien Menschen" an: der Angst vor "Straßenbanden"; der dumpfen Furcht vor "zu vielen Menschen"; dem Frust im Stau - mehr Polizei, schärfere Asylpolitik, mehr Autobahnen ... Aber diese "kapitalistischen Antworten" sind ständig in Gefahr, denn die Leute machen ja Erfahrungen miteinander, die solche Bilder auch immer wieder aufheben.
Hier spielen die Medien eine Rolle. Den Leuten muß die Angst vor sich selber immer drastischer eingeimpft werden. Weltweite Blutbäder, der Krieg aller gegen alle, die Bedrohung durch irrationale Kräfte ("Terror", "Islam"). Immer weiter klaffen Wirklichkeit und Medienrealität, eigene Erfahrungen und das "herrschende Bild" auseinander. (Nur nebenbei: darin liegt keine automatische Befreiung; es gibt durchaus das Phänomen, daß sich Leute an Kämpfen beteiligen und nachher die Medienversion der Ereignisse vertreten. Aktuell gerade: Beteiligung an Plünderungen und Randale und danach die totale Dominanz der "offiziellen Wahrheit" von den "kleinen Banden extremistischer Gewalttäter, die das verständliche Anliegen der Jugendlichen ausgenutzt haben".)

«Also erklärte die Administration den Krieg gegen die Begierden <War On Desire>, Sex und Drogen sind die aktuellen Ziele. Dieser Krieg gibt die verlockend vielseitige Vollmacht, in Lateinamerika einzugreifen, Minderheiten zu belästigen, Blutkreislauf und Sexualleben von staatlichen Arbeitern und Bürgern zu überwachen. Aber die Ziele Drogen und Sex sind weniger wichtig als das Schlachtfeld: Information.

Kampf gegen die Arbeit

Vergnügen und das Streben danach haben repressive Regimes schon immer als Dinge angesehen, die von Natur aus radikalisierend wirken. ... In den Achtzigern fand eine dramatische ideologische Reaktion auf den Radikalismus der Sechziger und sogar auf den lauen Liberalismus der Siebziger statt. Sie hatte ihren Höhepunkt mit dem Zusammenbruch des Kommunismus, der jeglichen übriggebliebenen Einfluß der traditionellen (und immer unwichtiger werdenden) Linken auslöschte.

Der Krieg gegen den Sex rechtfertigt den Kreuzzug gegen Abtreibungsrechte und die Weigerung, zur AIDS-Verhütung Sexualaufklärung zu betreiben. Der Krieg gegen Drogen rechtfertigt Flugzeugträger vor der kolumbianischen Küste, "Militärberater" (erinnert ihr euch an die?) in Peru, und quasi-militärische Besetzungen farbiger communities in den USA. Und beide rechtfertigen die "Notwendigkeit" für die Administration, Listen zu führen, die Rechte anderer einzuschränken und die eigenen Geschäfte streng geheim zu halten.

Der Krieg gegen die Begierden wird durch technologische Fortschritte kompliziert, aber es ist schwer zu sagen, wer davon am meisten profitieren wird. Werden Fortschritte bei Techniken der Geburtenkontrolle, wie RU 486, die Macht der Frauen stärken oder sie leichter kontrollierbar machen? Wem wird die Ausweitung der Informationsindustrie zugute kommen? Den Hackern, die Regierungsdateien plündern, oder der Bürokratie? Die Einführung der "personal" computer hat die staatliche Kontrolle über Information ausgehöhlt. Hacker tanzen durch die Dateien der Regierungen und Konzerne. Elektronische Schwarze Bretter und Modems haben Informationsnetze geschaffen, völlig außerhalb der Bürokratie. Jüngste drakonische Maßnahmen der Regierung gegen Haker zeigen, wie ernst sie die Bedrohung nimmt.

Soziale Kontrolle wurde immer in erster Linie über Propaganda ausgeübt. Wen interessiert schon, was ein paar tausend PC-Freaks denken, wenn die Millionen glauben, was - durch Umfragen untermauert - "glaubwürdige" NachrichtensprecherInnen als Wahrheit präsentieren? Aber je weiter die Massenmedien in ein republikanisches, religiöses Konzern-Märchenland abdriften, desto mehr Leute werden sich in einem Informationsdualismus wiederfinden. Was wir persönlich erleben und von unseren Freunden und Bekannten hören, entspricht ganz einfach nicht den irrelevanten aber scheinbar unzweideutigen Wahrheiten der Massenmedien.

Eine Zeit, in der es den meisten Leute unmöglich wird, die offizielle Realität länger zu glauben, ist für repressive Regimes sehr unbequem. Im "kommunistischen" Block wurden sie gestürzt. In China und den USA ziehen sie sich mehr und mehr auf brutale Gewalt und Zensur zurück.» *(Vorwort der letzten Nummer von Processed World / San Francisco)*

★ Der Knoten zwischen "jedeR kann tun und lassen, was sie will" und "jedeR fühlt sich durch die Freiheit seines Nachbarn beengt" kann nur durch eine soziale Bewegung geknackt werden, die mit dem Haß auf die Arbeit offensiv umgeht. Denn der Widerspruch wird nur über Arbeit vermittelt: Du kannst konsumieren so viel du willst, aber du mußt mit echten Scheinchen bezahlen - und für die mußt du arbeiten! Und er kann nur durch den Kampf gegen die Arbeit geknackt werden. Jeden anderen Kampf kann das Kapital immer wieder als Antriebskraft für die eigene Entwicklung umlenken.
Die Fragen, wie das gehen kann, kann nur eine gesellschaftliche Bewegung auf die Tagesordnung setzen: Verweigerung des Konsums, Entwicklung neuer Bedürfnisse ... - das sind keine Dinge, die "politische Kräfte vordenken" könnten. Dabei kommt nur das "ökofaschistische" «Wir alle müssen mit weniger zufrieden sein» raus.
Die allgemeine "gefesselte Aggressivität" schlägt heute sehr leicht in Gewalttätigkeiten um - eben nicht nur gegeneinander, sondern in letzter Zeit wieder viel häufiger gegen den gemeinsamen Feind (von der Mainzer Straße bis Lyon usw.). Der Haß, der dabei ausbricht, wird selbstzerstörerisch werden oder sich innerhalb weniger Jahre in Resignation und Verbitterung zu-

rückbiegen, wenn es nicht gelingt, neue gesellschaftliche Bedürfnisse zu entwickeln und auszudrücken. Die Leute sind in ihrem Verhalten weiter als in ihrem Bewußtsein. «Die Bewegung schämt sich für das, was sie will und behauptet deshalb, was anderes zu wollen.» Auch hier kommen wieder die Medien ins Spiel, die im letzten Jahrzehnt sehr effizient jede proletarische Lebensäußerung sofort als "Kunst" abgetrennt und kommerzialisiert haben. Auch daher der proletarische Haß auf die Vermittler dieser Arbeit: die Journalisten.

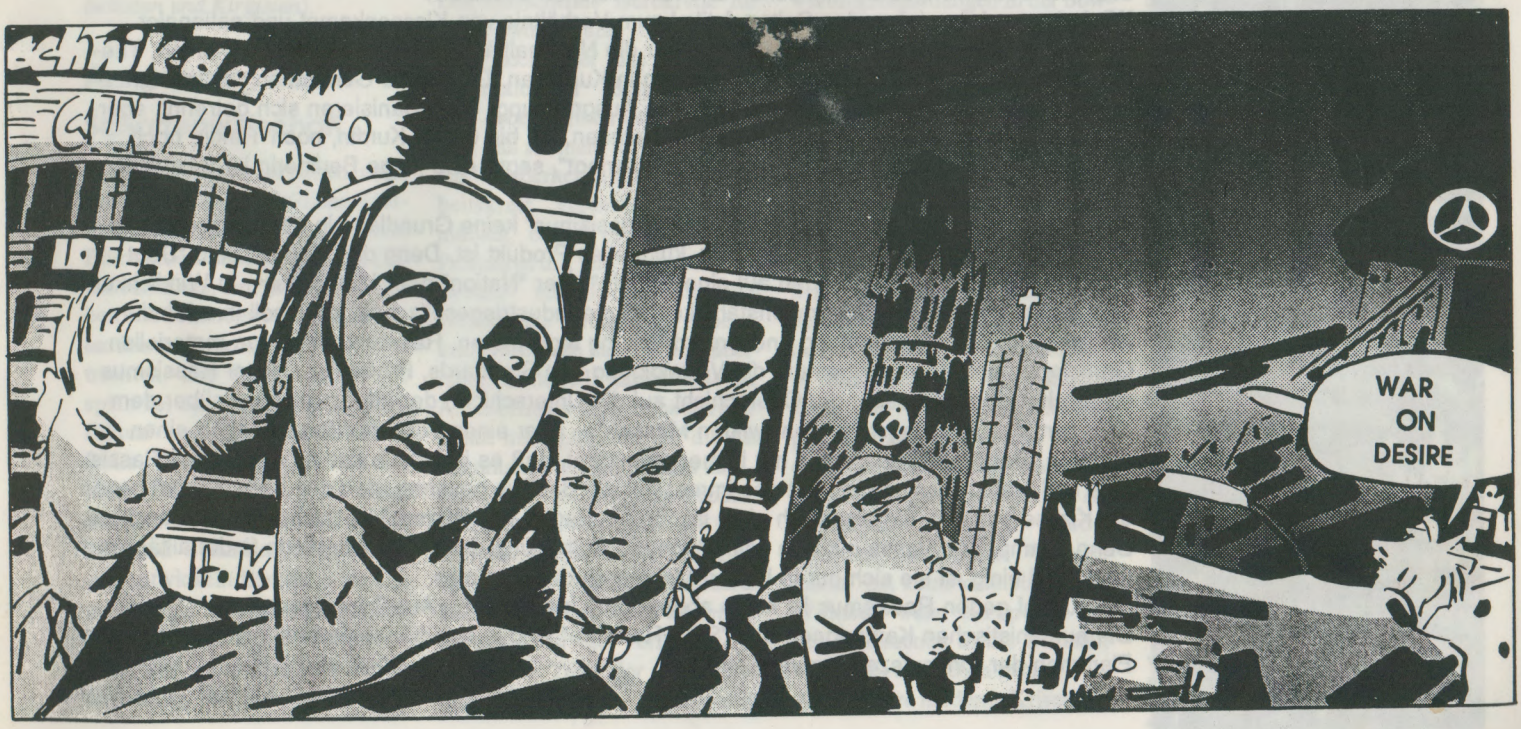
Revolutionärer Kampf gegen das, was den ganzen Schrott produziert!
Kampf gegen die Arbeit!
Entwicklung unserer Bedürfnisse: Für ein Leben ohne Arbeit!

Streik bei Daimler-Benz in Südafrika

Zur Modernisierung des südafrikanischen Gesellschaftssystems (Nach-Apartheid-Ära) gehören auch moderne Gewerkschaften.
Der wilde Streik bei Daimler-Benz/Südafrika im Herbst 90, der sich ausdrücklich gegen das partnerschaftliche Gewerkschaftskonzept richtete, schlug da wie eine Bombe ein. In großer Einmütigkeit versuchten NUMSA, IG Metall, Konzernleitung, die Regierung des Homelands Ciskei und indirekt der ANC und die Kommunistische Partei die Situation wieder unter Kontrolle zu kriegen.
Der Streik wurde zunächst verloren - aber er hat eine große Bedeutung, weil die Arbeiter jetzt schon deutlich gemacht haben, daß sie weitergehende Vorstellungen von gesellschaftlicher Umwälzung haben als "Regierungsbeteiligung des ANC" - und vor allem: daß sie selber kämpfen können.

Die Vorgeschichte
1989 wurde von Daimler und der Automobilarbeitergewerkschaft NUMSA ein Vertrag ausgehandelt, der die "beiderseitige Verantwortung für industriellen Frieden und Stabilität, die Aufrechterhaltung akzeptabler Arbeits- und Verhaltensstandards, Wachstum und Lebensfähigkeit des Unternehmens" festlegt.
Ebenfalls 1989 wurde das Nationale Verhandlungsforum (NBF) gegründet, das sich paritätisch aus Unternehmens- und Gewerkschaftsvertretern zusammensetzt und die Funktion hat, Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Autoindustrie einheitlich zu regeln. NUMSA hatte diesen Zusammenschluß mit Hilfe von Streiks durchgesetzt.

Der Streik
Am 8. August verlangen 18 von 23 Shop stewards bei Daimler die Aufnahme von separaten Lohnverhandlungen. Am 16. besetzen mehrere hundert Arbeiter die Fabrik in East-London. Sie fordern den Austritt der Firma aus dem NBF (und damit aus den laufenden Tarifverhandlungen), um Lohn- und Arbeitsbedingungen direkt auszuhandeln. Sie verlangen 3,50 Rand mehr pro Stunde, was einiges über dem zu erwartenden Tarifergebnis liegt.
In ganzseitigen Anzeigen in südafrikanischen Zeitungen spricht die Firmenleitung von tätlichen Angriffen auf Gewerkschaftsfunktionäre und Streikbrecher, Zerstörung von Firmeneigentum und Verhinderung der Produktion. Sie glaube dennoch an eine friedliche und konstruktive Lösung und daran, daß «das organisierte Kapital und die organisierte Arbeiterklasse eine äußerst wichtige Rolle bei der Entwicklung einer lebendigen, demokratischen, nicht-rassistischen Gesellschaft spielen.»
Nachdem es den Gewerkschaftsfunktionären nicht gelingt, die Arbeiter zum Verlassen der Fabrik zu bewegen, erwirkt das Management am 19.8. eine gerichtliche Räumungsverfügung - ebenfalls ohne Erfolg. Am 21.8. demonstrieren über 700 Arbeiter durch die Fabrik. Daraufhin sperrt Daimler aus, kündigt etwa 200 Streikenden und kündigt eine «polizeiliche Lösung» an, falls NUMSA nicht in der Lage ist, die Arbeiter zum Verlassen der Fabrik zu bewegen. Auch der NBF drängt auf eine Lösung - die NUMSA soll sicherstellen will, daß sich alle Mercedes-Arbeiter an einen ausgehandelten Tarifvertrag halten.
Am 2.9. wird die Besetzung durch schwerbewaffnete Polizeieinheiten beendet, die die Arbeiter mit Prügeln und Hunden vom Werksgelände treiben. Die Verhandlungen über die Wiedereinstellung der inzwischen 538 entlassenen Arbeiter werden fortgeführt. Daimler fordert Garantien von NUMSA, daß alle anderen Arbeiter bereit sind, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Produktion soll erst weitergehen, wenn sich NUMSA und Arbeiter auf die Einhaltung von Verträgen geeinigt haben - und das dauert: den September über bleibt die Fabrik geschlossen. ANC und Kommunistische Partei stellen sich auf die Seite der NUMSA. Das wird von den Arbeitern mit Pfeifkonzerten beantwortet, ANC-Symbole werden aus dem Betrieb entfernt.
Am 8.10. wird der Streik vorerst beendet.



Klasse - Rasse - Nation

Viele GenossInnen haben sich in den letzten Jahren an einem verengten Klassenbegriff abgearbeitet, mit dem sie tatsächlich laufende Kämpfe oder ihre eigene gesellschaftliche Situation nicht erklären konnten – und den Begriff deshalb ganz über Bord warfen. Feministinnen, Schwarze, ... haben auf "weiße Flecke" aufmerksam gemacht. Es wurde versucht, verschiedene Schichten des Proletariats zu definieren: entlang der Hautfarbe und des Geschlechts – um zu ermitteln, wer "ganz unten" steht und am revolutionärsten ist, weil sie gegen alle Arten von Unterdrückung kämpfen muß. Solche Versuche müssen scheitern, weil sie statisch bleiben.

Die ProletarierInnen scheinen sich einfach nicht so zu organisieren, wie die Marxisten es gerne hätten: als Klasse von Gleichen mit gleichen Bedürfnissen. Die Leute definieren sich oft als Angehörige einer ethnischen Gruppen, eines Geschlechts oder einer (unterdrückten) Nation.
Der Kapitalismus zerreißt alle persönlichen, räumlichen, feudalen Bindungen. Er macht die Mehrheit der Menschen zu Proletariern, die nichts zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft. Prinzipiell ist es dem Kapital egal, wer Träger dieser Arbeitskraft ist: Mann, Frau, Schwarzer, Weißer. Deshalb hofften die Marxisten, daß sich damit alle Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Klasse aufheben würden. Wir wissen inzwischen, daß der Kapitalismus als politisches System, als Kommando über die Arbeitskraft, ständig Ungleichheit produzieren muß. Denn er will nicht die "Einheit der Klasse", sondern eine in Nationen, ethnische Gruppen und Geschlechter aufgespaltene Masse von ProletarierInnen.
Obwohl das Kapital heute transnational operiert, IWF und Bankenkonsortien die Haushaltspolitik von Staaten bestimmen können, ist der Nationalstaat bis heute die einzig funktionierende Form bürgerlicher Herrschaft geblieben. Der Nationalstaat sperrt seine Arbeiterklasse in einem bestimmten Territorium ein und regelt über die Grenzen ihre Zusammensetzung.
Eine Nation ist nichts "Natürliches". Sie entsteht über die Durchsetzung einer gemeinsamen Sprache und Kultur auf einem abgegrenzten Territorium, das meist das Staatsgebiet ist. Die dort lebende Bevölkerung hat nicht von Natur aus eine ethnische ("rassische") Basis, sondern sie wird "ethnisiert" (Beispiel Türkei). Der Rückgriff auf eine gemeinsame Herkunft und Geschichte soll den Zusammenhalt dieser Bevölkerung über Klassenschranken hinweg gewährleisten.
In der Diskussion der Linken wird unterschieden zwischen dem dem chauvinistischen Nationalismus und dem "Nationalismus der Befreiung", der sich in ehemaligen Kolonien oder in Regionen formiert. Beidesmal versucht der Rückgriff auf eine ideelle gemeinsame Geschichte/Kultur/Sprache unterschiedliche Schichten zu vereinigen: zur Verteidigung des Vaterlandes bzw. im Kampf gegen den Imperialismus. Die Marxisten-Leninisten haben die nationalen Befreiungsbewegungen immer da als Bündnispartner gesehen, wo es noch keinen entwickelten Kapitalismus gibt. Ihre Revolutionen haben immer zur Errichtung eines bürgerlichen Nationalstaats geführt.

Was nützt uns diese Klarheit? Sie kann verhindern, daß wir uns kritiklos mit "Völkern" oder "fortschrittlichen" religiösen Bewegungen identifizieren. Aber sie ist **geschenkt**, wenn wir übersehen, daß die proletarischen Jugendlichen in Palästina, Kurdistan, Nordirland, Baskenland, sich in solch einer "nationalen Befreiungsbewegung" organisieren bzw. ihre politische Führung anerkennen.
Und was nützt uns die bessere Analyse, wenn die Rechten mit ihrem nationalistischen und rassistischen Gedankengut die Menschen eher zu erreichen scheinen?
Wir haben auf den folgenden Seiten Artikel zum Verhältnis von Klassenkampf und nationaler Befreiungsbewegung zusammengestellt: über die Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion, Thesen zur Golfkrise und Interviews mit Arbeitern in Kurdistan. Die zweite Generation der Immigranten in Westeuropa organisiert sich gegen ihre Ausgrenzung. Sie organisieren sich getrennt, aber nicht als Nation: "Ich bin dreisprachig aufgewachsen, ich bin weder Kurdin, noch Türkin, noch Deutsche, ich hab von allen Kulturen was abgekriegt", sagte eine junge Berlinerin im Interview.

Am Haß auf die "Ossies" wird deutlich, daß "Rassismus" keine Grundlage in der "menschlichen Natur" hat, sondern ein historisches bzw. kulturelles Produkt ist. Denn die "Ossies" sind "Deutsche". Rassismus legt Menschen auf eine "Ethnie" oder "Nation" oder Kultur fest – in Wirklichkeit geht es um ihr Maß an "Integrationsfähigkeit" in die Industriegesellschaft, bzw. soll ihre Minderwertigkeit ihre Überausbeutung und Unterdrückung legitimieren. Rassismus setzt an materiellen Grundlagen an. Meist geht es um die Verteidigung von Standards, Privilegien. Hinter Rassismus stehen Klasseninteressen: der Oberschicht auf die Unterschicht, der Intelligenz gegenüber dem dummen Volk, die Angst vor den "wilden Massen" – oder eines Teils der Klasse gegen einen anderen. Der reale Sozialismus hat immer geleugnet, daß es innerhalb der Arbeiterklasse Rassismus und Nationalismus gibt, hat das immer nur als Bazillus gesehen, den das böse Kapital gegen die Klasse einsetzt, die eigentlich einig ist. So ein Begriff von "Klasse" ist tatsächlich unbrauchbar. Denn "Kampf der Klasse mit sich selbst" um die Aufhebung dieser Widersprüche findet alltäglich statt. Und einig ist sie sich nur in lichten Momenten des Kampfes.
Der Kampf gegen Rassismus ist keine abgetrennte ideologische Auseinandersetzung.
Die humanistischen Kampagnen à la "SOS Racisme" sind in den französischen Vorstädten in den Flammen der Einkaufszentren verbrannt.

"Nationalitätenkonflikte" in der UdSSR

Die Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion sind keine "Folge" der Demokratisierung. Hier bricht kein "alter Hader" und auch kein vom stalinistischen Terror verdeckter Haß auf, zumindest nicht in erster Linie. Aus der Sicht von ArbeiterInnen und ProletarierInnen sind sie im Kern nichts anderes als regional völlig unterschiedlich gelagerte Kämpfe zur Absicherung oder Erhöhung von Lohn und Einkommen. In keiner Region wurde dabei von ihnen eine Art "positiver Utopie" hervorgebracht, sei es nun *der Islam*, *der Markt* oder ein *Neuer Nationalstaat*. Nur die neuen/alten Eliten haben da ihre klaren Vorstellungen und Konzepte.

Für ArbeiterInnen und ProletarierInnen sind *Tradition*, *Nation* und *Religion* Linien, entlang denen die knapper werdenden Güter gegen andere verteidigt werden, ganz gleich, ob es sich dabei um das Einkommen an sich handelt (*Usbekistan*), um Arbeitsbedingungen (*Baltikum*), um Lebensmittel (*Kasachstan, Ukraine, Baltikum*), soziale Einrichtungen (*Njagorni Karabach/Aserbeidschan*), Wohnungen (*Aserbeidschan*), oder um Wasserrechte (*Tadschikistan*) und Bauland (*Usbekistan und Kirgisien*).

Aufschwung der Schattenwirtschaft ...

Um das besser zu verstehen, müssen wir das augenblickliche Kräfteverhältnis in der SU zwischen Bürokratie und aufstrebenden Eliten einerseits, den in Staatsbetrieben und Schattenwirtschaft Arbeitenden andererseits genauer betrachten. Die Schattenwirtschaft spielt bei den "Nationalitätenkonflikten" eine ganz entscheidende Rolle. Dabei handelt es sich um einen Bereich der Ausbeutung, der sich entweder aus den Fabriken und Staatsbetrieben heraus erst entwickeln konnte, oder sich unabhängig davon, aber parallel dazu bildete. Seine Voraussetzung war die massenhafte Proletarisierung von Subsistenzbauern und ihre Konzentration als LandarbeiterInnen und FabrikarbeiterInnen. Als Produktionsbereich hat die heutige Schattenwirtschaft in der UdSSR keine "Tradition".

Das westliche Kapital zeichnet sich durch die Kontrolle über Produktions- und Lebensmittel aus. Über diese Macht verfügt der herrschende Apparat in der SU nicht. Er wird als "ausschließlicher Feind" gesehen und bekämpft sowohl von Teilen der Arbeiterklasse (z.B. den Bergarbeitern in der Ukraine und in Sibirien; den Erdölarbeitern in Sibirien) als auch von Technokraten und aufstrebenden Eliten der "Reformer". Teile der Fabrikarbeiter vor allem in Moldawien und in den Rüstungsfabriken im Baltikum, die sich ursprünglich aus 100-prozentigen Bolschewiken rekrutierten, bekämpfen jede Verschiebung der Machtverhältnisse in Moskau. Diese Loyalität geht über die übliche "Sozialpartnerschaft" hinaus. Versorgt mit einer ganzen Reihe von "Privilegien" (sichere Wohnung, höherer Lohn, bessere Versorgung mit Konsumgütern), garantiert ihnen der herrschende Moskauer Apparat ein im Sowjetmaßstab erträgliches und nicht zu anstrengendes Leben.

Die herrschende Bürokratie hat weder Macht über die Verwertung noch über das Proletariat außerhalb der "Staatsbetriebe". Um ArbeiterInnen dazu zu zwingen, daß sie mehr arbeiten, als sie zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft eigentlich arbeiten müßten, bedarf es einer "freien ProletarierIn", die über keinerlei Lebens- und Produktionsmittel verfügt, die einzig ihre Arbeitskraft verkaufen kann, um zu überleben. In der SU haben Teile der ArbeiterInnen eine Schattenwirtschaft mitorganisiert, auf die das Kommando keinen Einfluß hat.

Mit Hilfe "staatseigener Produktionsmittel" versorgen sie sich teilweise selbst. Unter Miteinbeziehung der unteren und mittleren Hierarchie haben sie in vielen Betrieben quasi die Verfügungsgewalt über Teile der Produktion und der Produkte. Andererseits existiert vor allem in den asiatischen Republiken ein derart weit verbreitetes ökonomisches Netz (Produktion wie Versorgung) jenseits aller Kontrolle durch die Moskauer Zentrale, das breiten Teilen des Proletariats dort ermöglicht, nicht in staatlichen Betrieben zu arbeiten.

Derartige Schattenwirtschaftsstrukturen sind aber nur in Regionen möglich, in denen ein Gemisch aus verschiedenen Industriezweigen vorherrscht. In den Schwerindustriezentren der Ukraine und Sibiriens, wo es keine oder wenig Lebensmittelproduktion gibt, bekämpfen die ArbeiterInnen "Mafiastrukturen" von Betriebskadern, da sie an den ArbeiterInnen vorbei ablaufen. Eine der Forderungen der ukrainischen und sibirischen Bergarbeiter war die Verhinderung von Schiebergeschäften mit Kohle und Werkzeugen, da diese letztendlich auf Kosten ihrer Prämien laufen. Die ArbeiterInnen dieser Regionen sind voll auf die Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern angewiesen. Die Hauptforderung bei ihren Streiks ist somit nicht nur "mehr Geld", sondern auch eine bessere Versorgung.

Die Umstrukturierung der Verwertungsbeziehungen in der Sowjetunion durch die verschiedenen Konzepte der Perestrojka zielt in erster Linie nicht auf eine "Modernisierung" der Produktion, sondern auf die Schaffung eines Proletariats, das ökonomisch in die staatlichen Fabriken und Betriebe getrieben werden kann.

Frühere Versuche, in den Fabriken eine höhere Produktivität durchzusetzen, scheiterten daran, daß es solch ein "freies Proletariat" nicht gab. Die"Anti-Alkoholkampagne" und die Erweiterungen des Prämiensystems waren ein Flop, da es keinen "freien Arbeitsmarkt" gab, in den hinein ArbeiterInnen entlassen werden könnten. Ein solcher "Arbeitsmarkt" hat keine disziplinierende Wirkung, wenn ein großer Teil der Entlassenen in die Schattenwirtschaft abtauchen kann.

Auch andere moderne Krisenstrategien, die der Apparat vom Kapital übernahm, wie die Preiserhöhungen, scheitern in den Regionen mit entwickelter Schattenwirtschaft, da die ArbeiterInnen dort mit der "Abschaffung des Geldes" reagierten. Mit einer noch weiteren Ausdehnung der Schattenwirtschaft wurde dem Rubel jede "Autorität entzogen", jemanden zum Arbeiten zu zwingen. Stattdessen wird fast alles schwarz besorgt und abgesetzt, nur noch der Tauschhandel zählt. Deshalb treffen die Preiserhöhungen neben den Rentnern vor allem die ArbeiterInnen in industriellen Monostrukturen, wie den Zentren der Schwerindustrie in Sibirien oder der Ukraine.

Vielleicht ist das aber gar nicht so ungewollt. Auch der Tauschhandel beruht auf Produkten, die hergestellt werden müssen. Und hier liegt umgekehrt eine Perspektive für die Bürokratie, Leistung wieder durchzusetzen. Die Schattenwirtschaft setzt gleichsam "von hinten" Arbeitsdisziplin durch, zunächst unabhängig und unkontrolliert vom Moskauer Kommando, aber wesentlich effektiver als dieses. Sie ist keine "Befreiung", keine Unabhängigkeit, sie bedeutet, zumindest für die Produzenten, wesentlich mehr Arbeit.

... und *Kooperativen*

Einen Teil ihrer Kontrolle erhält die Moskauer Bürokratie dadurch wieder, daß sie mit der Einführung sogenannter *Kooperativen* (Privatbetriebe) den Schwarzmarkt legalisierte und selbst in beträchtlichem Maße in diesen einstieg. Diese *Kooperativen* haben in manchen Regionen das Monopol im Verkauf von Lebensmitteln. Beispielsweise in den Industriestädten Kasachstans schöpfen sie mit hohen Preisen die «zu hohen Löhne» (Innenminister Bakatin) der Arbeiter wieder ab. In Regionen, in denen ArbeiterInnen wegen der dortigen Industriestruktur keinen Nutzen aus der Schattenwirtschaft ziehen können, wird diese zum Frontalangriff auf Löhne und Einkommen.

Aufgrund ihrer ökonomischen Si-

tuation haben die ArbeiterInnen sehr unterschiedliche Interessen. Die Verschärfung der "Versorgungskrise" ist aber nicht nur ein Angriff des Zentralstaates, sie drückt auch die Verfügung von Teilen der Klasse über verschiedene Produkte und deren Produktion aus. Beispielsweise weigerten sich die Landarbeiter bei der diesjährigen Ernte, mehr als das, was sie zu ihrem Bedarf sowie zum Tausch für Konsumgüter und Produktionsmittel benötigen, abzuernten. Daran änderte sich auch nichts, als der Staat die Löhne für die Erntearbeit verzehnfachte.

Bei der Verschärfung der "Versorgungskrise" brechen die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Teile von Arbeiterklasse und Proletariat offen auf. Sie müssen sich geradezu in "Nationalitätenkonflikten" entladen. Denn häufig entstehen "Nationen" erst aus der Erfahrung der gleichen materiellen Situation. Daher erheben sie einheitliche materielle Forderungen und haben einen Feind in Gestalt anderer "Nationen" vor Augen, denen es entweder besser geht, oder die durchgesetzte "Privilegien" gefährden.

An diesem Punkt berühren sich die Interessen der Arbeiterklasse und der aufstrebenden Eliten, die vor allem ihre Privilegien sichern und ausdehnen wollen. In *Volksfronten* mit überwiegend sozialdemokratischen Konzepten gelingt es ihnen teilweise, die Kämpfe von Proletariat und Arbeiterklasse für ihre demokratische Machtübernahme einzuspannen.

Der Aufschwung der *Volksfronten* ...

Ihren Ausgang nahmen die Nationalitätenbewegungen in den westlichen (europäischen) Republiken mit Protesten und Petitionen von Literaten, Philologen und Künstlern, die sich für die "Erhaltung des Kulturgutes und der Sprache" der jeweiligen Nation einsetzten - für die Schöngeister ein existentielles Problem, müssen sie doch bangen, bald gar nicht mehr verstanden zu werden, weil die Sprache ausstirbt, in der sie sich ausdrücken. Erst später kamen Ökonomen und Wissenschaftler aus technischen und sozialen Bereichen hinzu. Die vereinigte Intelligenz machte sich für eine Forcierung der Perestrojka in "ihrer Republik" stark. Als Mittel zur Durchsetzung sahen sie die Beteiligung an den Obersten Sowjets der Republiken.

.. durch Ökobewegungen ..

Vor drei Jahren waren für diese Bewegungen kaum Leute zu mobilisieren. Erst als in Armenien, in Bjelorußland, im Baltikum und der Ukraine breiter werdende Ökologiebewegungen entstanden und sich gegen den Zentralstaat in Moskau wandten, waren Demos mit 100.000 Menschen und mehr keine Seltenheit. Auch den Ökologiebewegungen stehen vor allem Intellektuelle vor. Sie werden aber auffallend stark auch von ArbeiterInnen mitgetragen. In allen Streiks der vergangenen zwei Jahre spielten die Forderungen nach Verbesserung der Umwelt-, und damit Lebensbedingungen eine zentrale Rolle (bei den Bergarbeitern in der Ukraine das mit Chemikalien verseuchte Trinkwasser, bei den Bergarbeitern in Sibirien Wasser wie Luft).

In Armenien ging der Konflikt um Njagorni Karabach aus einer Streikbewegung und Demonstrationen gegen eine Gummifabrik hervor. "Die Zentralregierung tut nichts, wir wollen in der Republik selbst mitbestimmen". Auch in den anderen europäischen Republiken fanden sich Nationalitätenbewegungen mit den Ökologiebewegungen zusammen.

Doch die Ökobewegungen laufen den Intellektuellen mehr und mehr aus dem Ruder. Bei einer Demonstration von weit über 100.000 Menschen gegen eine Kautschukfabrik in Jerewan wurde das KGB mit Leuchtkugeln und Mollis angegriffen, in Sibirien stürmten mehrere Tausend eine Chemiefabrik, die bei einem großen Teil der Bevölkerung Hautausschläge verursacht hatte.

...und durch die Krise!

Zudem bescherte die Krise in der gesamten SU den Nationalitätenbewegungen eine Massenbasis. Es kam die Idee auf, wenn die Republiken die Versorgung selbst regelten, gäbe es wieder mehr Konsumgüter - eine Logik, die sogar der gemäßigte Perestrojkaflügel um Gorbatschow verbrät.

Die *Volksfronten* sind jedoch eine fast ausschließlich "europäische Erscheinung". In den asiatischen Sowjetrepubliken sind sie unbedeutend.

In agrarischen Regionen wie dem Fergana-Tal in Usbekistan oder auch Regionen in Kasachstan existieren Strukturen des Schwarzhandels und der Schattenwirtschaft, die vielen ProletarierInnen in traditionellen Sippenstrukturen ein Einkommen garantieren. Der Moskauer Zentralstaat hat auf diese Strukturen keinerlei Einfluß. Im Rahmen von Perestrojka, die in Usbekistan bereits 1983 begann, versucht der Zentralstaat diese «korrupten Mafiastrukturen» zu zerschlagen. Perestrojka ist damit ein klares Feindbild in diesen Regionen. Volksfronten als Vermittlungsorganisationen dieser Strategie konnten sich nicht durchsetzen.

Der Haß auf die Perestrojka findet sich auch in den Industriestädten Kasachstans. Bei dem Aufstand in Novi Usen in der Ölförderungsregion von Kasachstan 1989 waren die *Kooperativen* neben Einrichtungen der Zentralgewalt Hauptziel der Angreifer.

Auch die *Aserbeidschanische Volksfront* unterscheidet sich von denen in Armenien oder im Baltikum beträchtlich. Zusammengesetzt aus Liberalen, Sozialdemokraten und muslimischen Gruppen war sie zunächst nur der Gegenpol gegen das *Karabach-Komitee* in Jerewan und andere tatsächlich nationalistische Gruppierungen. Diese sind vergleichbar mit den Zionisten in Israel und treten mit finanzieller Unterstützung aus dem Ausland für ein Großarmenisches Reich ein. Wie 80% der sowjetischen Muslime gehören auch die Aseris den Turkstämmen an. Deshalb tat sich die *Volksfront* anfangs schwer, eine eigene "nationale Identität" zurechtzubasteln. Ihre Hauptziele waren zunächst auch andere: Kampf gegen anti-armenische Ressentiments und für die Perestrojka. Diese ist ihrer Meinung nach die einzige Möglichkeit, «entwurzelte aserbeidschanische Marodeure» wie die «Mörder von Sumgait» sozial wieder einzubinden. Finanziert werden soll die Umstrukturierung in Aserbeidschan durch den Ausbau der Ölförderung. Deren Erlöse sollen nicht wie bisher an die Zentralregierung fließen, sondern in der Republik investiert werden. Die Intellektuellen der *Volksfront* in Aserbeidschan hatten jedoch keine Kontrolle über die von ihnen mit Parolen für "mehr Einkommen" mobilisierten Massen.

Die Volksfronten versuchen, Bewegungen und Kämpfe der Arbeiterklasse und des Proletariats für bessere Versorgung in eine Bewegung zur Modernisierung der Wirtschaft auf Republikebene umzulenken. Bei aller Massenbegeisterung für die nationalen Bewegungen wird das aber gerade nicht gelingen. Der Nationalismus ist gepaart mit "Bezugsschein--Mentalität", wie es ukrainische *Reformer*, die in Rathäuser gewählt wurden, bereits zu spüren bekommen. Kommt die ukrainische Volksfront *Ruch* an die Macht, wird erwartet, daß auf der Stelle die Zigaretten billiger werden. Die ukrainischen Bergarbeiter, die in ihren Streiks im vergangenen Jahr mit "Nationalismus" nichts am Hut hatten, unterstützten mit einem sogenannten "politischen Streik" im Juni diesen Jahres die *Ruch*. Mit Forderungen nach Neuwahlen in der Ukraine und einer eigenen ukrainischen Armee schwenkten sie scheinbar auf *Volksfront*linie ein (30% der ukrainischen Bergleute sind Russen!). Sie erhofften sich von diesem Schwenk eine schnelle Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Ihre Geduld ist aber anscheinend am Ende. Bereits im Juni hatten sich Kumpel gegen die *Ruch*linie gewehrt. Ein derartiger Streik sei sinnlos, man hätte im letzten Jahr länger streiken sollen, damit hätte man mehr erreicht. Die eng mit der *Ruch* zusammenarbeitenden *Streikkomitees* beklagen, daß ihr Vertrauensvorschuß bald verspielt sei, sie immer weniger Legitimation von Seiten der Arbeiter erhielten.

Überhaupt herrscht die Erwartung vor, daß alles wieder so wird «wie früher, wo es genug gab» - auch ohne größere Anstrengung. Motivation oder Leistungsbereitschaft, die "Republik aufzubauen", ist nicht zu sehen. Das heißt, wenn die Zentralregierung und die "Privilegierten" verjagt sind, kommen die Volksfrontregierungen unter Beschuß. An der Versorgungslage wird sich nichts verbessern, da es keine Mittel gibt, sozialdemokratische Geschenke zu verteilen und "der Westen" in den "Schlendrian" der Arbeiterklasse nichts investieren wird.

Der Kampf um Privilegien, Baltikum und Transkaukasus

Aus den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Transkaukasus und im Baltikum entstanden "nationale Bewegungen". Die Aseris kämpften nicht gegen die Zentralregierung und auch nicht für gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen. Sie richteten ihren Kampf hauptsächlich gegen Armenier, um sie zu verjagen und sich das wieder zu nehmen, was diese den Aseris weggenommen hätten.

Auch im Baltikum grenzen sich Teile der Arbeiterklasse in "Nationalitätenkonflikten" von anderen Teilen ab. Die verschärfte Versorgungskrise betrifft hier die langlebigen Konsumgüter. Das führte dazu, daß sich bei den Balten, die meist in der Landwirtschaft arbeiten, eine Bewegung für den Verbleib der in der Republik produzierten langlebigen Konsumgüter bildete. Ihr Motto: «Wir arbeiten mehr als Andere» bezieht sich auf die höhere Produktivität der baltischen Wirtschaft, die mit moderneren Anlagen ausgerüstet. Im Baltikum werden die höchsten Löhne der SU gezahlt, die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist besser als in den anderen Republiken.

Der offene Rassismus gegen die Russen, die den größten Teil der Industriearbeiterschaft stellen, rührt von "Privilegien" her, die diese im Baltikum genießen. Die russischen ArbeiterInnen ihrerseits organisierten Massenstreiks gegen die geplanten Rationalisierungsmaßnahmen der *Volksfront*-Reformer Massenstreiks. Streikziele waren der Erhalt des hohen Lohnniveaus, der besseren Güterbezüge und vor allem die Verhinderung von Entlassungen durch die Rationalisierung.

Die Auseinandersetzungen zwischen Armeniern und Aseris entzündeten sich an der zu Aserbeidschan gehörenden, mehrheitlich von Armeniern bewohnten Bergregion Njagorni Karabach. Die dort lebenden Armenier, hauptsächlich im Weinanbau und in der Landwirtschaft beschäftigt, fordern schon seit langem von Moskau eine Versorgung mit Konsumgütern, die der von Armenien entspricht. Dort liegt das Einkommen höher als in Aserbeidschan, weil in der Landwirtschaft und den Fabriken von Moskau mehr Lohn gezahlt wird als auf den Baumwollfeldern, die die Wirtschaft Aserbeidschans dominieren. Armenien gilt im Kaukasus von jeher als privilegiert, wird besser mit Gütern versorgt als andere Republiken, verfügt über eine bessere Gesundheitsversorgung, mehr Schulen und Kindergärten. Die «Freundschaft zwischen Russen und Armeniern» rührt von Seiten der Armenier daher, daß sie sich von den Bolschewiken befreit und zugleich beschützt fühlten vor dem türkischen Imperialismus.

Umgekehrt baute sich Moskau mit den Privilegien einen ruhenden, sehr loyalen Pol im ansonsten moskaufeindlichen Kaukasus auf. Viele kaukasische Bergbauern erfuhren erst von der Revolution, als sie Anfang der 30er Jahre zwangskollektiviert wurden.

Mit Verschärfung der Versorgungslage und Demonstrationen gegen Schiebereien der Bürokratie wurde die Forderung breiter, den Obersten Sowjet in Armenien abzusetzen und Karabach der armenischen Unionsrepublik zuzuschlagen. Keineswegs dachten die Armenier daran, aus der SU auszusteigen.

Moskau reagierte mit einer großzügigen Spende von 1,2 Milliarden Rubel, mit denen in Karabach Krankenhäuser, Schulen, Gemeinschaftshäuser und eine Aluminiumfabrik gebaut werden sollten.

«Damit gäbe es in Njagorni Karabach mehr Krankenhäuser als in ganz Aserbeidschan» tönte es aus Baku. Die Reaktionen kamen prompt. Hunderttausende Aseris demonstrierten gegen die Bevorzugung der Armenier und gegen den Anschluß der Bergregion an Armenien. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen waren die Armenier in Karabach zuvor bereits in einen Generalstreik getreten. Die Rote Armee wurde eingesetzt, um die ArbeiterInnen, die sich hatten krankschreiben lassen, aus den Häusern zu holen und zur Arbeit zu treiben. Die Armenier begannen mit der Vertreibung von insgesamt 200 000 Aseris aus Armenien. Die Aseris ihrerseits fackelten in Karabach Häuser von Armeniern ab, stürmten Fabriken, demolierten sie und verprügelten die Malocher. Ende Februar kam es dann in der aserbeidschanischen Hafenstadt Sumgait zu einem Pogrom gegen dort lebende Armenier.

Für Arbeiter und Techniker, die bereit sind, in anderen Republiken zu arbeiten, besorgt die Moskauer Zentrale Wohnungen. Sie werden auch überwiegend an besser bezahlten Arbeitsplätzen eingesetzt. Dazu kommt, daß die "Ausländer" in den Betrieben meist Kapos oder "Ingenieure" sind, wie das teilweise auch in der aserbeidschanischen Erdölindustrie der Fall ist. Ihnen scheint das Pogrom von Sumgait hauptsächlich gegolten zu haben. Ausgerüstet mit Namenslisten wurden zunächst ganz gezielt Leute umgebracht, wie die Familie eines armenischen Funktionärs.

Andererseits wurde ein «hohes Maß an Solidarität» zwischen Aseris und Armeniern deutlich (Jerewaner Volksfrontler). In «tausenden von Fällen» seien Armenier von ihren aserischen Arbeitskollegen gewarnt worden, hätten in Stadtvierteln Aseris armenische Nachbarn versteckt. Anscheinend existieren die "Nationalitätenkonflikte" unter ArbeiterInnen, die in Fabriken die gleichen Jobs machen, in der Form gar nicht.

Die Trupps, die in Sumgait 32 Armenier umbrachten, waren Jugendliche aus den Slums der Industriestädte, viele von ihnen aus Armenien verjagt. Allein in die Slums von Baku, in denen bereits Hunderttausende wohnen, kamen 100.000 aserische Flüchtlinge aus Armenien hinzu. Nur etwa die Hälfte der aserbeidschanischen Männer "hat Arbeit", so die offizielle Version für "arbeitet legal in einem Staatsbetrieb". Diese "Arbeitslosigkeit", auf die ich weiter unten noch genauer eingehe, gibt es unter den Frauen nicht. Ihr hoher Beschäftigungsanteil in den Staatsbetrieben senkt die "Arbeitslosigkeit" insgesamt auf 30%. Die meisten von ihnen arbeiten für niedrigste Löhnen und in beschissensten Bedingungen auf den Baumwollfeldern. Wie in Usbekistan arbeiten kaum Männer auf den Feldern, weil ihnen der

Lohn "für diese Frauenarbeit" zu niedrig ist. Hier wird auch deutlich, daß die niedrigen Preise für Konsumgüter nicht unbedingt von der Subventionierung herrühren, sondern von Arbeitsbedingungen, bei denen jedes Jahr Massen von Frauen und Kindern draufgehen.
Bisher scheiterten alle Versuche, die männlichen Arbeiter zur Arbeit in anderen Regionen zu bewegen. Viele zogen stattdessen aus den Baumwollregionen in die Slums von Baku.
Um dort aus ihren Behausungen aus Pappe und Holz rauszukommen, machte sich die Losung breit, die Armenier «aus unseren Wohnungen» zu jagen. Ungefähr 200.000 Armenier wurden bis heute vertrieben.
Bereits 1988 und '89 war es in Armenien und in Aserbeidschan zu Generalstreiks gekommen. Das *Karabachkomitee*, den baltischen *Volksfronten* vergleichbar, organisierte in Jerevan im Sommer '88 einen Generalstreik für die Angliederung an Armenien. Während in vielen Betrieben der Streik grundsätzlicher gegen die Moskauer Zentralregierung verstanden wurde, und das *Komitee* Mühe hatte, die MalocherInnen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, setzte es in anderen Betrieben sogar durch, daß die durch Streiks ausgefallene Produktion in zusätzlicher Wochenendarbeit nachgearbeitet wurde.
Beides drückt unterschiedliche Vorstellungen vom einem «unabhängigen Armenien» aus. Breite Teile der Arbeiterklasse erhofften zu dieser Zeit eine Verbesserung der Versorgung durch eine Unabhängigkeit Armeniens inklusive Njagorni Karabachs. Hunderttausende Armenier bewaffneten, sich allerdings nicht gegen Moskau sondern gegen Aserbeischan. Die "unabhängige Republik" sollte nach wie vor auf dem Wege der demokratischen Machtübernahme durchgesetzt werden, aber mit Waffen auf Kosten Aserbeidschans vergrößert werden.
Die ArbeiterInnen in Aserbeidschan hatten direktere Ziele. Die *Volksfront* hatte in Baku im Herbst 1989 zu einem einwöchigen Generalstreik gegen die Annexion Karabachs aufgerufen, der in den meisten Betrieben des Landes durchgezogen wurde. Die Eisenbahner streikten länger mit eigenen Forderungen nach mehr Lohn und einer "Gefahrenzulage" für die Fahrten durch Armenien. 25 000 Eisenbahnwaggons mit Gütern für Armenien stauten sich in Aserbeidschan, über die sich die Aseris wochenlang hin zusätzlich versorgten, bis Sondereinheiten des Innenministers den Streik und die Plünderungen beendeten. Mittlerweile hatten sich Hunderttausende durch Überfälle auf Militärstützpunkte mit Waffen versorgt. In Aserbeidschan verlor der Garant der Loyalität gegenüber Moskau, die *Volksfront*, mehr und mehr die Kontrolle. In 18 der 28 Bezirke Aserbeidschans wurde die Regierung durch die verschiedenartigsten *Volksfronten* übernommen, und wo die Sowjetbehörden nicht freiwillig das Feld räumten, wie in Lenkoran und Dschalilabad, wurden sie mitsamt ihren Bullen und Milizen aus der Stadt geschossen.

Usbekistan: Der Aufstand im Fergana-Tal

In den asiatischen Landregionen organisierten sich die Stämme bisher einen Teil ihres Einkommens in Clanstrukturen. Die Einkommensstrukturen wurden von Perestrojka und Krise angegriffen. Und die Perestrojka ermöglichte es anderen Bevölkerungsgruppen, ihre bisherigen Privilegien als Handelsstrukturen auszubauen. Sie wurden damit zur zusätzlichen Bedrohung des Einkommens vieler Proletarier und Arbeiterinnen der Stammbevölkerung.
In Usbekistan war in der Breschnjew-Zeit, gestützt auf traditionelle Zusammenhänge in Stammbevölkerung, ein Netz von Beziehungen entstanden. In ihm waren die in der Schattenwirtschaft arbeitenden Proletarier, die Arbeiterinnen der Baumwollfelder mit den Schiebern und Schattenwirtschaftsbossen bis in die obersten Etagen der Bürokratie verwoben. Ausgeschlossen blieben Mitglieder anderer Volksstämme, die keine Posten in der Bürokratie und keine Jobs in den von den Usbeken kontrollierten Bereichen bekamen.
Von den 100 in Usbekistan lebenden Bevölkerungsgruppen standen die Usbeken ökonomisch immer am beschissensten da. Nach offiziellen Angaben leben 80% von den Baumwollfeldern, auf denen aber fast nur Frauen arbeiten. In den seit Anfang der 80er von der Zentralregierung bekämpften sogenannten Mafiastrukturen arbeiten hauptsächlich junge Männer. Die Schattenwirtschaft gliedert sich in zwei Bereiche, Drogenanbau, -verarbeitung und -vertrieb sowie die Produktion und den Vertrieb aller möglichen Waren. Dazu wurden beispielsweise landwirtschaftliche Flächen, die vom Moskauer zentralen Plan für Viehwirtschaft oder Baumwollanbau bestimmt waren, für den Anbau von Mohn und Hanf genutzt. Oder in Betrieben, die von Usbeken kontrolliert werden, werden ausschließlich Waren für den Schwarzmarkt produziert. Der Umsatz dieser Produktion umfaßt viele Milliarden Rubel. Abgesichert wird das dann mit falschen Planerfüllungszahlen, die von den mit Usbeken besetzten Ministerien in Taschkent an die Moskauer Zentralbehörden weitergeleitet wurden. Das ganze war also ein weitverbreitetes System, um das Einkommen aller Schichten aufzubessern, für Bürokratie und Schattenwirtschaftsbosse natürlich ungleich mehr als für das Proletariat.
Ein Beispiel waren die falschen Planerfüllungszahlen im Baumwollanbau in den 70er Jahren. Um die Produktivität auf den Baumwollfeldern zu steigern, wurde von der Zentralregierung ein Leistungslohnsystem eingeführt, das aber gegen die Arbeiterinnen auf den Feldern nicht durchsetzbar war. Die Planzahlen wurden nie erreicht. Der Moskauer Zentrale wurden jedes Jahr neue Rekorde in der Planerfüllung gemeldet, und die schob jedes Jahr höhere Prämien nach Usbekistan. Zugute kamen die Beträge nicht den Arbeiterinnen auf den Feldern, die nach wie vor für niedrigsten Lohn arbeiten, sondern ihren Männern, die mit den Geldern in der Schattenwirtschaft beschäftigt wurden.
In einer Republik mit einer derart großen Schattenwirtschaft war kein Mann in staatliche Betriebe zu bringen. Die Zentrale in Moskau errichtete im Fergana-Tal eine ganze Reihe von Chemiefabriken, in die sie aber Russen stecken mußte. Als Reaktion auf die Kämpfe zwischen Usbeken und Meßscheten 1989 sah die Zentralregierung vor, 200 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, was aber vergeblich sein dürfte, da es in Usbekistan keine Macht gibt, die die Schattenwirtschaft zerschlagen könnte. Das aber wäre die Voraussetzung für einen "freien Arbeitsmarkt", um die Männer in Staatsbetriebe zu treiben.
Die Strukturen unter den Usbeken haben sich nicht erst in den sechziger Jahren gebildet. Schon Stalin hatte enorme Mühe, das Fergana-Tal militärisch einzunehmen und zu befrieden. Die Subsistenzstrukturen wurden mit dem alles fressenden Baumwollanbau zerstört. Gleichzeitig gelang es auch, die islamischen Traditionen zu vernichten. Um die dennoch sehr starken Bindungen der Usbeken untereinander zu zersetzen, deportierte Stalin andere Stämme, wie die Meßscheten, ins Fergana-Tal. Die haben sich dann in den 60er Jahren einige "Privilegien" erkämpft, beispielsweise die Erlaubnis, Obst und Gemüse anbauen zu dürfen, was ein wesentlich höheres Einkommen garantiert als die Baumwollernte.
Zum Kampf zwischen beiden Volksgruppen kam es, als die Meßscheten seit Beginn der Perestrojka begannen, *Kooperativen* aufzubauen und für ihre Produkte kräftig die Preise erhöhten. Dazu kam, daß die Meßscheten von Moskau mehr Wohnraum und Bauland zugeteilt bekamen als die Usbeken.
Die Usbeken kamen in LKW-Kolonnen in die Städte der Meßscheten. Sie waren mit automatischen Waffen ausgerüstet. Eine organisierte Sippe ging gegen die andere los. Hier spielen keine romantischen Solidaritätsgefühle oder Vorstellungen von "Gerechtigkeit" eine Rolle, auch "die Tradition" und der Islam haben keine Bedeutung als Utopie. Darauf setzte nur die Zentralregierung. Sie schickte die letzten verbliebenen Imame auf die Aufständischen los, um sie im Namen des Islam zu beruhigen. Die Menge drohte, ihnen sämtliche Barthaare auszureißen, wenn sie nicht verschwinden würden.
Auch die Dorfältesten, die Moskau danach bemühte, um zum Frieden aufzurufen, scheiterten. Nach dem Appell der Ältesten ging es erst richtig los. Der Aufstand in Fergana war ein proletarischer Verteidigungskampf gegen einen anderen Teil des Proletariates.

Er hat nichts Richtungsweisendes, nichts Befreiendes an sich, vor allem nicht für die auf den Baumwollfeldern an den Arbeitsbedingungen langsam krepierenden Frauen, deren Ausbeutung sich durch die usbekischen Verteilungsstrukturen kaum geändert haben dürfte. Baumwollpflücken ist "Frauenarbeit", die Männer jobben bei der Mafia.

Nowi Usen/Kasachstan gegen Staat und Mafia

An der Versorgung, sei es durch Privilegien des Staates oder durch eine Beteiligung der ArbeiterInnen und ProletarierInnen an der Schattenwirtschaft, lassen sich Unterschiede im Kampfverhalten erkennen, auch was die "Nationalitätenkonflikte" betrifft.

In der Industriestadt Nowi Usen in der Kasachischen Ölindustrie am Kaspischen Meer ging von Jugendlichen im Sommer letzten Jahres ein Aufstand aus, der sich gegen Staat und Lebensmittelmafia richtete. Zwei Wochen lang lieferten sie sich Kämpfe mit Sondereinheiten des Innenministeriums. Trotz Abriegelung der Stadt griff der Aufstand auf die gesamte Region über. Die Aufständischen stürmten Verwaltungsgebäude, Parteigebäude der verhaßten KP sowie das Wasserwerk. Es war immer wieder zum Gegenstand des Hasses der ArbeiterInnen geworden, weil Trinkwasser rationiert wird, um die Industrie und die Landwirtschaft mit Wasser zu versorgen.

Der Aufstand wurde durch die überhöhten Lebensmittelpreise der *Kooperativen* ausgelöst. Sie liegen in den Händen kaukasischer Schwarzhändler. «Die Kaukasier» waren das Hauptziel der Jugendlichen, sie wurden verprügelt und aus der Stadt gejagt, ihre Geschäfte geplündert und abgefackelt.

Aus «Kaukasiern» (Aserbeidschanern) rekrutiert sich auch die gesamte Kapo-Riege der Ölfelder. Auch sie wurden angegriffen und wagten sich nur noch im Pulk, teilweise bewacht von der Miliz, in die Ölfelder. Mit "Nationalitätenhaß" gegen die Kaukasier hatte der Aufstand nicht viel zu tun. Es wurden lediglich gezielt Leute angegriffen, die maßgeblich für die beschissenen Lebens- und Arbeitsbedingungen verantwortlich sind. Dazu gehörten auch Parteibonzen, und die werden der "Nationalitätenkonflikte wegen" von der Stammbevölkerung, also den Kasachen, gestellt.

Der Unterschied zwischen dem Fergana-Tal und Novi Usen besteht darin, daß in der Kasachischen Ölindustriestadt keine Einkommen verteidigt werden, obwohl es auch dort Einkommen aus der Schattenökonomie gibt. Viele der Jugendlichen gelten als "arbeitslos", das heißt, da es kein Einkommen für Arbeitslose gibt, arbeiten sie in der Schattenwirtschaft. Als sie «die Kaukasier» angriffen, griffen viele von ihnen nicht nur die Schieber an, sondern auch ihre Arbeitgeber.

Der Unterschied zwischen beiden Regionen liegt zum einen an der Monostruktur der Ölförderung, das heißt, es gibt keine anderen Industrien, zwischen denen sich eine Schattenökonomie entwikkeln könnte. Zum anderen sind die Industriestädte der kasachischen Region gerade mal 20 oder 30 Jahre alt. Hier fehlen traditionelle Clanstrukturen, wie im Fergana-Tal, mit ihrer disziplinierenden Wirkung.

In Novi Usen gibt es anscheinend nichts zu verteidigen, weder "Privilegien" des Staates noch Einkommen der Mafia. Das einzig Verbindende mit dem Fergana-Tal ist der Haß auf die Perestrojka. Sie verschärfte die Lebensmittelknappheit und trieb mit ihren *Kooperativen* die Preise in die Höhe.

Die Arbeiterklasse kennt keine Nation

In den "Nationalitätenkonflikten" in einigen Republiken drückt sich eine Struktur innerhalb der Arbeiterklasse aus, die fabrikübergreifend einheitliche Bedürfnisse und Forderungen aufstellt und zu erkämpfen begonnen hat. Meist kämpfte sie bereits vorher gegen die Zentralregierung, aber ohne den gewünschten Erfolg. Daß sich die ArbeiterInnen auf die Parolen von der "unabhängigen Republik" einlassen, ist Ausdruck dafür, daß sie nicht bereit sind, für ihre Forderungen "produktiv Initiative zu ergreifen". Sie überlassen dies neuen/anderen Funktionären. Aber weder sind diese in der Arbeiterklasse verankert — Ausnahme ist hier wahrscheinlich Armenien — noch drückt dies ein "demokratisches Bewußtsein" der Arbeiterklasse aus. Im Gegenteil: bereits jetzt wird deutlich, daß die ArbeiterInnen nicht viel Geduld mit neuen Machthabern in den Republiken haben werden. Noch mehr Forderungen tauchen auf und werden immer massiver vorgetragen, während Niemand daran denkt, dafür mehr zu arbeiten. Die Kohleförderung in der Ukraine wird z.B. weiter gesenkt; andererseits lassen sich die ArbeiterInnen immer weniger für demokratische Belange wie eine neue Verfassung gewinnen.

Die neuerlichen Auseinandersetzungen in Kiew sind vor allem von Studenten getragen, die tagtäglich in die Fabriken laufen, «um die Arbeiter zu holen». Die jedoch erscheinen nicht so zahlreich wie gewünscht.

Dies alles trifft jedoch nur für die Kämpfe zu, die sich ausschließlich auf Strukturen der Arbeiterklasse stützen und aus diesen heraus organisiert wurden. Ganz anders sieht es beispielsweise in Aserbeidschan und in Usbekistan aus. Hier wurden keine Forderungen anderer Schichten "mittransportiert". Die Aufstände waren ein Ausdruck von Strukturen, an denen Teile des Proletariats zwar teilhaben, die sie aber nicht bestimmen. Weder waren in Usbekistan alle Teile der Arbeiterklasse beteiligt, noch gab es Ansätze, die Spaltung zwischen den Arbeiterinnen auf den Baumwollfeldern und den Proletariern in der Schattenwirtschaft, die von Teilen des Proletariats, den Männern, mitgetragen wird, aufzuknacken. Im Gegenteil, es ging in den Aufständen gerade um die Verteidigung dieser Spaltung.

Weder die Zentralregierung noch die Parlamente in den Republiken, in denen die *Volksfronten* mehr und mehr mitregieren, werden die Forderungen der Arbeiterklasse nach einer besseren Versorgung und überhaupt nach einem besseren Leben erfüllen können. Dazu müßten sie eine Steigerung der Produktivität gegen die Arbeiterklasse durchsetzen, und das gerade schaffen sie ja nicht. Republikübergreifend werden sich die Kämpfe angleichen und aufeinander beziehen, gegen den Zentralstaat *und* gegen die Republikreformer. Ausgenommen die

Teile der Klasse, denen es um den Erhalt von Einkommen und Privilegien geht. (Usbekistan, teilweise auch Baltikum).
Es gibt keine "ökonomische Autarkie" der Republiken, die Arbeitsteilung innerhalb der SU trägt zu einer weiteren Vereinheitlichung der Kämpfe bei. Über die Kooperation in den einzelnen Sektoren und über direkte Kontakte zu ArbeiterInnen in anderen Republiken, läuft ein Austausch über Arbeitsbedingungen und Kampferfahrungen. Litauische Landarbeiter aus Eireskju fahren ein paar Kühe tausende Kilometer nach Sverdlovsk in Sibirien, um sie gegen Ersatzteile für ihre Melkmaschinen einzutauschen. Sie schlachteten die Kühe dort und nahmen sie wieder mit samt den Ersatzteilen, weil die Malocher in Sverdlovsk sie gerne geräuchert haben wollen, und es dort keine Räucherkammern gibt. Sibirische Malocher fahren ein paar Wochen später nach Litauen, bringen eine neue Melkmaschine mit, holen sich die geräucherten Kühe nebst Hühnern und Eier ab. Ein anderes Beispiel sind die Strukturen zwischen sibirischen und ukrainischen Bergarbeitern, über die der Streik im vergangenen Jahr über tausende von Kilometern hinweg koordiniert wurde. Ein drittes Beispiel sind die Erdölarbeiter in Tjumen/Sibirien, die ihre gesamte Ausrüstung aus Fabriken in Aserbeidschan bekommen. Die Streiks in Aserbeidschan trugen mit dazu bei, daß in Sibirien immer weniger Öl gefördert wurde, da sich die Arbeiter in Tjumen mehr und mehr weigern, mit den vergammelten Produktionsmitteln weiterzuarbeiten. An die Drosselung der Produktion hängten sie eigene Forderungen nach einer besseren Versorgung und besseren Wohnungen.
Neue nationalistische Spaltungslinien, die die *Volksfronten* gegen die sich mehr und mehr "zusammenschiebende" Arbeiterklasse ins Feld führen, zeichnen sich bereits ab. Die territorialen Ansprüche der *Volksfronten* kommen sich ins Gehege, beispielsweise Moldawien und die Ukraine. Es ist fraglich, ob für diesen Feldzug "nach außen" noch einmal ArbeiterInnen zu mobilisieren sind. Denn die begreifen immer deutlicher, daß ihre Interessen denen der neuen Eliten frontal gegenüberstehen.

antiFADa

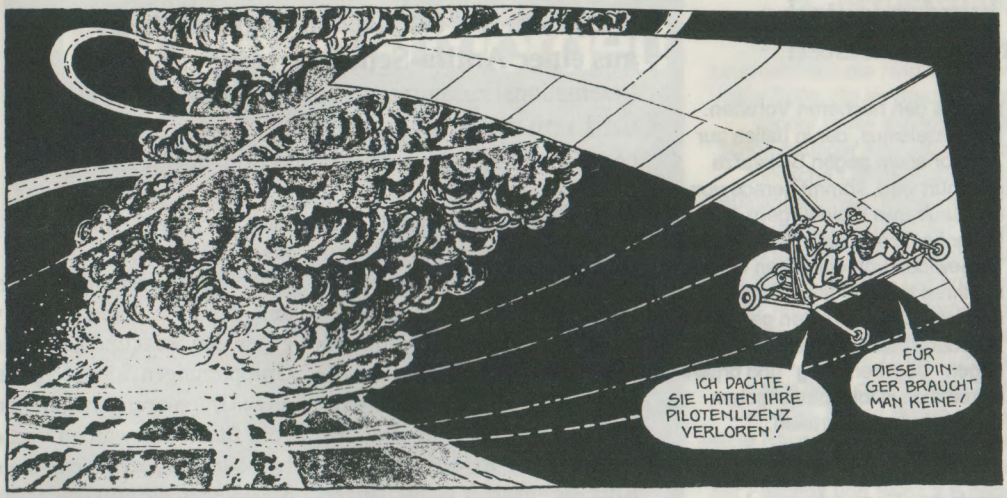
Vor zwei Jahren haben wir ein Interview mit türkischen Arbeitern veröffentlicht, in dem sie erzählt haben, wie sie gemeinsam mit Kollegen, die abends zum Treffpunkt der Grauen Wölfe gehen, einen wilden Streik organsiert haben. Das hat damals wütende Proteste in der LeserInnenschaft ausgelöst. Ehrlich gesagt sind wir auch recht hilflos, wenn "rechte" Arbeiter mit uns z.B. gegen eine opportunistische linke Betriebsratsmafia zusammenarbeiten wollen.
Gründe genug, endlich mal zu versuchen, die Mobilisierungen zu verstehen und auch in der WILDCAT genauer über Antifa zu diskutieren.

Mit wem?
GenossInnen aus unserem Zusammenhang haben lange Zeit Antifa gemacht und sich alle daraus zurückgezogen. In der Vorbereitung zeigte sich, daß eine Diskussion mit ihnen schwierig ist, für sie war die Sache so gegessen, daß sie nicht mehr den Nerv hatten, länger drüber zu diskutieren.
Wir haben dann Interviews mit aktiven Antifas gemacht. Aber auch daraus sind wir nicht recht schlau geworden über den aktuellen Stand von Diskussion und Praxis der Antifas.

Faschistische Gefahr?
Was sie nun eigentlich unter der "faschistischen Gefahr" verstehen, ist uns nicht klar geworden. Gibt es die überhaupt? Verstehen sie unter Faschismus die Möglichkeit der Machtergreifung durch eine faschistische Massenbewegung? Denken sie, daß der bürgerliche Staat mit der Verschärfung der Klassenkämpfe sich zum faschistischen oder korporativen Staat verändert? Oder halten sie Faschismus vor allem für etwas, das sich in den Köpfen der Leute abspielt?
Es gibt keine Massenbewegung, die sich in einer faschistischen Partei organisieren würde. Aber viele Leute landen angesichts der immer beschissener Verhältnisse bei "rechten" Erklärungsmustern.
Dagegen ist die Bedrohung durch rechte Schlägertrupps real. In Ostberlin halten sie Hausbesetzer in Atem, daß die Zeit für andere Sachen fehlt. Dagegen kann die Ausforschung ihrer Bandenstrukturen sinnvoll sein. Aber wir dürfen darüber nicht die Orientierung verlieren. Die Machtübernahme der faschistischen Internationale steht nicht an.

"Greift endlich die Richtigen an!"
Die autonomen Antifas sagen, daß sie über Antifa-Arbeit eine Verbindung zu den Massen herstellen wollen ("Kampf gegen Faschismus heißt Kampf gegen Kapital und Patriarchat"). Viele Leute, die sich vor zwei Jahren in der SchülerInnenbewegung politisiert haben, machen heute Antifa - biographisch ist Antifa eine junge Bewegung. Aber in den politischen Positionen und ihrem Rangehen an Probleme sind sie so uralt wie die Autonomen inzwischen alle.
Die Gangs haben ein praktisches Interesse; sie wehren sich gegen Anmache und Angriffe — und haben von Zeit zu Zeit Bock auf Randale auf der Straße. Zu ihnen gibt's kaum Verbindungen. Warum konnte uns keineR erklären.

Antifas greifen schnell zum Etikett "Faschist". Dagegen sprechen einige neue, knappe Erfahrungen, die nur die Diskussion eröffnen können: Wir haben einen Kasten zu den Hools in Berlin und der DDR gemacht, weil wir im Moment noch nichts Genaueres dazu schreiben können. In Potsdam haben wir ein Interview mit jungen Antifas gemacht. Sie haben sich von der traditionellen Antifa verabschiedet und suchen neue Impulse.
Wie können wir Spaltungen in der Klasse bekämpfen oder aufheben? Denn um nichts Anderes geht es, wenn ein Teil des Proletariats auf einen anderen losgeht unter dem Vorwand, er habe dunkle Haut oder sei faul.
Spaltungen haben materielle Grundlagen und lassen sich dort am besten auflösen, wo gemeinsame Erfahrungen gemacht werden: in der Schule, am Arbeitsplatz. In der Fabrik müssen die ArbeiterInnen lernen, miteinander auszukommen, wenn sie zusammen arbeiten müssen. Da werden kulturelle Unterschiede, die uns draußen trennen, unwichtiger.



Auszüge aus Gesprächen mit Westberliner Antifas

Wie seid ihr darauf gekommen, euch als Antifas zu organisieren?

E: Ich war schon vorher links, bißchen linksradikaler und hab dann gesehen, daß es notwendig ist, auf dem Gebiet Antifa was zu machen, gar nicht mal mit persönlichen Erfahrungen.

B: Ich hab auch nicht von Anfang an Antifa gemacht, sondern ne Entwicklung durchgemacht mit verschiedenen politischen Standpunkten: Ich hab ne Zeitlang Schüler-Vertretung gemacht, teilweise Antimilitarismus und so ne Sachen.

Was macht ihr konkret?

B: Erstmal propagandistische Arbeit, Zeitung, Flugblätter, Plakate kleben; zweitens praktische Aktionen, den Faschisten auf der Straße entgegentreten... Es ist wichtig, daß es ne Einheit von verschiedenen Aktionsformen gibt.

F: Und das ausnutzen, daß die Schüler zur Schule gehen, denn da sind sie gut erreichbar. Ich denke, Schüler und Jugendliche sind mehr betroffen und deshalb besser zu erreichen.

Die meisten von euch gehen auf Gymnasien. Ihr verteilt ja auch vor den Schulen Flugblätter, gab es da schon mal Ärger?

F: Wenn man vor der Schule verteilt, dürfen sie nichts sagen, aber die Lehrer kriegen das natürlich mit. Mich haben sie schon drauf angesprochen und Klassendiskussionen eingeleitet. Ich hab mich nicht wohl in meiner Haut gefühlt, obwohl ich dazu stehe.

E: An meiner alten Schule haben wir einen Aktionstag durchgeführt. Da wurden uns von den Lehrern jede Menge Steine in den Weg gelegt, die haben die Leute, die sich engagiert haben, hintenrum ziemlich fertig gemacht. Inzwischen sind vier Schüler freiwillig von der Schule gegangen.

Wie greift ihr im Unterricht ein? Organisiert ihr euch in den Klassen? Gibt es Gruppen an den Schulen?

F: Bei mir ist es so, daß ich nicht meine Klappe halten kann, wenn Scheiße geredet wird.

A: Also ich sag auch immer im Unterricht klar und deutlich, was ich denke, vor allem im Geschichtsunterricht. Und ich merk, daß dann die Klasse richtig anfängt, drüber nachzudenken. Das Problem dabei ist, daß ich schon ziemlich weiter bin von meinen Gedanken her und den anderen wegrenne.

Wo sind die Faschos stark?

A: An Schulen nicht so, vor allem nicht an den Gymnasien. Ich denk, die knüpfen die Kontakte eher über Freunde.

B: An meiner Schule gibt's Nazis, aber die trauen sich nicht, offen aufzutreten. Denn da gibt es ausländische Jugendliche, die sich zum Teil auch in so Gangs organisieren und ihre Militanz haben. An vielen Schulen haben Nazis eher Angst vor diesen Gangs als vor unseren politischen Strukturen. Eigentlich traurig, daß wir Leute, die das aus nem politischen Denken machen, darauf angewiesen sind, aber das ist im Moment so.

Es gibt ja öfter Antifabündnisse mit Teilen des Staatsapparates. Habt ihr damit keine Probleme?

B: Es gab bis vor nem dreiviertel Jahr ein großes Bündnis, wo SchülerInnengruppen und linkere Antifa-Gruppen bis Jusos und DGB drin waren. Und da gab es oft Konflikte, daß Jusos und DGB versucht haben, ihre Parteipolitik durchzudrücken und daran viele Sachen gescheitert sind. Aber es sind auch Sachen zusammen gelaufen, wo es gut geklappt hat. In son Dogma zu verfallen, die sind ja staatstragend, mit denen mach ich nichts, find ich falsch.

E: Das war ja das Problem, daß wir auf Jusos und DGB keinen Bock hatten, daß aber viele andere Gruppen in dem Bündnis waren, auf die wir halt Lust hatten, "GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus" oder andere Bezirksgruppen aus dem Wedding.

Kennt ihr Faschos, die revolutionäre Linke geworden sind?

B: Ja, grad in der Skinhead-Scene gibt es viele Überläufer. Insgesamt gibt es bei den Faschos viele Mitläufer ohne eigenes politisches Denken, deshalb ist es schon gut möglich, daß Leute umkippen und bei uns mitmachen.

A: Aber man muß doch sagen, daß die linke Bewegung wenig zum Mitlaufen einlädt.

C: Es darf nicht verschwiegen werden, daß auch Linke zu den Faschos überlaufen. Das hab ich schon mal bei nem ehemals engen Freund erlebt.

Faschos organisieren soziale Bedürfnisse - wir haben nur "unsere Inhalte" ??

C: Gerade dieses Soziale und so, wenn du Probleme hast, kannst du mit uns quatschen, damit ziehen die ja Leute ab. Ich glaub nicht, daß die wirklich ein soziales oder humanes Interesse dran haben.

Meinst du, daß das nur ein taktisches Problem ist?

C: Es ist ein Problem, daß Jugendliche, die Probleme haben und sich Scheiße fühlen, sich davon einfangen lassen erst mal. Und dann vielleicht nicht mehr davon loskommen.

B: Diese Gruppen- und Bandenbildung ist schon ein wichtiger Grund für Leute, die haben ja auch diesen Kameradschaftsbegriff; klar, daß das ne verlogene Sache ist, aber für die, die drin stecken, ist das anders.

E: Wir sind so sehr mit unserem eigenen Kram beschäftigt, daß wir es nicht schaffen, Leute zu informieren. Teilweise wird auch gesagt, "das sind eh alles Spießer". In der Häuserbewegung wird im Moment versäumt, den Nachbarn zu vermitteln, worum es geht. Die kriegen gar nicht mit, daß es gegen Leerstand und Mietwucherei geht; die glauben, es geht um Krawall.

F: Die Basis zu den normalen Leuten fehlt total, die ist bei den Rechten viel größer.

C: Die gemeinsame Sprache zwischen der linken Bewegung und der Bevölkerung ist verloren gegangen. Daß so Sprüche kommen, "der Arbeiter muß sich erheben". Von Leuten, die malochen, hab ich oft gehört: "Kommt da so ein Studierter zu mir und erzählt mir, ich soll mich erheben! Der ist doch gar nicht drin in der Fabrik!"

F: Die Faschos greifen die Leute in ihrer persönlichen Situation auf. Die Linke nicht, an so Untergrund-Blättchen kommt Mensch Meier gar nicht ran!

Nun auch das noch! Die bundesdeutsche Fußball-Mannschaft wird Weltmeister!

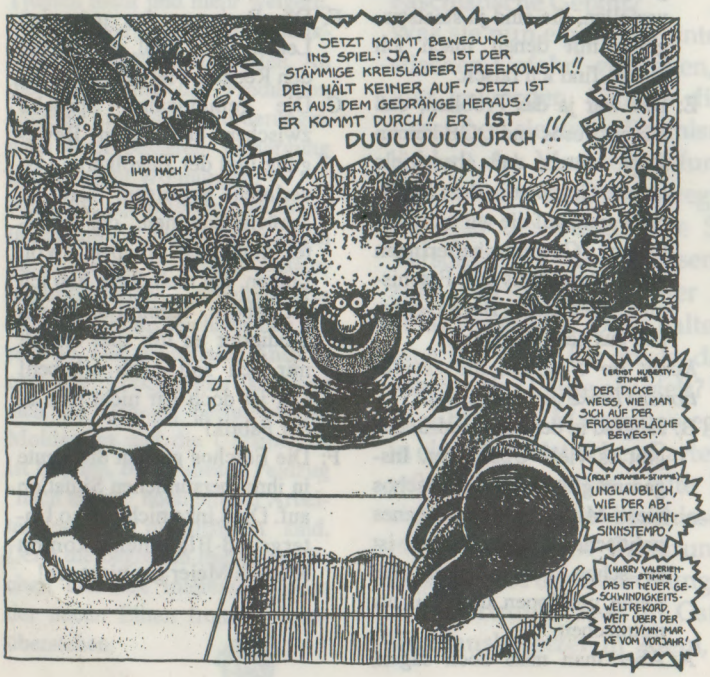
Während der WM in Italien ....

In Mailand schlugen sich die deutschen Fans mit jugoslawischen, den Carabinieri und zertrümmerten die halbe Innenstadt... behauptete die Presse. Der Domplatz ist Feindgebiet für Arme. Es ist das Zentrum der teuren Boutiquen, Edel-Cafés für die Schickeria, glasüberdachten Ladengalerien. Aber obwohl diese Ecke es verdient, zerlegt zu werden, ist viel weniger passiert, als die Medien zusammenschrieben. Bei dem Viertelfinalspiel England-Kamerun waren die Sympathien bei fast allen Zuschauern, ob Deutsche oder Italiener, eindeutig für Kamerun. Deutsche Fußballfans malten sich die Gesichter schwarz an und brüllten Parolen wie: "Zeigt's den Kolonialisten!" Zum Spiel UdSSR gegen Argentinien in Neapel kamen gerade mal 35.000 Zuschauer. Das Stadion faßt 70.000, vor dem Umbau paßten 85.000 rein - weggefallen sind die billigen Stehplätze. Eintrittspreise um die 200 DM, tote Bauarbeiter beim Stadionumbau, Wasserknappheit für 200.000 NeapolitanerInnen - das ist soziale Realität für das eigentlich sehr fußballbegeisterte Neapel. In einigen italienischen Großstädten gibt es zwei Erstliga-Vereine, deren Anhänger entweder proletarisch oder eher bürgerlich sind. Die Fans des AC Milano, dessen Spieler in rot-schwarzen Trikots auflaufen, nennen sich seit den 70ern "Brigate Rosse-Nere". In Rom sind die Rot-Gelben die Linken und die Anhänger von Lazio die Rechten. Die einen aus den Arbeitervierteln und Trabantenstädten, die anderen aus den reicheren Vororten. Der Rassismus, der in Italien zur Zeit vor allem gegen Schwarze geschürt wird, kommt gerade von den sauberen Kleinbürgern, den Ladenbesitzern, die im Stadion "angewidert von der vielen Gewalt" auf ihren teuren Plätzen sitzen. Sie sammeln Unterschriften gegen Wanderarbeiter, demonstrieren gegen "Überfremdung" und organisieren sich in lokalpatriotischen Verbänden und Parteien.

... und in der BRD unterwegs

Nach dem Endspiel waren in Frankfurt Tausende auf der Straße, die ganze Innenstadt war völlig verstopft. Viele schwenkten Deutschlandfahnen. Bei näherem Hinsehen stellte ich verblüfft fest, daß in vielen Autos "ausländische" Jugendliche saßen. {war in Berlin genauso; d.D.} Die Leute kamen von überall her: aus den Vorstädten und Dörfern der Umgebung strömten sie in die Stadt mit dem Gefühl, daß hier was los ist. Die Leute fielen sich um den Hals, jedem Schwarzen wurde ein "Kamerun, Kamerun" zugejubelt. Später wurde ein Feinkostgeschäft geplündert. Ich hatte das Gefühl, daß die deutsche Nationalfahne nur ein Fetzen Stoff war.
In Offenbach gab es auch andere Situationen: Passanten, die die Siegestaumelstimmung nicht teilten, wurden beschimpft und angepöbelt. In Hamburg haben Rechte und Fußball-Fans versucht, die Hafenstraße anzugreifen und lieferten sich dabei eine längere Straßenschlacht mit den Bullen...

Auszüge aus einem Leserbrief



Gespräch mit türkischen Jugendlichen aus einer Antifa-Schülergruppe

(international zusammengesetzt, Umgangssprache Deutsch)

und von Antifa Gençlik

(Antifaschistische Jugend, nur türkisch-sprechende Leute)

G: Unsere Gruppe hat sich an einem Kreuzberger Gymnasium gegründet, es machen aber auch Leute aus anderen Gymnasien und Gesamtschüler mit. An Hauptschüler kommen wir sehr schlecht dran. Sie organisieren sich zwar auch, in Banden, Gangs, auch an den Schulen... Aber sie machen nichts längerfristig mit, wollen keine theoretische Arbeit machen. Die praktische Arbeit machen sie selbst.

F: Wie seid ihr drauf gekommen, euch als Antifa zu organisieren? Seid ihr selbst von Neonazis angegriffen worden?

A: Wer in einer politischen Gruppe tätig wird, macht das nicht unbedingt aus eigener Betroffenheit. Der alltägliche Rassismus steigt zwar, man kennt auch Überfallene, aber die Mehrzahl der Leute kommt doch aus politischem Interesse, weil sie gegen dieses kapitalistische System sind und gegen den Rassismus, der vom Staat ausgeht, was machen wollen.

F: Warum bist du zu einer antifaschistischen Gruppe gegangen, du hättest doch auch zu einer anderen Organisation gehen können?

A: Erstens sind da halt viele Landsleute von mir, da lernt man auch mehr als nur über den Faschismus, ich wollte Theorie lernen, in der Schule hört man das ja nicht.

M: Ich bin durch einen Freund ins Volkshaus gekommen. Mir hat nicht in erster Linie die politische Arbeit Spaß gemacht, sondern in so einer Gemeinschaft zu sein, neue Leute kennenzulernen, andere Probleme. Dann hatten einige Leute die Idee, eine türkische Antifagruppe zu bilden, da hab ich dann mitgemacht.

F: Denkt ihr, daß sich dieses System, dieser Staat zu einem Faschismus hinentwickelt oder meint ihr, daß neonazistische Organisationen stärker werden und Macht kriegen? Habt ihr so eine Analyse oder geht es euch eher um eine Organisierung im täglichen Leben?

A: Ich glaube schon, daß wir so eine Analyse haben, daß wir gegen den Staat und gegen diese Gruppierungen kämpfen, denn diese Gruppierungen kommen ja vom Staat, die werden von der Leine losgelassen, wenn sie der Staat gegen die Ausländer brauchen kann. Ich glaube schon, daß unsere Gruppe auch gegen den Staat kämpft, nicht nur gegen irgendwelche Gruppen in Rudow oder Spandau. Dafür bräuchte man keine große antifaschistische Gruppe gründen wie Antifaşist Gençlik. Die Leute gehen nicht jeden Tag raus, um Glatzen zu jagen.

F: Was ist der Hauptteil eurer Arbeit?

M: Wir organisieren Demos mit, informieren die Ausländer über ihre Situation hier, daß sie zum Beispiel kein Wahlrecht haben. Ich bin auch für Ausländerwahlrecht, obwohl ich selber nicht überzeugt bin, daß Wahlen was ändern können. Aber man muß mit kleinen Schritten anfangen. Wir sagen nicht: Wir wollen Ausländerwahlrecht und dann sind wir zufrieden. Wir sagen, wir wollen gleiche Rechte für alle. Denn allein die Bezeichnung "Ausländer" muß man schon in Anführungszeichen gebrauchen.

G: Auch wenn wir das Wahlrecht haben, wird es Diskriminierung und Ungerechtigkeit geben. Das Wahlrecht ist ein Schritt, wir müssen aber weiter für gleiche Rechte kämpfen.

F: Für dich ist der Ansatz für deine politische Organisierung, daß du sagst, ich bin Ausländerin...

G: Die Gençlik wurde als politische Organisation gegründet, aber vor allem, um an türkische Mitbürger heranzukommen, die sehr wenig über die politische Lage in Deutschland wissen. Wenn sie eine Zeitung lesen, werden sie sehr wenig von den Texten verstehen. So eine Grup-

Fußballfan ermordet!

Hools und Fußballfans!!

Wir solidarisieren uns mit Eurem berechtigten Protest und Eurer Wut über den feigen Mord an Eurem Kumpel in Leipzig!

Auch von uns sind schon viele auf der Straße von Bullen umgebracht worden, weil sie sich gegen miese Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen gewehrt haben - weil sie trotz anderer Herkunft und Hautfarbe hier als *Menschen* behandelt werden wollten.

Deshalb hört endlich auf, die falschen anzugreifen!

Die Schuldigen an der ganzen Scheiße hier sind nicht die Hausbesetzer, Antifas, Homosexuellen oder "Ausländer", sondern die fetten Bonzenschweine in den Geschäftshäusern und Vorstandsetagen.

Für die machen die Bullen die Drecksarbeit auf der Straße - gegen uns alle!

Und lauft nicht immer den falschen hinterher, wie Republikanern, der NF, FAP oder der NA, die nach noch mehr Bullen auf der Straße schreien!

Greift endlich die Richtigen an!

AntifaschistInnen aus Berlin

FC Berlin-Hools im November 90

In Westberlin spielten bisher hauptsächlich die *Hertha-Frösche* eine Rolle, die im Stadion «Ausländer raus» skandieren und schon häufiger nach den Spielen türkische Läden angriffen und "AusländerInnen" verprügelten. In Ostberlin tun sich seit der Wende besonders die Fans vom ehemaligen Stasi-Klub BFC Dynamo Berlin, jetzt: FC Berlin, hervor. Sie inszenierten Massenschlägereien mit Fans anderer DDR-Klubs und zogen nach den Spielen durch Ostberlin, griffen Bullen und besetzte Häuser an. Einige von ihnen beteiligten sich auch an Aktionen der Faschos und Skins z.B gegen Vietnamesen und Schwule.

In Berlin und Leipzig gab es im Herbst mehrere Straßenschlachten mit Bullen. In Leipzig schossen die Bullen mehrmals auf die Hools. Anfang November erschossen sie dann einen FCB-Fan — nach Augenzeugenberichten ohne konkret bedroht zu sein. Die Hools entglasten daraufhin die Leipziger Innenstadt und plünderten etliche Geschäfte. Eine Woche später machten sie in Berlin einen Trauerzug mit 2000 Leuten, darunter auch etliche aus dem linken Spektrum. Antifas hatten die Route des Trauerzugs entlang ein Plakat zu dem Toten geklebt, das darauf hinweist, daß die kapitalistische Ausbeutung sie selbst *und* die Hools betrifft (eine Verkleinerung findet ihr ein paar Seiten weiter).

Einige Hools kamen auf die BesetzerInnen-Demo nach der Räumung der Mainzer Straße. In diesen bewegten Tagen ergaben sich Gespräche und Berührungspunkte. Etwa 40 Hools fragten in der Mainzer, ob und wie sie die Häuser unterstützen könnten. An den Barrikaden wurde über Mieten, Bullen und AusländerInnen diskutiert. Oft gründet die Ausländerfeindlichkeit von Hools auf Erfahrungen von Anmache von Türkengangs am Alex o.ä. — und nicht auf einer rassistischen Ideologie wie bei den Faschos. Viele Hools distanzieren sich auch von diesen. Es fällt auf, wie ähnlich die Lebensbedingungen und Ausdrucksformen von Hools einerseits und Jugendgangs von AusländerInnen und Deutschen in Westberlin andererseits sind. Noch in der Schule oder Lehre, grad dabei, von den Alten wegzukommen und eine Wohnung zu suchen, dieselbe Baseballjacken-Turnschuh-Mode, Spaß an Auseinandersetzungen mit anderen Gangs / Hools anderer Vereine... Bei dem Spiel FCB gegen Halle riefen die Hools vor allem Parolen, die die alte DDR ironisch aufgriffen; in erster Linie ging es um Spaß und Provokation der HERRschenden Wertmaßstäbe.

Sie pauschal als Faschos abzustempeln, entspricht nicht den Tatsachen und zementiert die derzeitige Situation: Antifas und ausländische Gangs gegen Faschos und Hools — und die Bullen stehen daneben und lachen sich ins Fäustchen. Wo sich Hools an faschistischen und rassistischen Angriffen beteiligen, sind konkrete Aktionen notwendig. Aber geht es nicht trotzdem um Klassenkampf und darum, auch bei den Hools Kontakte zu suchen, zu sehen, ob sie aus ihrer Situation einen *gemeinsamen* Kampf suchen?! ...

pierung kann ihnen die Politik, die hier betrieben wird, auf Türkisch vermitteln.

F: Wieso war es wichtig für dich, dich in einer türkischen Organisation zu organisieren?

M: Wenn ich als Türke zu einer deutschen Antifa-Gruppe gehe, heißt es, ich gehe zu einer Gruppe, die meine Rechte vertritt. Wieso soll ich zu einer Vertretergruppe gehen, wenn es eine Gruppe gibt, die genauso ist wie ich? Wenn ich bei den Deutschen bin, muß erstmal so eine Zusammenarbeit hergestellt werden, das ist sehr schwer, auch für die Deutschen. Ich habe zum Beispiel bestimmte Wünsche, die in einer türkischen Gruppe erfüllt werden können, aber wenn ich bei einer deutschen Antifa-Gruppe wäre, würde da sehr wenig erfüllt werden können. Die sind zwar Linke wie wir, aber eben keine Türken wie ich.

G: Wir sind doch für Zusammenarbeit, deshalb haben wir doch unsere Schülergruppe gegründet. Und es gibt noch andere, mit denen wir gemeinsam auf Demos gehen, gemeinsam in der Öffentlichkeit auftreten. Grade direkt betroffene Menschen sollten sich wehren. Deshalb ist es wichtig, sich mit egal welchen Ausländern zu organisieren und unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen, dagen, daß wir keine Sondergesetze wollen. Wir leben seit 25 Jahren hier, ich habe mein ganzes Leben hier verbracht, ich möchte nicht ausgegrenzt, nicht diskriminiert werden. Das geht nur, indem man sich gemeinsam wehrt.

F: Was denkt ihr überhaupt, was der Staat hier mit den Ausländern vorhat?

M: Seit der Wiedervereinigung wird die Wirtschaft mit Hilfe der Leute aus dem Osten angekurbelt und jetzt will man uns weghaben. Unsere Eltern haben sie als Arbeitskraft hierhergeholt, jetzt wollen sie uns weghaben. Wir werden nicht als Menschen behandelt, sondern als Objekte. Jetzt nach der Wiedervereinigung sind für mich die richtigen Ausländer die DDR-Bürger. Die hätten doch auch selbst einen demokratischen Staat aufbauen können, so hat Kohl sie einfach aufgekauft mit seinem Kapitalismus.

F: Aber sie werden doch weiterhin Leute brauchen, die hier in den Fabriken für niedrige Löhne harte Arbeit machen?

M: Vor ein paar Jahren waren die billigsten Arbeitskräfte Türken. Jetzt sind die billigsten Arbeitskräfte Polen und DDRler, die keine Schulbildung haben und halt den Kapitalismus nicht kennen und eben gleich beim nächstbesten Job zuschnappen, auch wenn der Stundenlohn nur acht Mark ist.

G: Nochmal zu den Übergriffen an Schulen: In Rudow haben sich Leute skinmäßig organisiert und Leute angegriffen, die so ökomäßig drauf sind. Und die Lehrer haben darüber hinweggesehen.

F: Was denkst du denn, was man gegen die Leute machen kann, die sich so aufhetzen lassen?

G: Wenn man zusammenhält und denen zeigt, daß wir uns wehren ....

Gladio im vereinigten Deutschland??

«1970-72 wurde {in Italien} die sogenannte *Strategie der Spannung* inganggesetzt, um den autonomen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kommandostruktur im Produktionsprozeß auf die Ebene der staatlichen und politischen Institutionen zu verlagern und die sozialpolitischen Bewegungen in eine Verteidigung der demokratischen Spielregeln und der demokratischen Rahmenbedingungen zu verwickeln.» (S. Bologna in AUTONOMIE NF 12)

Es kam zu mehreren Anschlägen. Die bekannteren sind der Anschlag 1974 auf den "Italicus"-Zug, und 1980 auf den Bahnhof von Bologna mit 86 Toten.

1975 analysierte die TRILATERALE die Situation in Italien so: «Es gibt eine Tendenz zur umfangreichen Veränderung der gesellschaftlichen Werte. Es ist möglich, daß diese neuen Werte eine Rezession oder einen Geldmangel, das heißt eine Krise, nicht überleben. Falls sie doch standhalten, stellen sie für den demokratischen Staat ein weiteres Problem dar ... Gerade die Jugendrevolte beruht auf der Entstehung neuer Werte. Von Bedeutung sind hier vor allem die Respektlosigkeit der Jugendlichen, ihre veränderte Einstellung zur Autorität der Institutionen, zum Beispiel der des Rechtssystems, der Polizei, der Regierung oder der Autorität der Meister am Arbeitsplatz.... Die Unregierbarkeit unserer Gesellschaft stellt ... ein kulturelles Scheitern dar, das sich als die größte Bedrohung der westlichen Gesellschaft entpuppen kann.» (FABRIKGUERILLA IN MAILAND S.62)

Ganz richtig stellen die Trilateralen die Rangliste der kapitalistischen Repression dar: Die beste Kontrolle des proletarischen Widerwillens ist die Verwertung ihrer Arbeitskraft. «Rezession und Geldmangel» sollen die Leute zur Arbeit treiben. Eine Bewegung, die solches überlebt, muß mit anderen Methoden angegangen werden...

Hier spielte im Italien der 70er Jahre die *Strategie der Spannung* eine Rolle: Anschläge faschistischer Gruppen sollten die antagonistische Bewegung einschüchtern und in ihren Zielen ablenken. Neuere Enthüllungen belegen nun, daß diese Strategie nicht nur abstrakt, sondern ganz konkret, operativ von der NATO geleitet wurde. In jedem NATO-Land gibt es einen "geheimen Geheimdienst" (in Italien heißt er "gladio").

Diese bauten in den 50ern umfangreiche logistische Netze mit modernsten Waffen auf, um im Falle einer Besetzung durch die SU einen "verdeckten Krieg" führen zu können. Das umfangreiche Zitat der TRILATERALE zeigt, daß die Herrschenden aber spätestens seit Anfang der 70er die Hauptbedrohung für das System nicht mehr in der SU sondern im "inneren Feind" sahen. Offensichtlich wurden daraufhin die "Gladio"-Strukturen "umgewidmet". Nach offizieller Lesart wurden 1973 die 139 Waffenlager in Italien aufgelöst – die Waffen aus zwölf Depots sind dabei "verschwunden". Aber bereits 1972 wurden bei einem Anschlag auf Carabinieri NATO-Waffen benutzt. (Es gibt auch Verbindungen zwischen dem belgischen Zweig dieser Geheimstruktur und Anschlägen, bei denen in Brüssel und Umgebung zwischen 1982 und 85 28 Menschen starben.)

Hat die faschistische *Strategie der Spannung* funktioniert?

Zunächst ja: Jahrelang war die entstehende Jugendbewegung in einem Ausmaß mit faschistischen Anschlägen und Bedrohungen konfrontiert, wie wir es uns hier gar nicht vorstellen können.Zweitens nein: «Die politische Oppositionsbewegung verschärfte die illegalen Kampfformen.» (Sergio Bologna ebenda). Und die radikaleren Gruppen überwanden in den darauffolgenden Jahren den Antifaschismus, kapierten, daß das eine Fessel war, die sie an den bürgerlichen, demokratischen Staat binden sollte.

Andererseits wurden gerade die "illegalen Kampfformen" letztenendes zu einer großen Schranke für die weitere Entfaltung des sozialen Antagonismus und der Massenmilitanz ...

Kann es zu einer Neuauflage der *Strategie der Spannung* in der BRD kommen?

Der BRD-Staat wird in nächster Zeit mit Chaos, Unruhe und Instabilität konfrontiert sein, die hier völlig neu sind. Es gibt eine große Unruhe in der DDR-Jugend. Es gibt Versuche von faschistischen Gruppen, diese für sich zu funktionalisieren.

Gibt es auf staatlicher Seite Überlegungen, diese faschistischen Gruppen am langen Arm zu benutzen, um die (radikale) Linke zu beschäftigen? Wird es die PDS mit ihrer Gleichsetzung von "linken und rechten Chaoten" und ihrem Gelaber vom "Vierten Reich" schaffen, die radikale Linke in eine "antifaschistische Strategie" einzubinden und sich selber somit als "Partei der Ordnung" zu profilieren? – Das wissen wir noch nicht. Aber wir sollten auch auf solche Zusammenhänge in der nächsten Zeit ein Auge haben.

Interview mit Antifas in Potsdam

Wie seid ihr zu Antifa gekommen, wann habt ihr damit angefangen ?

K: Damals in der Zionskirche in Ostberlin waren welche aus Potsdam dabei, Freunde von uns. Die haben da die Fresse vollgekriegt. Da sind wir mit diesem Skinhead-Bild im Kopf losgezogen und haben zu fünft nachts in Potsdam Plakate geklebt. Da stand drauf, daß es neofaschistische Banden gibt, wie die auftreten - so ganz pauschal.

R: Möglichst für jeden verständlich und ziemlich öde eigentlich.

K: Daraufhin gab es Streß - die Plakate waren manchmal nur Sekunden dran, abgerissen von den Bullen. Dann haben wir versucht, irgendwelche Stellen, FdJ, SED und solche Leute anzugehen: "Das und das Problem, habt ihr das eigentlich mitgekriegt?" Wir haben wirklich gedacht, wenn wir die Leute in der DDR darauf aufmerksam machen, daß es so was unter der Oberfläche wieder gibt, daß dann die Luft brennt, und alle sich auf die Socken machen und den Neonazis irgendwie Einhalt gebieten.

Die haben uns aber auflaufen lassen, und später, als wir nicht damit aufgehört haben, Streß gemacht. Dadurch, durch den Druck von außen, haben wir dann so eine Art Antifagruppe gemacht. So haben wir uns aber damals gar nicht genannt.

M: Dieser Spruch, "Wir haben uns darüber politisiert", das ist bei uns tatsächlich so abgelaufen. Und dann haben wir uns umgesehen, was es noch gibt. Wo wir jetzt sind, wären wir sonst nicht. Am Anfang waren wir echt friedfertige Menschen, wir haben zwar ein Problemchen gesehen, aber gedacht, das ist kein Drama.

K: Ich wär damals nie auf die Idee gekommen, mich als links zu bezeichnen, oder als Anarchist oder so. Ich hatte was gegen den Staat, weil der mich nicht so leben ließ, wie ich wollte. Später haben wir dann mehr darauf geachtet, wo so was herkommt, wieso das hier passieren konnte. Viele von uns haben damals auf dem Bau gearbeitet und sich gefragt, ob die Sprüche dort auch schon faschistisch sind. Außerdem haben wir versucht, Öffentlichkeit zu kriegen, mit Veranstaltungen usw.

R: Die waren aber nur in der Kirche möglich. Und meistens kam auch nur der Freundeskreis, sprich es war nur die Szene da.

K: Viel Zeit ging drauf, um mit dem Staat klarzukommen, die haben uns Steine in den Weg gelegt.

Was heißt das, haben die euch nicht unterstützt oder richtig behindert?

Die ersten eineinhalb Jahre sind wir immer aufgelaufen, überall. Irgendwann sind wir dann mal an den FdJ-Kreissekretär und seinen Kultur- und Sportbeauftragten drangekommen. Die wollten was mit uns machen, sind aber immer zurückgepfiffen worden. Die sollten uns beruhigen. Als wir dann aber nicht aufgehört haben, haben die angefangen, uns richtig zu behindern. Die haben ständig irgendwelche Leute vorgeladen, die uns Räume gegeben haben, und denen klargemacht, daß sie das nicht tun sollen.

Eine legale Öffentlichkeitsarbeit war nur in der Kirche möglich. Irgendwelche Aktionen oder Flugblätter verteilen, wenn sie dich da erwischt haben, hast du auch Ärger gekriegt.

M: Wir haben dann versucht, an allgemeinbildende Schulen zu gehen, mit FdJ-Leuten zusammen. Das waren freiwillige Veranstaltungen,

da waren aber mehr von uns da als von der Schule.

K: Das lief alles gleichzeitig, das war nicht eine Zeit mit der FdJ und eine ohne. Einerseits haben zwei Typen von der FdJ-Kreisleitung mit uns zusammen gearbeitet, auf der anderen Seite kam die Stasi und hat Leute drangsaliert, ihnen die Arbeit weggenommen, sie unter Druck gesetzt.

Warum haben die das gemacht?

K: Weil es in einem antifaschistischen Staat keine Faschisten geben durfte.

M: Später haben die zugegeben, daß es so was gibt, aber sie haben dann gesagt, "wir brauchen euch nicht, wir schaffen das alleine."

Wie habt ihr weitergemacht?

K: Wir haben am Anfang gesagt, wir machen Öffentlichkeitsarbeit, und darauf war die Gruppe ausgelegt. Das hat sich dann ja alles geändert, wir wurden überrollt. Seit Mitte letzten Jahres lief noch die Sache mit den Kommunalwahlen. Nach dem 7. Oktober ging es auch darum, mit anderen Gruppen in Potsdam auch andere Sachen zu machen.

M: Wir haben uns da einfach mächtig übernommen, das besetzte Haus, dann gab es noch den Rat der Volkskontrolle, Runden Tisch hier für Potsdam, das war zu viel. Wir haben nochmal ein Arbeitswochenende in Werder gehabt, wo wir als Antifa das alles diskutieren wollten, wie es weitergeht.

K: Wir saßen in Werder rum und wollten uns über die Gruppe unterhalten, und das ist geplatzt, weil wir wegen den Faschos hierher mußten. Im Grunde ist die Gruppe daran auseinandergegangen, weil wir nicht wußten, wie weiter, auch an der Gewaltfrage. Es gab Leute, die überhaupt keine Gewalt wollten, solche, die Selbstverteidigung für o.k. hielten, und solche, die, einen Fascho, den sie auf der Straße sehen, aufs Maul hauen, die offensiv mit Gewalt umgehen. Das ging dann auch los, daß Antifa linksextremistisch war.

Wer hat das gesagt?

K: Die ganzen SPD- und CDU-Heinis. Das ging total schnell mit dem Stimmungsumschwung. Hier ging dann mal eine Demo vorbei, da haben die "Stasi" und so einen Scheiß gerufen. Plötzlich waren wir die Stasi, oder Stasi-Jünger.

M: Von der PDS bezahlt!

K: Früher waren wir aus dem Westen bezahlt, und dekadent und so, und nun vom Stasi und der PDS.

Wie gefährlich sind die Faschisten?

R: Die stellen ein Gewaltpotential dar. In Leipzig trifft sich jeden Tag eine Clique von hundert Leuten am Bahnhof, die sind eine Bedrohung für die Menschen.

R: Ich gehe abends nicht mehr allein aus dem Haus...

M: Wenn ich weggehe, nehme ich meine Gaswumme mit.

K: Die Leute, die jetzt "Ausländer raus" sagen und Ausländer verprügeln, waren früher schon so drauf. Das hat was mit den sozialen Spannungen zu tun, daß die Gewalt hier zunimmt. Aber die Hooligans sind in fünf Jahren stinknormale Bürger, die mies nationalistisch drauf sind.

M: Die bilden ein Wählerpotential für Reps oder CDU.

K: Das Gefährliche ist nicht eine Machtergreifung, sondern die öffentliche Meinung. Dadurch, daß die die Macht auf den Straßen haben, ist es für die CDU möglich, in Berlin einen Wahlkampf gegen das Ausländerwahlrecht zu führen.

Was haben die Faschos politisch im Kopf? Wollen die das System zerschlagen?

K: Wir haben eine Zeit lang Faschos, die Leute zusammenschlagen, bei den Bullen angezeigt. Ein paar sind im Knast gewesen. Als die rausgekommen sind, haben sie gesagt, "was macht ihr denn, wir wollen den Staat bekämpfen, ihr wollt den Staat bekämpfen, da können wir uns doch nicht gegenseitig bei den Bullen anscheißen!"

Stimmt doch!

K: Wir haben gedacht, die müssen weg, das war finster hier in der Stadt. Die haben uns da, wo wir uns getroffen haben, besucht, am 20. April... Und wir waren ja gewaltfrei, das Gewaltmonopol lag für uns ja beim Staat.

Bei uns ist ein Problem, daß Antifabündnisse bis in den Staatsapparat hineinreichen.

K: SPD-Leute, die Antifa machen, haben ganz andere Gründe als wir. Die machen sich keine Gedanken darüber, daß der Faschismus Wurzeln im Staat hat. Wir sind auch wieder davon abgekommen, Leute anzuzeigen, wir waren noch nicht fertig, wir sind ja auch heute noch nicht fertig.

M: Gerade Gruppen in der DDR müssen neu nachdenken, Erfahrungen aufarbeiten. Wir haben da vielleicht bessere Möglichkeiten als irgendwelche eingefahrenen autonomen Antifas.

K: Ich bezeichne mich nicht als Autonomer, wir haben schon Auseinandersetzungen mit den Westberliner Autonomen gehabt. Die wollen nicht kapieren, daß wir eine andere Entwicklungsgeschichte haben. Die meinen, sie wissen's besser.

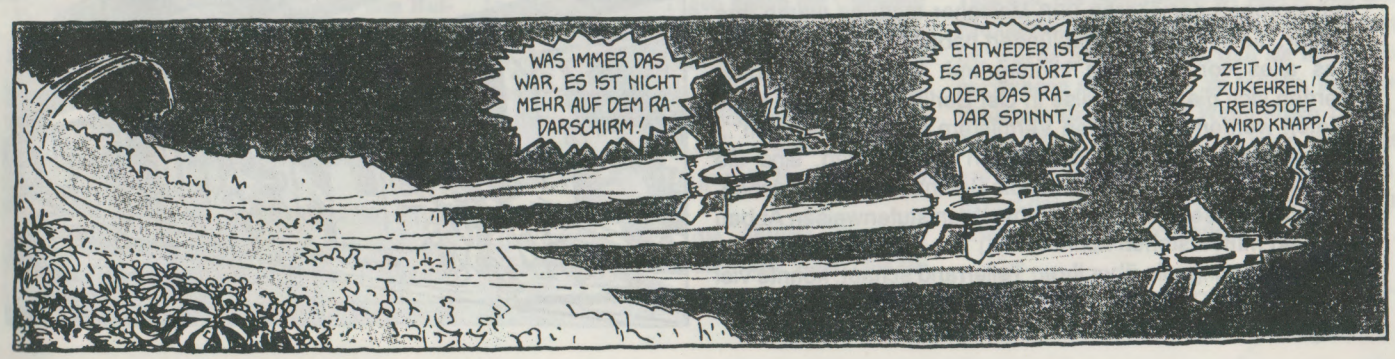
M: Die bewegen sich immer nur im Kreis, ohne daß da was neues reinkommt, neue Ideen, neue Impulse. Und wenn neue Leute kommen, werden sie in die alten Bahnen gedrückt.

Was denkt ihr, wie es mit Antifaarbeit weitergehen kann?

M: Ich denke, mit reiner Antifaarbeit geht's nicht weiter, da müssen andere Sachen dazukommen.

K: Ich denke, daß die Rechts/Links-Maßstäbe nicht mehr greifen, das ist alles eine Soße. Daß Hools klauen und plündern, paßt in das Bild der Antifas nicht mehr rein. Selbst die Faschos klauen mittlerweile, das haben die früher nicht gemacht. Die Hools sind auch nicht alle Faschos, da mach ich einen Unterschied.

M: Ich hab keine Lust, meine Kraft da reinzustecken, mich um Leute zu kümmern, die in fünf Jahren vorm Fernseher hocken und ganz normale Bürger sind. Ein paar Sachen müssen wir überdenken. Ökologie zum Beispiel kann man von dem ganzen Rest auch nicht trennen. Oder die Emanzipationsbewegung, ich fände gut, wenn das in anderen Bahnen ablaufen würde als in Kreuzberg. Ich möchte das Thema aber nicht vom Tisch fegen, nur weil die Autonomen so drauf sind.



Revolte und Klasse

Im Oktober waren in Ost-Berlin über 120 Häuser besetzt, davon haben 80 Häuser Kollektivverhandlungen mit dem Magistrat geführt. Nur wenige der Häuser, die Einzelverhandlungen geführt haben, haben bisher einen Vertrag bekommen. Im Oktober brach der Senat/Magistrat die Verhandlungen mit dem Vertragsgremium ab.
Am 12.11.90 morgens wurden drei Häuser in Lichtenberg und Prenzlauer Berg geräumt. Als darauf Leute anfingen, Ecke Mainzer Straße / Frankfurter Allee Barrikaden zu bauen, wurden in der folgenden Nacht sämtliche Häuser in der Mainzer Straße von einer großen Bullenübermacht angegriffen und nach mehrstündigen, harten Kämpfen geräumt. Die offizielle Begründung war, aus den Häusern heraus seien Straftaten begangen worden und die BesetzerInnen seien nicht verhandlungsbereit gewesen - eine glatte Lüge.
Die Bullen aus West-Deutschland wurden anscheinend schon zwei Tage vorher angefordert. Wahlkampfmanöver der SPD, so weit so klar. Aber: haben sie sich damit ein Eigentor geschossen? Oder hat der Bruch der SPD/AL-Koalition planmäßig stattgefunden? Oder hat die rechtslastige Polizeiführung die "Sozis" blamieren wollen??
Egal auch, uns sind ein paar andere Dinge wichtig:
- beim Kampf um die Häuser haben sich viele Leute beteiligt, junge Ossis, sogar Fußball-Hools, die sich extra vorher ihre "Deutschland"-Aufnäher abgerissen hatten, damit sie mitmachen durften;
- als die Bullen in der Nacht zum 12. die Frankfurter Allee von Schaulustigen räumen wollten, schallte ihnen "Stasi raus" entgegen und die Leute sickerten immer wieder durch die Sperren zurück;
- einem Menschen, den die Bullen bei der Räumung der Mainzer übersehen hatten, halfen am nächsten Morgen die Bauarbeiter, unbehelligt "als einer der ihren" durch die Sperren zu kommen.
Nach der brutalen Räumung kam bei vielen BesetzerInnen das Gefühl auf, mit dem Rücken an der Wand zu stehen. Es dauerte drei Tage, in denen es keine weiteren Räumungen gab, die westdeutschen Bullen aber noch in der Stadt waren, bis der Schlag halbwegs aufgefangen war: Eine Presse-Erklärung von 86 Häusern wurde veröffentlicht: Wir sind weiter verhandlungsbereit, aber erst müssen die Häuser zurückgegeben werden!
Inzwischen laufen Diskussionen unter BesetzerInnen in die Richtung "die Kämpfe ausweiten". Die Frage ist allerdings, was man sich darunter vorstellt. Es ist sicherlich so, daß viele junge Leute sich spontan auf die Seite der BesetzerInnen gestellt haben (die große Wut bei der Verteidigung der Häuser erklärt sich vor allem dadurch) - auf der anderen Seite ist es den Herrschenden aber auch ein ganzes Stück weit gelungen, die BesetzerInnen vom sozialen Sprengstoff "Wohnungspolitik" wegzuschieben. Unter MalocherInnen und älteren AnwohnerInnen war öfter das Argument zu hören, daß man das Besetzen ja noch verstanden hätte, aber nun, diese Gewalt! Zum Teil findet da einfach auch ein Verdrängungsprozeß der älteren DDR-Malocher statt: es waren ihre Kinder, die in der Nacht geplündert haben!
Das alles vor rasantem Hintergrund: ab dem 1. Januar werden sich die Strompreise in Ost-Berlin vervierfachen, die Mieten werden bei privaten Vermietern massiv anstiegen ... das einzige, das nicht automatisch steigen wird, sind die Löhne! (die reden sogar davon, die Berlinzulage zu streichen, möglicherweise, damit wir nachher ihren stufenweisen Abbau als Sieg mißverstehen könnten??!!)
Eine Bewegung, die über ihren Tellerrand schaut, könnte viel bewegen. Der Häuserkampf ist nicht zuende — er hat angefangen.

"WIR WOLLTEN UND NICHT

Es sind gut 10 Jahre her, daß die fröhlichen "Rodeos" {Sport der Jugendlichen, sich mit geklauten Autos zu amüsieren, sie zu Schrott zu fahren oder abzubrennen} von Venissieux {Vorstadt von Lyon} die sozialistische Regierung vor ein doppeltes Problem stellte: die Aufnahme der zweiten ImmigrantInnengeneration in den Arbeitsmarkt und die Integration der neuen Arbeitervorstädte. Polizisten, Soziologen, Städteplaner, alle Spezialisten der sozialen Kontrolle waren damit beschäftigt, die Bombe zu entschärfen, die den sozialen Frieden bedrohte. Mit Zuckerbrot und Peitsche sollten die räumlichen und kulturellen Grenzen dieser Revolte aufrechterhalten werden, um ihre Wirkung abzuschwächen.
Zuckerbrot: Die Elendsquartiere werden verniedlicht, unter den "beurs" (maghrebinische Jugendliche der 2. Generation) werden Sozialarbeiter angeworben, ihre Kultur wird aufgesogen, indem sie zur Mode gemacht wird, ihre Kräfte werden auf den "anti-rassistischen Kampf" konzentriert, Brosamen für "Sozialfälle" werden verteilt usw.
Peitsche: Die soziale Kontrolle wird verschärft, Kommissariate und Moscheen werden errichtet, Polizeimorde an "beurs" werden als unbeabsichtigte Versehen heruntergespielt.

Wenn die Schlafstädte erwachen ...

Die Revolte von Vaulx-en-Velin und der Einfall der Jugendlichen aus den Vorstädten in die Pariser Innenstadt während der SchülerInnen-Demonstration haben die Zerbrechlichkeit dieser Gettoisierung aufgezeigt. Sie kann nicht mehr verhindern, daß sich die Armen aus den Vorstädten zusammenschließen und sich das aus den Schaufensterauslagen der Innenstädte holen, was ihnen sowieso gehört.
Das weitgehende Versagen der Integrationsprojekte wird jetzt sichtbar. Ihre Werbetrommler lamentieren laut und heftig darüber, wie diese ausgebaut werden können. Sie sind "betroffen", d.h. sie haben Angst, jetzt selber mal auf die Schnauze zu kriegen. Die Erpressungen (Arbeitslosigkeit, Abschiebungen, Knast) haben ihre Wirkung bei den Jugendlichen verloren. Die Langeweile und die Ungewißheit, was wohl der nächste Tag bringen wird, stehen zu sehr im Widerspruch zu den von den Medien verbreiteten Bildern der sozialen Möglichkeiten, des persönlichen Aufstiegs usw. Die Zeit der Arbeitslosigkeit, so gut wie nicht bezahlt, ermöglicht zumindest, sich unabhängig zu organisieren. Die Risiken, die das mit sich bringt, schrecken sie weit weniger ab als die Stumpfsinnigkeit eines geregelten Arbeitslebens.
Die jungen ImmigrantInnen aus den Vorstädten bezeichnen sich je nach aktuellem Interesse als Araber oder Franzosen, und spielen mit dem schlechten Gewissen derjenigen, die damit beauftragt sind, sie zu kontrollieren und einzugliedern.

ÜBER DIE BRÜCKE INS FERNSEHEN"

Vorstadt Lyons in Flammen

Den Hütern des sozialen Friedens wurde heiß...

Auszüge aus einem Artikel
In COURANT ALTERNATIF

Samstag, 29. September, die hohen Herren der Lokalpolitik geben sich die Ehre in Vaulx-en-Velin. An der Mas-du-Taureau-Siedlung wird ein Aussichtsturm als Symbol der "erfolgreichen" Fortführung und Verbesserung der Städtebaupolitik der 60er Jahre eingeweiht. Dem Aufzug der Wachmannschaften folgt der Diskurs der Offiziellen. Alle beglückwünschen sich zu den Anstrengungen, mit verschiedensten Einrichtungen auf den Rückgang der Kriminalität hinzuwirken.

Eine Woche später, am Sonntag, den 7. Oktober ist der Platz verwüstet: Das Einkaufszentrum wurde geplündert und dann angezündet; von einem Supermarkt, einem Sportgeschäft, einer Bar, einem Optiker, einem Friseursalon ist nur noch die Asche übrig.... und daß der Aussichtsturm noch intakt ist, liegt nur daran, daß das Feuer, welches an ihm gelegt wurde, nicht richtig gegriffen hat. Vaulx-en-Velin erlebte einen wahrhaftigen Aufstand.

Am Anfang steht der Tod von Thomas Claudio, 21 Jahre. Er ist am Samstag Nachmittag, 6. Oktober ohne Helm Als Sozius auf einem Motorrad unterwegs, als plötzlich ein Streifenwagen auftaucht und ihnen brutal den Weg abschneidet. Sie stürzen, und Thomas ist auf der Stelle tot. Er ist das dritte Opfer in zwei Monaten Opfer der "heldenmütigen" Bullen.

Die Neuigkeit verbreitet sich wie ein Laufeuer in der Siedlung, wo das Verhältnis zu den Bullen sowieso sehr gespannt ist: ständige Personalienüberprüfungen von "bekannten Gesichtern", das besagte "Wegabschneiden" von Zweirädern durch Polizeiautos, welches regelmäßig von den Bullen praktiziert wird. Die Wut, allzulange aufgestaut, explodiert.

Von der Wut zur Revolte

In der Nacht von Samstag auf Sonntag bieten 300 Jugendliche den Sicherheitskräften bis 3 Uhr früh die Stirn, mehrere Bullenautos werden angezündet. Am folgenden Nachmittag greift die um das Einkaufszentrum versammelte Menge erneut die Bullen an und beginnt, die Läden zu plündern. Familienväter beteiligen sich an den Auseinandersetzungen, Mütter beschimpfen die Bullen.

Gegen Abend zünden kleine Gruppen Autos an, verwüsten eine Schule und eine Bibliothek, überfallen eine Tankstelle, um sich mit dem notwendigen Benzin für die Mollis zu versorgen. Die GIPN (Elitetruppe der Bullen) tritt in Aktion. Sie schießen mit Gasgranaten auf alles, was sich bewegt, auf die Hochhäuser, in Wohnungen...

Die Machthaber sind besorgt, in Panik. Die Furcht vor einer Ausweitung der Unruhen auf andere Vorstädte mobilisiert die Spezialisten und Organisationen... Teilweise versuchen diese, die Unruhen zu funktionalisieren, beißen damit aber auf Granit. Ob Stalinisten, Moslembrüder oder Streetworker, alle werden wieder nach Hause geschickt.

Wie kann es passieren, daß die Ziele der Revoltierenden gerade die sozialen Einrichtungen sind, die dazu gedacht waren, dem Viertel mehr Abwechslung zu bieten, das Leben der BewohnerInnen weniger monoton zu machen? Den ersten, die darauf eine Antwort suchten, fiel nichts besseres ein, als wieder einmal das Problem der Integration hervorholen. ...

Die Leute haben die Schnauze voll vom Leben in diesem Viertel mit seinen eintönigen sozialen Angeboten, dem Heer von Sozialarbeitern ... {den Bullen} alles mit dem Ziel, sie ruhig zu halten, der Siedlung ein Bild von Beschaulichkeit zu geben. Das sind die wirklichen Gründe!

In den folgenden Tagen gehen die Unruhen weiter, verlieren aber zusehends an Intensität. In anderen Vorstädten kommt es zu ähnlichen Unruhen, eine wirkliche Ausweitung findet aber nicht statt. Nachdem die Bullen die Situation wieder im Griff haben, versuchen sie gezielt, Festnahmen zu machen.

Gleichzeitig wird die übliche Prozedur ingang gesetzt, um die Ruhe wiederherzustellen: "Promis" organisieren friedliche Demos; Verantwortliche tauchen unter den Revoltierenden auf; ein Komitee wird gegründet ...

Gleichzeitig beginnt die Presse, von einer geplanten Provokation zu sprechen. Es wird von «Kommandos aus dem Drogenmilieu» und einer «verblüffenden Organisiertheit» der Revoltierenden gesprochen. Wer sich tatsächlich unter den kleinen Gruppen bewegt hat, konnte sich von deren Spontaneität und extremen Unorganisiertheit überzeugen. Wenn Leute von außerhalb Vaulx-en-Velins sich an den Unruhen beteiligt haben, so waren es nur wenige, und sie hätten kaum die Jugendlichen dirigieren können, die mit einem gewissen Lokalpatriotismus handelten, stolz darauf, aus diesem Viertel zu sein.

Aber aufgebauscht wie sie war, nahm diese Behauptung die Leute ein. Von den BewohnerInnen der Siedlung Masdu-Taureau bis zu den jungen Revoltierenden ließen sich alle davon überzeugen, daß die Unruhen von außerhalb provoziert worden seien. Das Ergebnis ließ nicht auf sich warten: es wurde ziemlich schnell gefährlich, in Mas--du-Taureau herumzulaufen. Wenn du nicht aus dem Viertel warst, bestand die Gefahr, von Jugendlichen aus dem Viertel angegriffen zu werden... von denselben, die ein paar Tage zuvor gekämpft hatten.

Und die offiziellen Presseversionen tauchten sogar bald in den Forderungen der BewohnerInnen und Jugendlichen der Siedlung nach "besserer Kommunikation zwischen der Polizei und den BewohnerInnen" auf. — Den BewohnerInnen von Mas-du-Taureau, die Sonntagabend sahen, daß das Einkaufszentrum ja tatsächlich abgebrannt ist, wurde plötzlich klar, daß sie nun dazu gezwungen sind, weiter zu fahren, um ihre Einkäufe zu erledigen. Wenn ihnen zusätzlich die Möglichkeit gegeben wird, ihre Wut auf irgendwelche Sündenböcke abzuwälzen, bringt das die Welt wieder in Ordnung, vor allem für die Herrschenden.

Die bekannteste Figur, die immer dann zur Stelle ist, wenn es darum geht, das Feuer zu löschen, ein Hampelmann wie Harlem Desir (der Mitgründer von SOS-Racisme, der sozialistischen Regierung nahestehend, von den Medien als Vorzeigeimmigrant aufgebaut), wurde in letzter Zeit regelmäßig von der "Bevölkerung" vertrieben, und zwar von "Jugendlichen" und "Farbigen", den Zielscheiben seiner Erpressungsversuche. Der kindische Humanismus, den er verkündet, greift nicht mehr, und seine berüchtigte Rolle als Agent der Regierung macht ihn zum Racheobjekt all derer, die den Versprechungen der Politiker keinen Glauben mehr schenken.

Die Städteplanung der Nachkriegszeit hat ihre wesentliche Aufgabe erfüllt: die Armen der Großstädte immer weiter von den Schalthebeln der Macht zu entfernen, den Gewinnern des sozialen Friedens die unangenehme Nachbarschaft von ärmeren Gesellschaftsschichten zu ersparen, die sozialen Zusammenhänge dieser ärmeren Gesellschaftsschichten zu zerstören. Aber die Entwicklung der Infrastruktur (Nahverkehrsmittel, Einkaufszentren, allg. Schulbildung) hat diese Distanzen deutlich verringert, zumindest was ihre Abgeschlossenheit angeht. Es braucht nicht viel, damit sich die Langeweile, die die finstere Architektur der Hochhäuser ausstrahlt, in Wut verwandelt. Egal ob diese unbeschreibliche Langeweile nun in einer "gutausgestatteten Modellsiedlung" wie Mas-du-Taureau (die Siedlung in Vaulx-en-Velin, wo die Unruhen ausbrachen) oder in weitläufigen Elendsquartieren wie "La Courneuve" oder "Mureaux" (Vorstädte von Paris mit häßlichen Wohnblöken, bekannt für ihre hohe Kriminalitätsrate und ihre Revolten) gelebt wird. Ihre BewohnerInnen wissen, daß sie nichts zu erwarten haben von den Machthabern, die ihre Einsperrung organisieren.

In Mas-du-Taureau haben sich die Fäuste, die sich normalerweise in den Taschen zusammenballen und nur daraus hervorkommen, um dumme Geschichten zwischen Armen anzuzetteln, gegen den uralten Klassenfeind erhoben. Die Häufung blutiger "Unfälle" hat das Bild des unerreichbaren Wohlstands zerstört. Die Armen sind dazu übergegangen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen. Ein auf einen düsterverhangenen Himmel gerichtetes Luftgewehr hat ein bleiernes Zeichen gesetzt, die Schaufensterscheiben eines Einkaufszentrums sind in tausend Splitter zerfallen, und die befreiten Fetische wurden, entblößt wie sie waren, entheiligt. Die Herrschenden, in Panik gebracht, haben den Armen diese Knochen zum Abnagen gelassen, dann haben sie die Siedlung umstellt und Polizeieinheiten losgeschickt. In erster Linie aus Angst, daß sich diese Unruhen wie eine ansteckende Krankheit ausbreiten könnten. Die verbotenen Feste sind die Alpträume der Besitzenden.

Der Staat und die ihm hörigen Medien verstehen sofort, daß man das, was man jahrelang zu verstecken bemüht war, auf zwei Arten angreifen muß. Viele Mitleidstränen werden vergossen: wie schlimm ist es doch, arm zu sein, und wie man sie versteht, die armen Armen; aber wenn sie fortfahren, die Ordnung zu stören und das Gesetz zu brechen, werden sie es mit den Ordnungskräften zu tun bekömmen und sich im Knast wiederfinden.

Solange die Wut sich auf eine Siedlung beschränkt, auf ein Viertel, können die Herrschenden aufatmen. In Mas-du-Taureau ist es ihnen in den Tagen nach der Revolte gelungen, zu spalten, weil sie es verstanden haben, mit dem Lokalpatriotismus des Viertels und den Interessen lokaler Gruppen (politische Organisationen, religiöse Gruppen usw.) zu spielen. Das ist das, was dem Begriff Getto seinen Sinn gibt. Die Herrschenden betrachten die Unruhen wie ein Ventil, das sich in Situationen öffnet, in denen die lokalen Probleme zu sehr zugespitzt sind, um sie im "gegenseitigen Einverständnis" zu lösen. Die Revoltierenden haben die "Rote Linie" nicht überschritten, die sie vom Zentrum, von der Innenstadt Lyons trennt. Sie stellen keine Gefahr für den eisernen Gürtel mehr da, den sie einen Atemzug lang erschüttert haben. Die Entschlossensten sind kriminalisiert worden, in der bekannten Art und Weise, wie wir sie vom "demokratischen Rechtsstaat" kennen. Die Medien können ihre Verleumdungskampagne starten, mit einer übertriebenen Freude an der Misere, die allzu real ist (Drogen, Kleinkriminalität, "ethnische" Probleme). Für die Jugendlichen, die den Geschmack der Revolte kennengelernt haben, wird nichts wie früher sein.

Am 12.November in Paris ist es der Ruf: "*Vaulx-en-Velin! Vaulx-en-Velin!*", mit dem die jugendlichen Plünderer aus den Trabantenstädten im Norden ihre Message zum Ausdruck bringen.

Eine der auffälligsten Neuigkeiten der Revolten von Vaulx-en-Velin war die gezielte Jagd auf Journalisten (insbesondere auf Fotografen und Kamerateams), die nicht ohne Grund Bullen und Lügnern gleichgesetzt werden. Die Jugendlichen haben die Erfahrung gemacht, daß diese mit den Bullen zusammenarbeiten und in ihren Berichten alles schamlos verdrehen. Die Zahl der Revoltierenden, die sich von fetten Schlagzeilen und dem Stolz, im Fernsehen zu kommen, einnebeln läßt, ist sicher noch zu groß, und das Mediengesindel, von dem es immer nur so wimmelt, wenn irgendwo "was abgeht", macht noch aus ihrer eigenen Beseitigung eine Nachricht. Die Beispiele folgten auf dem Fuß: Es wurde klar,

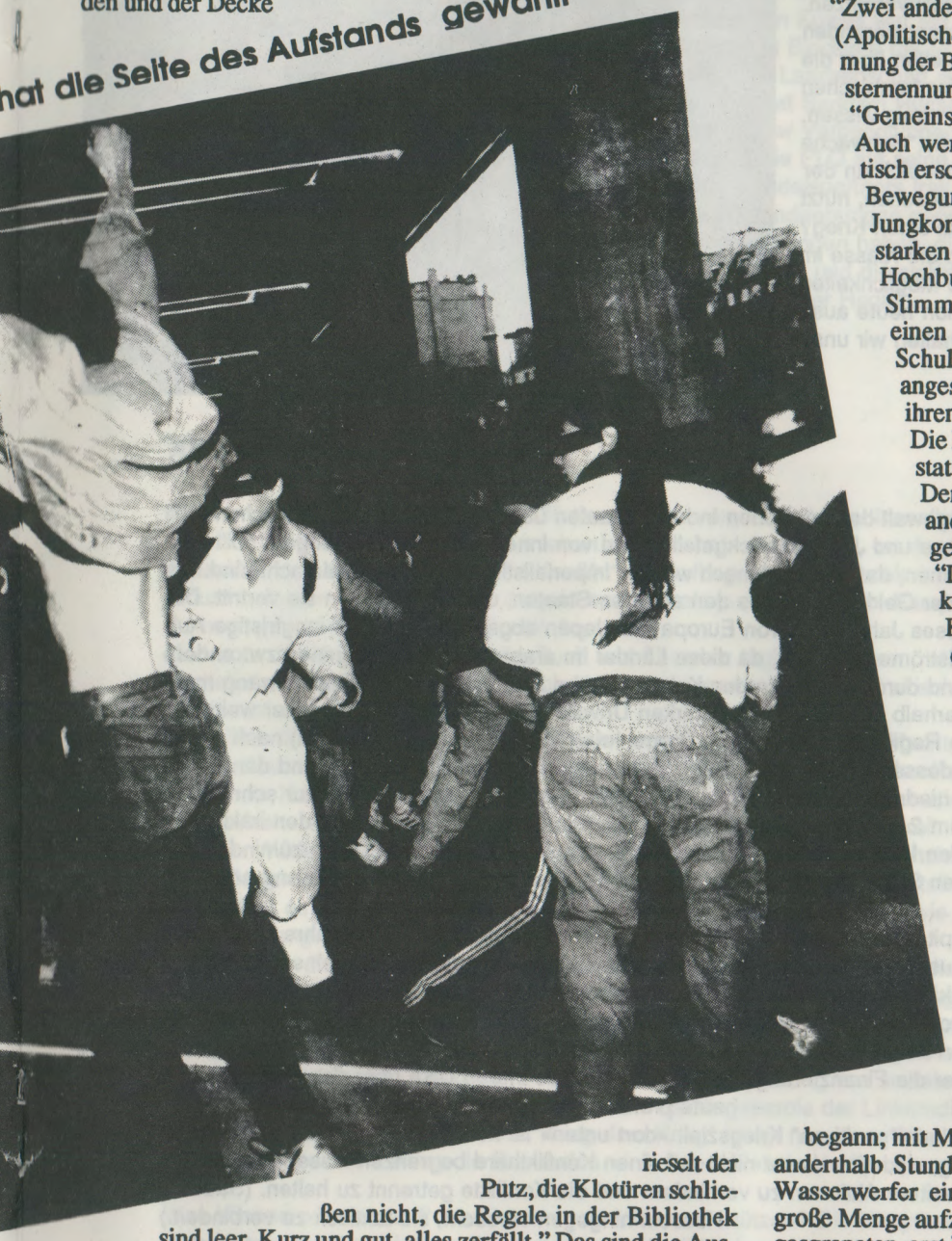
daß unter den dreizehn Bullen, denen am 5.November nach den Plünderungen in Paris zugesetzt worden war, acht Journalisten waren. Und die große Demo vom 12. hat, hoffentlich nun endgültig, neue Spielregeln des Aufstands eingeführt: Alle, die Fotoapparate und vor allem Kameras mit sich führten, wurden systematisch angegriffen.

Ihr sehr verehrten Damen und Herren Vertreter des Schwindels und der Verleumdung, Ihr werdet teuer bezahlen müssen.

SchülerInnenstreiks in Frankreich

Den Medien zufolge begann alles am 11. Oktober in einer nördlichen Vorstadt von Paris nach Gewalttätigkeiten gegen Lehrer in einem Gymnasium und der Vergewaltigung einer Schülerin in einem anderen Gymnasium. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich aber bereits andere Gymnasien im Streik wegen der Lernbedingungen. Bereits Ende September begann eine starke Streikbewegung in der Provinz, vor allem in Le Mans. Während des ganzen Oktobers fanden fast jeden Tag spontane Demonstrationen in ganz Frankreich statt.

Der Protest der SchülerInnen richtet sich zunächst gegen den Zustand der Schulen und die Lernbedingungen: "Tische und Stühle wackeln, von den Wänden und der Decke



rieselt der Putz, die Klotüren schließen nicht, die Regale in der Bibliothek sind leer. Kurz und gut, alles zerfällt." Das sind die Auswirkungen der sozialistischen Schulpolitik. Die Sozialisten an der Regierung haben es unter dem Motto "Die Arbeiterkinder ans Gymnasium" inzwischen erreicht, daß 60% eines Jahrgangs das Gymnasium besuchen. Die Schulen sind aber nicht größer geworden - im Gegenteil: Im Zuge der allgemeinen Sparpolitik wurden sogar Stellen gestrichen.

Aber hinter dem Protest der SchülerInnen aus den Vorstädten steckt mehr: "die ungewisse Zukunft, die Arbeitslosigkeit, die sie erwartet, das Gefühl, in Gymnasien zweiter Klasse zu sein", der krasse Widerspruch zwischen dem Image der "höheren Bildung" und der Realität, die sie dort vorfinden.

Die Bewegung hat sich schnell ausgeweitet. Es gab bereits zwei große Demonstrationen am 5. und am 12. November, bei denen in Paris und in ganz Frankreich Hunderttausende auf die Straße gingen.

Die Bewegung wurde wie üblich zunächst von der Regierung ignoriert. Dann hat sie sehr schnell versucht, Forderungen zu erfüllen und Gesprächspartner zu finden. Sie hat ständig mehr Geld angeboten, inzwischen ist sie bei 4,5 Mrd. Francs angelangt, die aber von den SchülerInnen immer noch als unzureichend betrachtet werden. Gesprächspartner gibt es im Moment zwei: die FIDL (Unabhängige demokratische Föderation der SchülerInnen), die der Sozialistischen Partei und SOS-Racisme nahesteht, und einen Zusammenschluß von JC ("Junge Kommunisten"), LCR, LO (Trotzkisten), einer Fraktion der Sozialistischen Partei und Unorganisierten.

"Zwei andere Koordinationen entstehen gerade: Die MAL (Apolitische Schülerbewegung), die gegen die Vereinnahmung der Bewegung durch politische Gruppen und die Selbsternennung von Delegierten sind. Und die Koordination "Gemeinsam und demokratisch" in der Provinz."

Auch wenn die FIDL weniger extrem und weniger politisch erscheint, beginnt sie doch, den gemäßigten Teil der Bewegung zu beeinflussen. Der Zusammenschluß von Jungkommunisten und Trotzkisten hatte zu Beginn einen starken Einfluß, weil die Mobilisierungen oft in ihren Hochburgen stattfanden und sie mehr oder weniger die Stimmung der Bewegung trafen. Aber gerade weil sie einen "politischen" Ton anschlagen ("Geld für die Schulen, nicht für den Golfkrieg!"), laufen sie Gefahr, angesichts der allgemeinen Ablehnung der Politik ihren Einfluß bei den SchülerInnen zu beschränken.

Die Medien legten den Schwerpunkt ihrer Berichterstattung auf die Jugendbanden, die während der Demo am 12.11. Läden geplündert und die Auseinandersetzung mit den Bullen am Ende der Demo gesucht haben.

"Die Organisatoren der großen Demo (die Schwachköpfe von der FIDL usw.) waren reichlich vor den Kopf geschlagen. Ihre Lehrer-Streber-Ordnungsdiener glaubten ihren eigenen Augen nicht zu trauen angesichts einer Jugend, die während der folgenden Demo eine Lehrstunde in Turbulenz und Lebendigkeit vorführte. Seit dem Beginn der Demo hatten sie sich locker an deren Spitze gesetzt, außerhalb ihrer Kontrolle. Vorstadtbanden, Vandalen und Bewegte. Mobiler als seine Wärter traf dieser bunte Haufen mit einem guten Stück Vorsprung am Montparnass ein und die Plünderungen begannen."

Danach haben die Bullen versucht, die Demo vor der Überquerung der Seine aufzulösen.

"Die Brücken, die auf die rechte Flußseite führen, waren blockiert und die Demo war zum Anhalten auf der Brücke gezwungen, vor einer imposanten Barriere, hinter der sich eine große Anzahl von CRS-Bullen verschanzt hatte. Das Steineschmeißen begann; mit Material von naheliegenden Baustellen konnte es anderthalb Stunden durchgehalten werden. Unablässig wurden Wasserwerfer eingesetzt. Die CRS hatten nicht den Mut, die große Menge aufzulösen, verschossen aber systematisch Tränengasgranaten, erst in die Luft, später gezielt auf Leute, was schwere Verletzungen verursacht hat. Die Luft war nicht mehr zum Atmen, aber der Wind hat die Seite des Aufstands gewählt und die CRS ohne Gasmasken haben weitaus mehr gehustet als wir gegenüber. Die Wut der Aktivisten wurde durch die Brutalität noch erhöht, Bonzenschlitten wurden angezündet. Und wie immer in Momenten der Panik, wenn alles durcheinander läuft, wurde die Situation benutzt, um weitere Scheiben einzuschlagen. Mehrere sehr unbeliebte Journalisten wurden dabei fast gelyncht: Ihre heißgeliebten Kameras, ihre Lügenmaschinen wurden besonders attackiert. Wir wollten über die Brücke und nicht ins Fernsehen."

Risiko

In einigen westlichen Ländern hat die Mobilisierung gegen einen amerikanischen Angriffskrieg am Golf begonnen, in der BRD dagegen gibt es eine gewisse Lähmung. Die folgenden Thesen fassen unsere Überlegungen zusammen — ohne Strategiespiele zu betreiben oder uns in die Köpfe der Herrschenden hineinzuversetzen. Wir wollen auch keine romantisierenden Spekulationen anstellen über die revolutionären Regungen der "arabischen Massen", über die wir sehr wenig wissen. Ein militärischer Aufmarsch zeigt die "Schwäche des Imperialismus" — aber sich an der "Instabilität des Kapitals" zu berauschen, nützt nichts. Warum *braucht* das Kapital einen Krieg? gegen die Klasse zuhause? gegen die Klasse im arabischen Raum? Wie sehen die Möglichkeiten der sozialen Revolution heute aus? Wie verhalten wir uns?

Motive der USA

Washington will die Verfügungsgewalt der westlichen Industriestaaten über die Ölfelder am arabischen Golf erhalten. Wirtschaftlich hinter Europa und Japan zurückgefallen und von inneren Krisen durchzogen, sollte die Truppenmobilisierung deutlich machen, daß die USA nach wie vor imperialistische Hegemonialmacht sind. Als solche braucht sie immer wieder Geldzuflüsse aus den anderen Staaten, deren Interessen sie vertritt. Der Militärhaushalt für dieses Jahr wurde von Europa und Japan abgedeckt, aber die langfristige Aufrechterhaltung der Kapitalströme ist unklar, da diese Länder im arabischen Raum eigene bzw. andere Politikvorstellungen haben und durch das Ende des Kalten Krieges langfristig kein Koalitionszwang mehr durchzusetzen ist. Innerhalb der USA gibt es starken Unwillen, das große stehende Heer weiter zu finanzieren. Deshalb suchte die Regierung (neben dem Drogenkrieg in Mittel- und Südamerika) nach einem neuen Feind, um dessen Existenzberechtigung zu beweisen: Saddam Hussein und den Islam.

Die Verteidigung eines niedrigen Ölpreises für die Industriestaaten war ein Vorwand zur schnellsten Truppenverlagerung seit dem 2. Weltkrieg. Die Erhöhung des Ölpreises als Reaktion auf den irakischen Einmarsch kommt den in den USA ansässigen Ölkonzernen zugute. Der Fall des Dollars zumindest bis Jahresende ist vom amerikanischen Staat gewünscht, da sich damit die hohe Auslandsverschuldung erheblich reduziert.

In den USA selbst haben die Kapitalisten wachsende Schwierigkeiten, die Anfang der 80er Jahre begonnene Niedriglohnpolitik weiter durchzusetzen. Sie sprechen von Arbeitskräfteverknappung und meinen damit, daß sie den wachsenden Arbeiterkämpfen nicht ausweichen können. Deshalb kommt ihnen eine "bereinigend" wirkende Rezession durchaus gelegen. Hier wird auch der Unterschied zu früheren Kriegen deutlich: ein solches Krisenszenario kann heute in den USA keine kapitalistische Blüte mehr einleiten wie der Korea-Boom oder die Finanzierung des Keynesianismus in den USA über den Vietnamkrieg. — heute profitiert nicht mehr "das ganze Land" vom Krieg.

Nach außen haben die USA kein "positives" Kriegsziel: «dort unten» ist kein Regime stabil. Kommt es im Mittleren Osten zum offenen Krieg, wird sich dieser nicht auf einen Konfliktherd begrenzen lassen. Erstes Ziel der Intervention der USA ist es, weitere Aktionen zu verhindern und die Konflikte getrennt zu halten. (Saddam Hussein hingegen versucht, sie taktisch zu verbinden.)

Deshalb ist mit der Anwesenheit der Truppen bereits das erste Kriegsziel erreicht.

Die US-Intervention hat eine rasche "Lösung" von regionalen Konflikten möglich gemacht: Der Abzug der Milizen aus Beirut leitet eine Aufteilung der Macht im Libanon zwischen Syrien und Israel ein. Israel ist durch die Präsenz von 400.000 amerikanischen SoldatInnen nicht mehr stärkster US-Stützpunkt und kann die USA nicht mehr erpressen. Die Anwesenheit der US-Truppen könnte zu einer Änderung der Palästina-Politik beitragen.

Selbst wenn die US-Truppen demnächst wieder abziehen müßten — sei es wegen der zunehmenden Polarisierung, die ihre Anwesenheit im arabischen Raum mit sich bringt, oder wegen massiver innerer Probleme in diesem Söldnerheer —, hinterlassen sie eine Infrastruktur, die für den nächsten Einsatz bereitsteht: Flughäfen, Radarstationen, Depots.

Motive des Irak

Im Angriffskrieg gegen den Iran wurde Irak von östlichen, westlichen und arabischen Staaten mit Geld und Waffen unterstützt, um eine Ausweitung der "islamischen Revolution" zu verhindern. Die Auslandsschulden bei Kriegsende betrugen ca. 80 Mrd. $, davon 24 Mrd. an OECD-Staaten. Die arabischen Staaten waren nicht bereit, eine Vormachtstellung des Irak im arabischen Raum unterstützen. Der fallende Ölpreis durch die Überproduktion von Kuwait und Saudi Arabien senkte die Staatseinnahmen erheblich, führte zu massiven Zahlungsproblemen des stark importabhängigen Landes. Die Ende der 80er Jahre eingeleitete Privatisierungspolitik hatte hohe Arbeitslosigkeit erzeugt und machte die Demobilisierung der Armee (eine Million Soldaten) schwierig. Die in die Männerjobs nachgerückten Frauen lassen sich nicht einfach vertreiben. Die Umstellung von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft war unmöglich. Das irakische Regime sah sich umzingelt und unter Druck gesetzt von den Nachbarstaaten Syrien, Iran, Türkei (Die Staudammprojekte graben Irak buchstäblich das Wasser ab). Der Einmarsch in Kuwait war ein Raubzug, um die Ansprüche auf einen Zugang zum Golf durchzusetzen; jetzt ermöglicht die Blockade die Mobilisierung aller Kräfte für eine Kriegsökonomie, die u.a. den Wiederaufbau einer eigenen Landwirtschaft einleitet.
Als populistischer Despot, der den USA Einhalt gebietet, hat Saddam Hussein politische Sympathien gewinnen können. Die Palästinafrage ins Zentrum möglicher Verhandlungen zu stellen, war ein kluger Schachzug, um sich aus der Angriffslinie zu bringen und die PLO auf seine Seite zu ziehen. Das jordanische Regime kann sich an der Blockade seines wichtigsten Handelspartners Irak nicht beteiligen, ohne sich wirtschaftlich und politisch zu ruinieren. Bei den Massenkundgebungen gegen die USA sind die Kräfte aktiv, die vor kurzem eine Demokratisierung in diesem Land erzwungen haben, die außer freien Wahlen die politische Betätigung z.B. für die PFLP möglich gemacht hat - und die strahlt z.B über das Fernsehen nach Syrien aus. Ähnliche Kundgebungen gibt es in allen Staaten der Region.

Was sollen wir tun?

Saddams Appell an den arabischen Nationalismus versucht, die traditionelle antiimperialistische Front gegen die USA wiederzubeleben. Aber wir leben nicht mehr in den Zeiten, wo der "Ost-West-Konflikt" alles andere zudeckte. Und auch der "Nord-Süd-Konflikt" als Aufbegehren der nachkolonialen Regimes gegen die Industriestaaten ist überholt. Heute geht es mehr als je zuvor um den Kampf der proletarisierten Massen weltweit gegen das kapitalistische Weltsystem.
Und trotz des Kriegsgeschreis, das Bush und Thatcher täglich loslassen, ist nicht ausgemacht, ob sich die kapitalistischen Weltmächte nicht doch für ein Arrangement mit dem irakischen Regime entscheiden, das stabiler ist als andere in dieser Region.
a) Sollen wir das Saddam-Hussein-Regime unterstützen als "einzige Macht, die dem Einfluß der USA Einhalt gebietet", und "die arabischen Massen gegen die verhaßten Herrscherfamilien am Golf mobilisiert"?
Viele linke Kräfte das sehen so, trotz aller Vorbehalte. Aber die Demonstrationen in Amman sind weniger Sympathiekundgebungen für Saddam, als Ausdruck der Hoffnungslosigkeit. Ein Regime, das im eigenen Land jeglichen Widerstand brutal vernichtet, ist keine legitime Stimme der Besitzlosen.
Egal wie taktisch vermittelt: das ist keine Front, auf deren Seite wir uns stellen können. Das Kriegsszenario am Golf ist eine Auseinandersetzung der Herrschenden über die Frage, wie sie ihre Herrschaft noch möglichst lange stabilisieren können.
b) "Nein zum Krieg! Keine Beteiligung am imperialistischen Krieg"? Unter diesen Parolen hat in vielen Ländern eine Mobilisierung begonnen. Sie greift zu kurz, wenn sie ihr Engagement nur gegen einen "Schießkrieg" richtet. Und sie ihr läuft Gefahr, chauvinistisch zu werden, wenn sie nur die eigene Betroffenheit als Ansatz nimmt, ohne zu thematisieren, welcher Krieg aktuell schon geführt wird. Die "Nichteinmischung", die "arabische Lösung" u.ä. basieren auf brutaler Unterdrückung von sozialen Bewegungen.
c) "Krieg dem Krieg?" Das ist seit längerem die Lieblingsparole der Linksradikalen. Aber um sie zu füllen, müssen wir noch viele Schritte tun. "Krieg dem Krieg" kriegt nur einen Sinn, wenn wir eine Perspektive sehen können, wie aus dem Krieg die Revolution wird. Sonst bleibt's ein Spruch.

Was können wir also tun? Wen können wir aktiv unterstützen? Die Hauptbetroffenen der Kriegsdrohung sind zum einen die im arabischen Raum operierenden Befreiungsbewegungen - zum anderen Hunderttausende von WanderarbeiterInnen, die seit drei Monaten quer über den Kontinent gejagt werden. Über sie wissen wir am allerwenigsten. Sie stellen in den Ölstaaten die Mehrheit der Arbeitskräfte. Ihr regelmäßiger Austausch, ihre Isolierung, Berichte von Streiks auf Baustellen und Ölfeldern lassen uns nur erahnen, welche Probleme die Herrschenden mit ihnen haben. Aber genau daran müssen wir anknüpfen, zusammen mit ihren Brüdern und Schwestern, die nun hierher kommen oder schon seit längerem hier leben. Nur hierin kann eine Perspektive weltweiter Revolution liegen.

Wir müssen jetzt in die Gänge kommen!
Das Warten auf einen Schießkrieg nützt nur den Imperialisten!

Arbeiterkampf und nationale Befreiung in Kurdistan

Die Region Botan im Südosten der Türkei grenzt an Syrien und den Irak. Sie ist ist Hauptziel der Repressionsmaßnahmen gegen die Guerilla der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Um ihr das Hinterland abzuschneiden, wurden dieses Jahr entlang der Grenze vom Militär die letzten verbliebenen Dörfer niedergebrannt und die Bewohner in die umliegenden Städte getrieben. In dieser Region wird seit den 60er Jahren Erdöl gefördert, das heute 10% des türkischen Bedarfs deckt. Batman ist auf ca. 200.000 Einwohner angewachsen und die größte Arbeiterkonzentration der Gegend. Militärflughafen, militärischer Werkschutz und Streikverbot schränken die Kampfmöglichkeiten der Arbeiter stark ein. Die Aussagen mehrerer Arbeiter zeigen Widersprüche zwischen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermacht und einer politischen Strategie der nationalen Befreiung.

Rüstü: Als ich 1975 bei der staatlichen Ölgesellschaft TPAO zu arbeiten anfing, konnte man die gewerkschaftlich organisierten klassenbewußten Arbeiter an den Fingern einer Hand abzählen. Die Mehrheit der 4500 Arbeiter kam aus den umliegenden Dörfern, sie waren arm, hatten keine Schulbildung und waren dem Staat dankbar, daß er ihnen einen Arbeitsplatz gegeben hatte. 1978 schloß die Gewerkschaft einen Tarifvertrag ab und die Arbeiter sahen das als eine Art Gabe Gottes an. Das änderte sich, als der Marxismus, als die revolutionäre Bewegung in unsere Gegend kam, sich linke Vereine gründeten und wir als einzige bei der TPAO mit einer neuen Organisierung begannen. Der Unmut über die Gewerkschaftsführung wuchs und 1979 erzwangen wir Neuwahlen, Leute aus den neuen maoistischen Gruppen wurden als Kandidaten aufgestellt. Die Regierung sah die Gefahr, daß die revolutionären Kandidaten gewinnen würden, verhängte den Ausnahmezustand über die Region und verhinderte die Wahlen. Die Gewerkschaft arbeitete ohne Führung weiter, während jede Menge bei der TPAO revolutionären Genossen verhaftet wurden. Nach dieser Lücke setzten wir Ende 1979 erneut Wahlen an. Dabei vereinigten sich in Batman alle fortschrittlichen revolutionären und demokratischen Kräfte und gewannen die Wahlen. Die Arbeiterklasse war eben damals organisiert.

Was passierte nach dem Militärputsch 1980 in Batman? Gab es Widerstandsaktionen.?
Wir hatten von den Arbeitern so viel erwartet, einen Generalstreik zum Beispiel. Daß die gesamte Arbeiterklasse in der Türkei keinerlei Reaktion zeigen würde, schweigen würde, konnten wir nicht glauben. Alle revolutionären und demokratischen Arbeiter im Werk wurden verhaftet. Daraufhin gab es keine Reaktion.

Was hat sich nach dem 12. September für die Arbeiter im Werk verändert?
Da hatte erstmal die Regierung die Initiative und die Gewerkschaften konnten sich nicht rühren. Die Arbeiter verloren alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte. Sie wurden zu mehr Arbeit gezwungen und hatten keinerlei Rechte, dagegen anzugehen.

Viele Arbeiter waren verhaftet und verloren ihren Arbeitsplatz...
Während des Ausnahmezustands wurden viele Arbeiter für 3, 4, 5 Monate verhaftet. Auch wenn sie danach vom Gericht freigesprochen wurden, konnten sie nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, weil die TPAO eben ein Staatsbetrieb ist. Von den Verhafteten ist fast keiner an den Arbeitsplatz zurückgekehrt.
In Kurdistan sind die Arbeiter eben sehr schwach. Das Kapital hat hier immer nur die Rohstoffe ausgebeutet. Wenn es einen entwickelten Kapitalismus gäbe, wären die Arbeiter die hauptsächliche Kraft. Aber leider ist augenblicklich die Arbeiterklasse in Kurdistan sehr schwach, keine hauptsächliche Kraft, aber eine Avantgarde-Kraft. Die hauptsächliche Kraft sind die Dörfler. Wenn du hier durch die Gegend fährst, springt dir sofort Batman ins Auge...

... als entwickelster Punkt dieser Gegend...
Deshalb verbinden wir uns auch mit dieser Arbeiterklasse. Als hier die TPAO aufgebaut wurde, hatte der Kapitalismus die Arbeiterklasse geboren. Aber leider ist sie im übrigen Kürdistan sehr schwach.
Die Arbeiter haben sich entpolitisiert, sind schweigsam geworden, ängstlich. Sie haben zuviel unter der Repression gelitten, sind gefoltert worden. In dieser Gegend haben sie wegen der Entwicklung der kurdischen Befreiungsbewegung mit den schlimmsten Foltermethoden die Organisierung der Arbeiter zu verhindern versucht. Zwischen der Arbeiterklasse in der Türkei und der in Kurdistan gibt es einen großen Unterschied. Zum Beispiel kannst du hier heute geldmäßig alles von der Regierung kriegen, nur eben politisch nichts. Die Arbeiter in der Ausnahmeregion bekommen eine Zulage. Vor 1980 dagegen haben die Arbeiter in Kurdistan weniger verdient als in der Türkei. Sie bringen die Leute mir Repression und mit Geld zum Schweigen.

Deshalb die Wirtschaftsförderung in der Region, die 90.000 Arbeitsplätze, die die Regierung vergeben will...
Sie wollen die Dörfler jetzt mit Arbeitsplätzen kaufen. Ihr einziges Ziel ist, die Befreiungsbewegung niederzumachen. Aber wo sollen diese 90.000 Menschen denn arbeiten? Hier gibt es keine Industrie, die TPAO kann höchstens 500 Leute einstellen. Viele werden in den Westen gehen müssen, man wird ihnen dort Arbeitsplätze geben. Aber sie werden alle türkisiert werden, assimiliert. Oder sie werden als Söldner angeworben, als Miliz, um die Befreiungsbewegung niederzuschlagen. Denn die 90.000 Arbeitsplätze werden nicht vom Arbeitsministerium eingerichtet, sondern vom Innenministerium. Wenn ein normaler Mensch Arbeit sucht, geht er zum Arbeitsamt.

Wie wirkt sich die Golfkrise auf eure Situation aus?
Der Krieg macht den Leuten tatsächlich große Angst. Wenn zwischen Irak und den USA ein Krieg ausbricht, sind wir die Hauptbetroffenen. Die Front wird in Kurdistan verlaufen. Die Menschen, die sterben, werden wir Kurden sein. Die Türkei hat ein Auge auf Kerkük und Mussul *(zwei Ölstädte im kurdischen Nord-Irak)* geworfen. Aber das Hauptziel ist die Vernichtung der nationalen Befreiungsbewegung hier. Der Hauptwiderspruch in unserem Land ist heute der nationale Befreiungskampf. Solange wir vom türkischen Staat nicht als kurdisches Volk gesehen werden, bleibt der Klassenkampf die zweite Ebene. In den 70er Jahren war die Bewegung eine Jugend- und Studentenbewegung, unter ihrer Führung ha-

ben sich viele Dinge entwickelt, aber sie hat auch viele Fehler begangen. Die Arbeiterklasse und die Dörfler haben sich nicht beteiligt. Aber das ist jetzt anders, jetzt gibt es eine Front, eine nationale Befreiungsbewegung.

Ferhat: Vor 1980 besaßen wir hier das Streikrecht, wir konnten in Streik treten, und da unsere Gewerkschaft Petrol Is in der Wirtschaft unseres Landes eine wichtige Rolle spielt, übten unsere Streiks großen Einfluß aus. In der Verfassung von 1982 wurde uns das Streikrecht genommen, Aktionen im Betrieb zu machen ist schwer geworden, aber für jedes Problem gibt es eine Lösung. Wir haben eben andere Kampfformen gefunden: wir haben barfuß demonstriert, haben uns nicht mehr rasiert, sind gemeinsam zum Arzt gegangen und so die Arbeit unterbrochen oder verlangsamt. Daraufhin haben wir einen guten Tarifabschluß bekommen. Möglicherweise hätten wir mit Streikrecht so einen guten Abschluß nicht bekommmen. Denn in manchen Sektoren gibt es Streikrecht, trotzdem wird mit Streikbrechern weitergearbeitet. Bei den obengenannten Aktionen ist so etwas nicht möglich. Die Bewegung im Frühjahr 1989 war fast wie ein Generalstreik, 600.000 ArbeiterInnen haben sich beteiligt. Die Regierung wollte nur 30, 40 % Lohnerhöhung geben, wir haben uns schließlich 142% geholt.

Dieses Jahr fanden zum Neujahrsfest überall in Kurdistan Demonstrationen statt. Habt ihr euch als Arbeiter daran beteiligt?

Wir haben sie unterstützt. Als die Ladenbesitzer alle die Rolläden geschlossen hielten, haben das auch Arbeiter unterstützt. Aber die Arbeiter beteiligen sich gewöhnlich nicht aktiv an Kämpfen, bei denen es nicht um wirtschaftliche Forderungen geht. Auf die Repression und den Zensur- und Verbannungserlaß gab es keine gemeinsame Reaktion. Weil einige unserer Freunde verhaftet wurden, haben wir einen Essensboykott gemacht. Wir sagten aber, daß wir den Boykott wegen des schlechten Essens machen. Ein Arzt wurde gerufen, er bescheinigte, daß das Essen ungenießbar ist. Trotzdem wurden 13 Kollegen verhaftet. Sie blieben einen Monat in Polizeihaft.

Verloren sie den Arbeitsplatz?

Ein paar konnten die Arbeit wieder aufnehmen, andere nicht. Die staatliche Ölgesellschaft soll privatisiert werden. Was wird sich für die Arbeiter verändern? Ich bin gegen die Privatisierung. Mit der Privatisierung werden die Arbeiterrechte noch mehr eingeschränkt werden. Özal will dem Arbeitgeber einen Rosengarten anbieten. Im Privatsektor wird mit weniger Arbeitskraft gearbeitet. Bei der Tüpras sollen bis Oktober 500 Arbeiter entlassen werden. Wenn der Betrieb privatisiert ist, werden an ihrer Stelle junge, billige Arbeiter eingestellt werden. Die Arbeiter bei der TPAO sind alle 35, 40 Jahre alt. Junge gibt es dort ganz wenige.

Wir Ölarbeiter stehen im Vergleich zu anderen Arbeitern wirtschaftlich gut da. Aber überall auf der Welt verdienen die Öl- und Kohlearbeiter am meisten. Besonders in Batman. Deshalb haben die Ölarbeiter unseren Hauptkampf, die nationale Befreiung, vergessen. Der wirtschafliche Kampf hat in einen Sumpf geführt. Die weniger verdienenden Arbeiter haben mehr Sensibilität für den nationalen Kampf. Sie sind das Potential, sie sind die bewußten Arbeiter, sie sind die Führung der Bewegung. Vom Arbeiterstandpunkt aus gibt es eine Gier zum ökonomischen Kampf. Sie kommt daher, daß wir gut verdienen.

Was sind heute die wichtigsten Probleme der Arbeiter?

Für mich als klassenbewußter Arbeiter ist unser wichtigstes Bedürfnis Demokratie. Meiner Ansicht geht es erst in zweiter Linie um ökonomische Rechte, wir Arbeiter müssen zuallererst für demokratische Ziele kämpfen. Aber leider steht im allgemeinen die Ökonomie an erster Stelle.

Müslüm: In Batman steht die älteste Raffinerie der Türkei. Der Reaktor, in dem das Rohöl raffiniert wird, ist 30 Jahre alt. Er ist so gefährlich, daß bei einem Unfall ganz Batman in die Luft fliegen könnte. Die Arbeiter sehen die Privatisierung als gefährlich an. Sie fürchten um ihren Arbeitsplatz. Wenn der gesamte Ölsektor privatisiert wird, wird die Raffinerie in Batman zumachen oder höchstens als Lehrbetrieb weitermachen. Falls sie modernisiert wird, werden viele Arbeiter entlassen werden. Trotz der großen Gefahr sind alle Arbeiter bereit, weiter hier zu arbeiten, weil sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren wollen.

Was bedeutet die geplante Privatisierung für euch?

Özal will alle Staatsbetriebe priviatisieren. Dagegen müßte die Türk Is zum Generalstreik aufrufen bzw. wir müßten ihn vorbereiten, wir können nicht auf die Führung warten. Heute das Öl, morgen die Post - es liegt auch im Interesse der Gewerkschaftsfunktionäre, gegen die Privatisierung zu sein, die wird die Gewerkschaft nicht überleben. Die Türk Is sagt, ein Generalstreik sei ungesetzlich. Aber die Gesetze werden von Menschen gemacht. Wenn wir einen Generalstreik machen, dann ist das Gesetz.

Ihr seid 3000 Arbeiter hier, da könnt ihr doch eine große Macht entwckeln...

Bei der Frühjahrsbewegung 89 hat die Regierung nichts gegen die ArbeiterInnen unternommen, weil sie wußte, daß sich alle Arbeiterinnen gegen die Regierung wenden könnten. 5 Monate nach dieser Bewegung hat die Polizei die Leute verhaftet, die am meisten organisiert hatten, mit dem Vorwurf, Separatisten zu sein. Die Arbeiter haben dagegen nichts unternommen, weil das ihrer Meinung nach Leute waren, die aus politischen Gründen im Betrieb waren.

Als Batman zur Stadt erhoben wurden, haben die Stadtverordneten eine Demonstration gemacht gegen die Unterdrükung der kurdischen Provinzen und gegen den Zensur- und Verbannungserlaß. Das Volk schaute zu, dann kamen Militär und Polizei, haben draufgeschlagen und 30 Leute verhaftet. So eine Stadt läßt keinen Streik von 3000 Arbeitern zu, er würde ein blutiges Ende nehmen. Wenn wir hier etwas unternehmen, bezeichnet es der Staat als separatistische Aktion. Deswegen warten wir, daß im Westen eine Bewegung beginnt, das gibt uns mehr Sicherheit. Auch wenn es 10 Bewegungen wie in Cizre gibt, ist das für die öffentliche Meinung lange nicht so wichtig wie eine Arbeiterbewegung im Westen. Wenn beide zusammenkommen, ist es am besten.

Arbeiterpolitik?

In der WILDCAT 49 haben wir unsere Erfahrungen mit Betriebs- und Betriebsrats-Arbeit beschrieben. Wir sind zum Schluß gekommen, daß wir im Arbeitsprozeß und dem Unternehmer gegenüber keinerlei Verantwortung übernehmen sollen. Denn es ist nicht unsere Aufgabe, eine regelmäßige, legale, kontinuierliche Ausbeutung zu sichern. Deshalb lehnen wir es ab, Betriebsrats- oder gewerkschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Stattdessen wollten wir ArbeiterInnenversammlungen organisieren. So weit, so klar; aber in der Praxis haben wir uns in einen politischen Widerspruch hineinmanövriert: "keine Verantwortung übernehmen" haben wir so "übersetzt", daß wir auch "notwendige Verantwortung" nicht übernommen haben. Wir haben zu ArbeiterInnenversammlungen aufgerufen, die wir kaum inhaltlich vorbereitet hatten. Das ging so lange gut, wie viele ArbeiterInnen sich spontan an Aktionen im Betrieb beteiligt haben, die Stimmung allgemein gut war.
Dabei gab es eine Menge Sachen, die wir in dieser Zeit hätten vertiefen können (zum Beispiel hatte es einen spontanen Streik gegeben, Betriebsratswahlen standen an, die Entwicklung in der DDR war Tagesgespräch, der Tarifabschluß im Frühjahr ...), und viele KollegInnen kamen immer wieder mit individuellen Fragen zu uns, es gab kleinere und größere Kampfmöglichkeiten.
All das haben wir auf den Versammlungen diskutiert und in unseren Flugblättern erwähnt. Aber unsere Meinung haben wir dabei immer in den Hintergrund gerückt. Wir dachten "die ArbeiterInnen müssen sich selbst organisieren".
Dabei haben wir zwei Fehler gemacht: Zum einen lief das bei uns drauf raus, daß die ArbeiterInnen sich selbst politisieren müssen, daß wir überhaupt keine Vorstellungen davon hatten, wie und worüber das laufen könnte. Zum zweiten haben wir dabei sozusagen vergessen, daß auch wir ArbeiterInnen sind, also durchaus auch unsere Vorschläge und Ideen gefragt sind!
Manche KollegInnen sind von den Versammlungen weggeblieben: «Die wissen auch nicht weiter. Wenn wir uns treffen, ändert das nichts an unserer Situation. Wir kämpfen hier ja gar nicht!»
In den letzten Monaten haben wir unsere eigenen Erfahrungen nochmal untersucht und daraus ein paar Fragen abgeleitet:

1) ***Was wollen wir im Betrieb?***
2) ***Was verstehen wir unter "Arbeiterpolitik"? Wie verhält sie sich zu den alltäglichen Kämpfen der ArbeiterInnen?***
3) ***Ist die Selbstorganisierung der Klasse eine Utopie oder organisiert sich die Klasse selbst?***
4) ***Gibt es überhaupt eine Arbeiterpolitik? Was ist das? Wie geht das?***

zu 1)
Sind wir im Betrieb, um Knete zu verdienen? Jein. Einerseits "ja", aber andererseits sind wir Revolutionäre und wollen endlich die Vorgeschichte der Menschheit beenden. Und das geht nicht ohne die ArbeiterInnen. Wir meinen, daß es in den Betrieben eine Sprengkraft gibt. Wie aus dieser Sprengkraft die Revolution wird, wissen wir noch nicht. Wir sind auch in den Betrieben, um es mit den ArbeiterInnen zusammen rauszufinden.

zu 2)
Wenn wir "Arbeiterpolitik" so wie die sozialdemokratischen Politiker auf die betrieblichen Belange reduzieren, werden wir immer nur die bessere betriebliche Sozialpolitik machen. Wie sollen wir dann den gesellschaftlichen Zusammenhang der Ausbeutung aufgreifen? Miete, Fahrtkosten, die ganzen Reproduktionskosten, Sexualität ... Arbeiterpolitik in unserem Sinn muß die Arbeit direkt angreifen, und sie muß alle diese Fragen einbeziehen.
Die täglichen Konflikte mit dem Unternehmer drehen sich immer um die Fragen "Mehr Geld, weniger Arbeit!" Diese Probleme sind dabei natürlich nicht klar geordnet, sondern verwickeln sich immer wieder in tausend Widersprüchen. Wenn die ArbeiterInnen glauben, durch Langsamarbeiten weniger Arbeit und mehr Geld durchsetzen zu können, dann arbeiten sie langsam. Andererseits ist es AkkordarbeiterInnen oft egal, wie schnell oder langsam gearbeitet wird. Wenn sie schon früh aufstehen und acht Stunden im Betrieb verbringen müssen, dann wollen sie wenigstens so viel Geld wie möglich in dieser Zeit verdienen. Das Kapital hat schon lange gelernt, an diesen Widersprüchen anzusetzen und die Ausbeutung entsprechend zu organisieren: Akkord oder Prämiensysteme legen es *scheinbar* in die Hand der einzelnen Arbeiterin, wie schnell sie arbeiten will - und treiben damit ihre Produktivität hoch.
Das gleiche mit den Überstunden. Einerseits wollen die ArbeiterInnen weniger arbeiten, andererseits lassen sie sich auf Überstunden ein. Viele machen das, weil ein normaler Lohn nicht für eine Familie zum Leben reicht. Andere wollen durch Mehrarbeit mehr Geld verdienen, um sich für die Zukunft von der Arbeit befreien zu können. Heute sparen, um morgen einen Laden aufzumachen (In den letzten Jahren hat das allerdings an Attraktivität verloren, weil viele gesehen haben, daß sie dort mehr arbeiten müssen als ein Arbeiter im Betrieb.).
Niemand arbeitet freiwillig. Millionen ArbeiterInnen spielen Glücksspiele, Lotto usw. Alle hoffen, eines Tages mit der Scheißmaloche aufhören zu können. Das wissen auch die Kapitalisten und die Gewerkschafter. Deshalb sagen sie: ohne Arbeit kann niemand überleben. Wie kann es ohne Arbeit gesellschaftlichen Konsum geben? Was machst du in der Zukunft? usw.
"Weniger arbeiten, mehr Leben!" - diese Parole kommt von den ArbeiterInnen. Arbeit ist nicht "natürlich", Arbeit gehört nicht zum Leben. "Menschliche Arbeit", wie der Gewerkschafter immer sagt, ist ein Unding, weil "Arbeit" nicht menschlich sein kann. "Nicht mehr arbeiten müssen" haben alle ArbeiterInnen im Hinterkopf. Die Gewerkschafter und linke Parteien haben diese Gedanken immer verschleiert und in andere Forderungen verwandelt: "Arbeitszeitverkürzung", "sichere Arbeitsplätze", "Recht auf Arbeit", "Menschlichere Arbeit", "Abschaffung der Lohnarbeit". Nur in Momenten großer Kampfkraft haben zum Beispiel die italienischen Fabrikarbeiter Anfang der 70er Jahre ganz offen "mehr Geld, weniger Arbeit" oder "politischen Lohn, egal ob wir arbeiten oder nicht" gefordert. Heute denken viele ArbeiterInnen laut in diesem Sinne.
Deshalb: runter mit dem Schleier, den die Gewerkschafter über die Arbeiterbedürfnisse gelegt haben. Sagen wir offen, wie wir uns die Zukunft vorstellen! Unsere Zukunft ist nicht: "weniger" oder "sicherer" arbeiten. Nicht "Abschaffung der Lohnarbeit". Sondern weg mit der ganzen Scheiße: mit einer Arbeit, die nur noch Zerstörung produziert.

zu 3)
Selbstorganisierung der Klasse ist keine Utopie, sie ist alltäglich, aber sie führt nicht alltäglich zu Kämpfen. Die alltägliche Selbstorganisierung kommt aus wirtschaftlichen Zwängen: Lebensmittel besorgen, billiges Auto kaufen, sich bei der Hausarbeit helfen, in der Fabrik sich gegenseitig Kaffee kochen. Darüber hinaus gibt es auch viele Strukturen, in denen die ArbeiterInnen ihre Bedürfnisse organisieren: Fußball spielen, Haschisch rauchen, überhaupt Geselligkeit gegen die Vereinzelung. An solchen Bedürfnissen knüpfen auch die türkischen Fußballvereine und die Moscheen an. Auch der kapitalistische Sozialstaat hat längst gelernt, an solchen Strukturen und Bedürfnissen der Menschen anzuknüpfen. Sozialdemokratische Integrationsprogramme von heute knüpfen an solchen Strukturen und Bedürfnissen an, um die Menschen voneinander zu spalten und vom Kampf abzuhalten. Die Medien tun ein Übriges, unsere Phantasie kommt aus dem Fernseher. Außerhalb des Betriebes vereinzeln sich dadurch die ArbeiterInnen.
Wir müssen es aber erst wieder lernen, aus den alltäglichen Strukturen der ArbeiterInnen Kämpfe zu entwickeln. Viel zu oft ruhen sich GenossInnen drauf aus, daß sie überhaupt in der Lage waren, diese Strukturen wahrzunehmen. Als wenn das eine besondere Leistung wäre, von ihrer Existenz zu wissen. Und auch im Betriebssport-Verein ein gern gesehener Kumpel zu sein, ist doch nur der Anfang! Unsere Frage muß immer sein, wie sich daraus gemeinsame Kämpfe, revolutionäre Macht entwickeln lassen.
Nur eine Gruppe, die offensive Vorschläge macht und selber Beispiele setzt, kann den Status quo dieser alltäglichen Organisierung aufknacken.

zu 4)
Wir haben seit fünf Jahren im Betrieb unter allen Bedingungen gekämpft. Das haben die ArbeiterInnen auch gesehen. Und manchmal hat es abteilungsweise Kämpfe gegeben. Wir haben uns immer dagegen gewehrt, daß der Unternehmer und der Betriebsrat "Rädelsführer" in den Kämpfen gesucht haben. Aber wir sind meistens ohnmächtig geblieben angesichts der *realen* Fähigkeit des Unternehmers und des Betriebsrats, durch diese "Rädelsführer" mit den kämpfenden ArbeiterInnen in Beziehung zu treten und ihre Kämpfe zu kontrollieren. Wir denken heute, daß wir die "Zusammensetzung" der ArbeiterInnen materialistisch betrachten müssen. Gerade, wenn wir solche Ungleichheiten abbauen wollen, dürfen wir nicht drüberweggehen mit Sprüchen wie "alle ArbeiterInnen haben gekämpft". Denn das war in den letzten Jahren eher unsere Kritik an leninistischen Avantgarde-Konzepten, die "Rädelsführer" aus den Arbeiterkämpfen rausziehen und als Führung organisieren wollen.
Wir sollten zu diesen "Rädelsführern" Kontakte halten und Diskussionen mit ihnen führen. Wir sollten unsere Meinungen und ergänzenden Vorschläge vertreten. Und nicht: hingehen, zuhören und wieder abhauen. Sondern diskutieren und kritisieren, um bessere Möglichkeiten zu finden. Dies sind KollegInnen, die nicht regelmäßig zu Treffen kommen, aber für jeden Kampf zu haben sind. Leute, die mit ihrer Unberechenbarkeit jeden Parteiaufbauer zur Verzweiflung treiben. Mit diesen KollegInnen können wir eine Arbeitergruppe aufbauen. Das hieße vor allem, an sich selber zu arbeiten: Überblick über die ganze Gesellschaft, sich weiterbilden (Arbeitsprozeß, Arbeiterkämpfe, aktuelle und historische Erfahrungen der Klasse weltweit ...). Mit dem Ziel, gemeinsam ArbeiterInnenversammlungen zu bestimmten Themen und Anlässen vorzubereiten und zu organisieren.
Wir müssen alle politischen Vorstellungen deutlich kritisieren, die davon ausgehen, daß den ArbeiterInnen was fehlt, das die jeweilige Organisation ihnen bringen könnte: Sie wissen genau, daß sie sich organisieren müssen, um zu gewinnen. Es ist auch nicht so, daß die ArbeiterInnen nur "wirtschaftlich" kämpfen würden und wir ihnen das politische Bewußtsein einimpfen müßten.
Es ist nur so, daß sie immer mal wieder keine Hoffnung haben, daß sie anfangen, sich so gut es geht, einzurichten, daß ihre alltägliche Organisierung den Status quo erträglich macht – und stützt. Das müssen wir immer wieder aufbrechen, immer wieder Breschen schlagen. Gemeinsam mit den ArbeiterInnen, denn hinter jedem "wirtschaftlichen" Kampf steht der Haß auf die Arbeit! Und dieser Haß schlägt auch immer wieder Breschen quer zu den alltäglichen Organisationsformen, durchbricht auch immer wieder deren sozialdemokratische, kirchliche, staatliche, reformistische Vereinnahmung.
Also Engagement und Verantwortung in der Richtung: Organisierung des täglichen Klassenkampfs im Betrieb, neue Kampfmethoden suchen und finden, neue Ideen entwickeln. Kontakte zu anderen Betrieben ergeben sich meistens automatisch. Weil jeder Arbeiter Kollegen aus anderen Betrieben kennt. Darüber laufen auch Informationen.
Es geht dabei nicht nur um betriebliche Probleme, sondern um die ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse.

Für eine

Die Knastrevolten der letzten Monate könnten eine enorme Bedeutung für die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse haben — aber sie wurden kaum wahrgenommen. Knast ist ein wesentliches Druckmittel, mit dem Arbeit und Ausbeutung aufrechterhalten werden. Die meisten sitzen im Knast, weil sie gegen das Eigentumsprinzip verstoßen haben oder in die Drogenwelt geflüchtet sind. Knast, Psychiatrie und alle weiteren Formen von Aussonderung und Wegsperren treffen nicht nur die, die drin sitzen. Sie wirken auch als Drohung gegen die draußen, damit sie weiter funktionieren, die tägliche Unterwerfung, Ausbeutung, die Zerstörung ihres Lebens hinnehmen. Die Knastrevolte kann uns allen Mut machen, den Kampf gegen die Ausbeutung wieder aufzunehmen.

In diesem Jahr lief die größte Gefangenenbewegung seit langem. Überall sind Gefangene auf die Dächer gestiegen, haben ihrem Unmut Luft gemacht - und dabei Ansätze kollektiver Organisierung entwickelt. War es Zufall, daß dies gerade jetzt geschehen ist - und dabei noch europaweit: Frankreich, England, Spanien, Polen, Sowjetunion, CSFR, die ehemalige DDR ...?!

In den 80er Jahren haben sich die Gefangenen in neuen Bedingungen zurechtfinden müssen. Es gab kleinere Kämpfe, die meistens auf einen Knast bzw. eine Gefangenengruppe beschränkt blieben. Die Kämpfe der Frauen in Plötzensee 87 und 89 waren der Anfang einer neuen Phase des Kampfs. Zum ersten Mal wurden die neuen Gefängnisse des "reformierten Strafvollzugs" angegriffen. Die Hunger- und Arbeitsstreiks in Moabit im März dieses Jahres fanden zwar in einem "alten" Knast statt, aber auch sie versuchten, alte Spaltungen zu überwinden *(siehe WILDCAT 50 und 51)*.

Die Bewegung, die ab Mai durch die Knäste ging, trug andere Merkmale. Die Kämpfe gingen erstmal von der jeweils besonderen Situation der einzelnen Knäste und Gruppen aus, was sich in unterschiedlichen Forderungen und Aktionsformen äußerte. Konkrete Anlässe waren die Einschränkung der Bewegungsfreiheit innerhalb des Knastes, Kürzungen von Freizeit- und Umschlußzeiten, knastinterne Repressionsmittel wie Arrest- und Bunkerstrafen. Das Besondere war, daß jetzt *gleichzeitig* was lief — und in Knästen und von Gefangenengruppen, wo lange nichts mehr gelaufen war.

Als die Wiedervereinigung näherrückte, und die Kämpfe in den DDR-Knästen für Amnestie durch die Presse gingen, wurde die Amnestieforderung auch in den West-Knästen aufgegriffen und die Bewegung weitete sich nochmal massiv aus. Die Forderung war oft nur der äußere Anlaß für die Revolten - das Faß war sowieso am überlaufen. Aber sie war auch nach langen Jahren wieder eine, unter der sich alle was für sich vorstellen konnten. Und vor allem eine, womit viele die Hoffnung auf sofortige Freiheit verbunden haben. Kein Wunder also, daß sie so breit aufgegriffen wurde.

Gleichzeitig schlug u.a. die Berliner Justizsenatorin ein Amnestiegesetz vor. Sie kannte die Situation in den Knästen und fürchtete eine Ausbreitung der Bewegung. Ein Vorstoß in Sachen Amnestie könnte die Bewegung spalten... Die Amnestieforderung ist scharf kritisiert worden - zu Recht.

U.a. auch von Gefangenen aus Butzbach:

"Der Haken ist nur: Es will sie ja gar keiner rauslassen! Jedenfalls niemand von denen, die uns alle eingesperrt haben und die sehr viel Wert darauf legen, daß die Gefängnisse voll bleiben. Schon allein, damit das Volk das Fürchten nicht verlernt. — Die Amnestie-Idee kommt aus einer ganz anderen Ecke. Zum Teil von Leuten, die es subjektiv sogar gut damit meinen... Aber die Wirkung in den Knästen ist, daß es uns die Köpfe vernebelt. Daß zuviele von diesem Hirngespinst besoffen gemacht werden, demnächst käme der dicke Vater Gnädig, macht noch mal mahnend: "Du, du, du!" und schenkt ihnen dann die Jubelfreiheit. Die Wahrheit ist, nichts wird's geben für uns, gar nichts... Seit Jahresanfang hat es immer wieder und überall die Revolten gegeben und es gab klare Forderungen gegen die Knäste und das ganze System der Käfighaltung. Und diese Bewegung war und ist nicht mehr totzukriegen und erst dieses Amnestiegerede droht ihr jetzt die Schärfe und Orientierung zu nehmen...

Aber wir spalten nicht. Und wenn's in den Knästen rappelt, weil die Herrschaften sich gegenseitig ihre Stasi- und Sonstwasagenten amnestieren, aber alle Knackis weiter schmoren lassen, dann wohlan und vor allem: dann weiter!" (taz vom 2.10.90)

In den Kämpfen für eine Amnestie und den Diskussionen darüber sind sicher ne Menge Illusionen in "die da oben" und Hoffungen auf individuelle Lösungen zerstört worden. Jetzt scheint in den Knästen erstmal der Dampf raus zu sein... Die Repression hat zugeschlagen, einige trauern der verlorenen Amnestie nach, aber andere überlegen schon, wie es weitergehen kann.

In den Revolten haben die Gefangenen auf den Dächern und Höfen miteinander geredet und gekämpft. Damit wurden Spaltungen überwunden, die sonst jede Gefangenengruppe von der anderen trennen. An diesen Erfahrungen kann eine Bewegung gegen das zerstörerische Knastsystem anknüpfen.

März/April	Aktionen in Moabit und Tegel
28.5.-1.6.	Revolte in Santa Fu
31.5./1.6.	Mannheim: 3 Gefangene steigen aufs Dach, entrollen ein Transparent, per Mega verkünden sie die Forderungen: besseres Essen, höhere Bezahlung der Zwangsarbeit, Absetzen der Anstaltsleitung.
4.6.	Mannheim: 100 Gefangene treten in einen Arbeitsstreik aus Protest gegen die verhängten Hausstrafen und aus Solidarität mit den Dachbesetzern
9.-14.6.	Frankfurt-Preungesheim: Auf Station 4 und 5 werden die Freizeiträume entglast und die Kanzel der Beamten zerstört. Es folgt ein 24-Stunden-Einschluß, worauf die Gefangenen mit einem Hungerstreik reagieren. Am 10.6. läuft dieselbe Aktion auf Station 10 und am 11.6. auf Station 9. Ein "provisorischer Gefangenenrat" fordert: Absetzung des Anstaltsleiters, mehr Freistunden - täglicher Hofgang unter freiem Himmel, längere Aufschluß- und Besuchszeiten, Taschengeld, besseres Essen, verbesserte medizinische Versorgung, Entlassung aller Haftunfähigen. Am 12.6. verweigern gefangene Frauen aus Solidarität das Essen. Am 14.6. treten 120 männliche Gefangene in einen Hungerstreik. 150 Gefangene werden in andere Knäste verlegt.
2./ 3.7.	Straubing: 150 Gefangene verweigern den Einschluß und stellen einen Forderungskatalog auf
3.8.	Straubing: 100 Gefangene verbringen die Nacht auf den Dächern. Am nächsten Morgen werden sie mit einem brutalen Polizeieinsatz runter geholt und alle nach München-Stadelheim verlegt
August	Aktionen in Stadelheim
24.9.	Köln-Ossendorf: 4 Gefangene steigen aufs Dach für Amnestie
26.9.	Stuttgart-Stammheim: Gefangene treten in einen HS für Amnestie
29.9.	Hamburg-Fuhlsbüttel: 40 Gefangene machen Sitzstreik für Amnestie.
30.9.-4.10.	Bernau/Chiemsee: Nächtliches Lärmen für Amnestie. 70% der Gefangenen beteiligen sich an einem Hungerstreik. Am 4.10. besetzen 200 den Hof; weichen erst einem riesigen Polizeiaufgebot.

Gesellschaft ohne Knäste!

1.10.	Santa Fu: 250 machen Sitzstreik. Als die Schließer sie in die Zellen zurückdrängen wollen, zerstört eine Gruppe die Panzerglasscheiben der Zentrale. Wasserleitungen werden aus der Wand gerissen, ein Vorratsraum geplündert. 10 steigen aufs Dach. Am nächsten Nachmittag werden sie runter geholt, in andere Anstalten verlegt.
1.-3.10.	Willich: 22 Gefangene steigen aufs Dach, 40 machen einen Sitzstreik.
2.-7.10.	Rheinbach: 150 Gefangene besetzen die Dächer, die letzten werden gewaltsam geräumt.
3.10.	Wittlich/Eiffel: 3 Gefangene treten in einen Arbeitsstreik
3.10.	Darmstadt-Eberstadt: 8 Gefangene besetzen das Dach
3.- 10.10.	Geldern/Niederrhein: Eine geplante Dachbesteigung wird verraten, angebliche Rädelsführer in den Bunker verschleppt. Dennoch steigen zwei Gefangene aufs Dach. 40 treten in einen Hungerstreik, damit diese aus dem Bunker kommen. 250 verweigern die Zwangsarbeit. (siehe Dokumentation)
4.10.	Mannheim: 150 verweigern nach dem Hofgang den Einschluß
4.10.	Freiburg: 100 verweigern nach den Einschluß und machen eine Demo mit Transparenten
4.10.	Kaisheim: Gefangene machen die ganze Nacht mit Gitterschlagen und Rufen einen Höllenlärm
4.10.	Bayreuth: s.o.
4.10.	In München-Stadelheim, Amberg, Landshut, Traunstein gibt es weitere Aktionen
4.-21.10.	Hannover: 11 Gefangene treten in einen Hungerstreik für Amnestie.
4.10.	Detmold: HS für Amnestie
6.10.	Köln-Ossendorf: 4 weibliche Gefangene besetzen 12 Stunden lang das Dach und fordern, die Streichung des Auf- und Umschlusses rückgängig zu machen.
15.10.	Köln-Ossendorf: 40 Gefangene besetzen den Hof und fordern mehr Freistunden und Freizeitmöglichkeiten. Sie solidarisieren sich mit 12 Rheinbacher Dachbesteigern, die nach Ossendorf verlegt und in den Bunker gesteckt wurden.

(nicht vollständig)

Bericht aus Köln-Ossendorf über die Aktion am 15. Oktober 1990

seit ungefähr einem jahr war der gemeinschaftsraum in unserem und in anderen häusern geschlossen. damit wurde uns der ort für kommunikation geschlossen, wo gefangene sonst gemeinsam tischtennis, schach oder maumau spielen oder in die glotze gucken oder was auch immer, was vor allem für neu eingefahrene und alle gefangene wichtig war, die niemand hatten oder kannten. montag und freitag wurden wegen angeblichem "beamtenmangel" als besuchstage gestrichen. die vorbereitungen zum "fest" der deutschen wiedervereinigung haben dann die stimmung vollends aufgeheizt: ein mit nato-stacheldraht auf den dächern "verzierter" hof, tage davor {wurden} die dächer inspiziert. aus unzähligen löchern und vom hof schallte dabei ein einziges BUUUHHH. — und zu guter letzt wurde uns auch noch die zweite hofstunde aus "sicherheitsgründen" platt gemacht.

die hofgänge ließen sie seit dem 3.10. nur noch zu verschiedenen zeiten laufen. es sollte damit eine angebliche gemeinsam geplante dachbesteigung verhindert werden. es wurde nicht mit den vier gefangenen aus haus 7 diskutiert, die mit der forderung nach amnestie eine woche davor auf die flachdächer gingen, sondern einer der drei türken davon wurde brutal zusammengeschlagen; oder die frauen, die freitags bis spät in der nacht auf dem dach des jugendbaus ausharrten, lautstark unterstützt von anderen gefangenen, um (wieder) auf- und umschluß u.a. zu kriegen, sie wurden teilweise auch nur mit leeren versprechungen abgespeist; gefragt und gesucht wurden von der anstaltsleitung polizeistaatslösungen.

am montag, dem 15.10.90 hatten wir dann endgültig die schnauze voll: nachdem wir zum x-ten mal mit dem versprechen einer "normalisierung" des hofgangs vergackeiert wurden, haben wir uns den platz unter freiem (!) himmel einfach selber geholt.
der grüne, der an diesem tag zum hofgang-einrücken auf seinen kleinen blechkasten klopft, klopft, sicherheitshalber nochmal klopft, wir rufen "nochmal", versteht plötzlich seine kleine befehlsempfängerwelt nicht mehr: 40 gefangene von ca. 47, die draußen waren, trotten nicht mehr in ihre löcher zurück.
unsere minimalen forderungen:

- unsere zweite hofstunde zurück
- öffnung des gemeinschaftsraums
- aufhebung der arreststrafen für die rheinbacher dachbesteiger

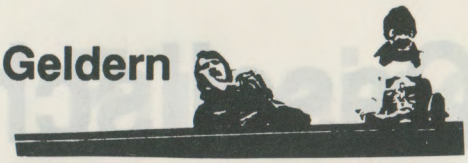
darüber wollten wir mit anstaltsleiter thönnessen verhandeln, dem allerdings die courage dazu fehlte... was hindert einen anonymen technokraten der staatsmacht daran, die im hof versammelten aus den untersten schichten der knastgesellschaft, nicht zufällig viele davon ausländer, kurden, türken, italiener, yugoslawen, sinti und roma u.a. anzuhören und ihnen offen ins gesicht zu sehen??
es gab in der situation auch niemand, der andere für sich "delegieren" wollte, oder der von anderen "delegiert" werden wollte. das war nichtmal ein thema, konnte es nicht sein, in dieser "unorganisierten" zusammenballung von gefangenen. ... wir haben in den 6½ stunden eine andere erfahrung gelebt, gefangene haben miteinander geredet, die sonst kaum was miteinander zu tun haben (wollen). wir haben den tabak und das essen und die wolldecken geteilt, das was uns die hinter den gittern verbliebenen gefangene zugesteckt haben. wir haben unseren schließfach-horizont unverschämt ausgeweitet. aus anderen häusern wurde uns mit den blechnäpfen zustimmung zugetrommelt. wir haben einen langen augenblick der gewaltmaschine getrotzt!
wir hatten von anfang an klargemacht: von uns geht keine gewalt aus. darüber hat es unter uns einige heftige diskussionen gegeben, bei denen sich dann aber selbst diejenigen, die im knast schon aus geringerem anlaß verprügelt wurden und die persönlich für eine direkte gegenwehr waren, eindeutig dafür entschieden haben, sich in dieser situation an den "schwächeren" zu orientieren, die sich körperlich nicht wehren konnten oder wollten oder ein "verfahren" deswegen fürchteten.
es war eine gemeinsam getragene und bis zum schluß durchgehaltene entscheidung. was hat sie uns gebracht? kurz vor 19 uhr kam noch pastor esser unter dem beifall der gefangenen auf den hof, um uns unter den genannten bedingungen zum reingehen zu bewegen. wir hatten noch 5 minuten. in der zeit hätten wir nichtmal mehr in all die verschiedenen sprachen unter uns übersetzen können. wir konnten nur noch die parole ausgeben, "es ist jedem freige-

stellt reinzugehen". kein einziger ist reingegangen. dahinter ist schon die bullenstreitmacht aus den beiden zugängen zum hof gequollen, auf den hof schätzungsweise 100 bullen, insgesamt sollen 160 bullen im einsatz gewesen sein, d.h. eine übermacht von 4:1. ...
wir hatten uns eingehakt und erich (ommer) und ich wurden als erstes herausgegriffen. erich wurde buchstäblich aus meinen armen gerissen, arme und beine bis zum geht nicht mehr verdreht, mit fußtritten und knüppeln "bearbeitet", abgeschleppt. da mir gleich darauf der kopf auf den boden gedrückt wurde, stiefel und knie wurden mir ins genick und ins kreuz gestemmt, konnte ich nicht mehr weiter verfolgen, was mit ihm passierte. beide arme wurden mir auf den rücken gebogen. daran und gleichzeitig an den füßen wurde ich ungefähr einen halben meter hochgehoben und dann wieder voll auf den brustkorb fallengelassen. so ging es mehrmals hoch und runter, dabei mußte ich den brustkorb immer selber durchdrücken, um nicht mit dem kopf zuerst aufzuknallen. in diesem zustand wurde ich über den hof und ins haus und eine treppe hoch in meine zelle geschleift.
es war nacht über ossendorf, die scheinwerfer gaben nur schwaches licht, und in der düsternis wurde "abgerechnet".
zeynel (basgürboga), der bereits in türkischen gefängnissen schwer gefoltert worden ist, wurde die nase blutig geschlagen. der junge, der in der zelle unter mir lag, hat wie ein paket gefesselt eine "abfuhr" durch den halben knast gekriegt.
[danach schildert Stefan, wie sie ihn äußerst brutal nach Bochum verlegt haben: Schläge, bis zum Blutstau angezogene Fuß- und Handfesseln ...]
...
hier lieg ich nun als "rädelsführer einer meuterei" auf der sicherheitsabteilung: einzelhofgang, einzelduschen - wie nach meiner verhaftung vor knapp 12½ jahren.

bochum, 29.10.90
Stefan Wisniewski

(Auszüge)

Die Revolte im Knast Geldern



Die restriktive Führungsweise dieser Anstalt war die Ursache dafür, daß die Stimmung explodierte. Die enttäuschten Amnestieerwartungen waren nur das Zünglein an der Waage. ...
Erst rief einer "da sind welche auf dem Dach", unmittelbar nachdem Luis 1+2 das Dach besetzt hatten, daraufhin skandierten die übrigen Gefangenen an den Fenstern im Chor die Namen der beiden. Die Sprechchöre dauerten bis ca. 2 Uhr morgens an. Transparente mit Amnestieforderung wurden aus den Fenstern gehängt oder rumgewirbelt wie 'n bengalisches Feuer. Die Funken entzündeten das Papier auf dem Hof, so daß an vielen Stellen Feuer entbrannten (dichter Qualm). St. Martin-Lieder wurden gesungen, "Laterne, Laterne, Sonne, Mond und Sterne..."! Zwischendurch "Auf die Dächer", "Amnestie", "Wir sind stark" und persönliche Mitteilungen Richtung Anstaltsleiter und Psychologe, der den Dachbesteigern zuredete. ...
Die Knackis hämmerten auf Eimer, Töpfe, gegen Gitter, Türen und Fensterrahmen, zwischendurch Trillerpfeifen...
Ein Gefangener der Studentenabteilung wurde vom Anstaltsleiter angesprochen, zwei weitere aus dem Bereich des Berufsbildungszentrums. Die Anstaltsleitung wolle mit Gefangenenvertretern "verhandeln"... Von Fenster zu Fenster wurde eine Sprecherdelegation gebildet. Zunächst waren es nur die klassischen "Vollzugsfeinde" und "Querulanten", die bereit waren, diese Verhandlungen zu führen.
Gegen Abend erschienen beide Anstaltsleiter, mit Angst in den Augen. Was sich ihnen hier als Verhandlungsdelegation stellte, war aus deren Sicht wohl das übelste Gesockse, das jemals in einem Knast auf einem Haufen gesehen worden ist.
Wir sagten ihm, daß die Freilasung der beiden Gipfelstürmer aus den Arrestzellen Voraussetzung dafür sei, daß wir uns überhaupt mit der Anstaltsleitung unterhalten. AL Hötter machte deren Dialogbereitschaft davon abhängig, daß es nicht zu Gewalttätigkeiten unsererseits komme.
In unseren Forderungen schlossen wir uns dem Amnestiegesetzentwurf der GRÜNEN an, weil wir nicht Zeit damit verlieren wollten, erst selbst was zu formulieren. Desweiteren forderten wir direkte Kontakte zu Medienleuten, um auf unsere Revolte aufmerksam zu machen. Hötter erklärte, daß der Minister Mitteilungen an Medien im Zusammenhang mit Knastrevolten untersagt hatte. Was in Rheinbach abging, konnten wir ja in Presse, Radio und TV verfolgen. Daß in den anderen Wessi-Knästen die Vereinigung auch gefeiert wurde, ging rum in den Knästen, obwohl die Justiz mit allen Mitteln versuchte, die Revolten in den Kerkern zu verharmlosen oder totzuschweigen.
Was mir besonders auffiel, daß die die Revolte hier offenbar runterspielen wollten zum bloßen Häftlingsstreik.
Ein Argument gegen Gewalt, Dachbesteigung, Sit-In's ... fiel immer wieder; nämlich, daß in Rheinbach alles kaputt sei, "Behandlungsvollzugsmäßig". Geldern ist mit Berufsbildungszentrum, Studentenabteilung ja so'n Vorzeigemodell des Strafvollzugs, so wie ihn sich die Erfinder regulierender Behandlung von Kriminellen ausgedacht haben. Die Angst, daß denen von ein paar chronisch vollzugsfeindlichen Aufhetzern kaputt gemacht würde "was wir erreicht haben", hat die Kerle zu uns an den "Runden Tisch" getrieben - also die Stärke des ursprünglichen FORUM (3. - 15.10.) machte die über dem Knast schwebende Drohung aus, denen aufs Dach zu steigen. Neben mir waren auch andere der "gescheiterten" Dachbesetzer im FORUM. Als wir zur ersten Versammlung geholt wurden, öffneten die nicht nur die Türen der Leute, die sich als Sprecher angeboten hatten, sondern die Zellen der Leute, die hier im Knast als sog. "Rädelsführer" gelten. Mir ist heute klar, daß die gerade diese Leute in der Delegation haben wollten. Die haben uns mit nachträglich sichtbarem System ausgekontert.
Sechs Gefangene des FORUMS müssen von Anfang an zumindest teilweise informiert gewesen sein, daß Sache war, die Hardliner und deren Einfluß in der Subkultur auszuschalten: Denn diese Einflußchance auf die subkulturelle Gefangenengesellschaft durch eine Marionetten-Insassenvertretung (nach dem internen Putsch) wollten die sich auch für die Zukunft erhalten.
Zwei Bedienstete der Anstalt waren uns als Verbindungsleute zur Anstaltsleitung "überlassen" worden, sie wurden von anderen dienstlichen Tätigkeiten entbunden.
Nachdem die uns Vollzugsfeinde mitsamt 6-köpfigem Krebsgeschwür institutionalisiert hatten, konnten die ihre Deeskalationsstrategie durchziehen:
Mach die größten Chaoten, die "Rädelsführer", zu Bürgermeistern, gib ihnen Gelegenheit, das revoltierende Rudel hinter sich zu bringen und führe sie anschließend Schritt um Schritt weg vom Rudel. Und während die Revolte sich zunehmend verläuft, sitzen am Ende die "Bürgermeister" am äußersten toten Punkt der Anstalt. Wir hatten die Basis verloren und damit unsere Stärke.

Bericht eines Gefangenen

In der Zwischenzeit haben die uns mit dem Verfassen von Petitionen, Dokumentationen und Mißtrauensanträgen gegen Psychologen und Sozialarbeiter beschäftigt, so daß wir zeitweise im Papier zu ersticken drohten.
Für die Dokumentation unserer "Revolution" wurde uns der gesamte Bürobereich des pädagogischen Dienstes überlassen: der Leiter des Dienstes tippte in den Computer, was wir ihm diktierten, wobei ich mit den Knastkonformisten um jedes Wort ringen mußte (z.B. Häftlingsstreik anstatt Revolte). Der Pädagoge überließ uns seinen Schreibtisch samt Drehstuhl. In der Zwischenzeit bediente ein Knacki den Kopierer. Sprosse um Sprosse ließen die uns in der Justizhierarchie hochklettern: Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes, Teilanstaltsleiter, Anstaltsleiter, Vorsitzender des Beirats, dem wir unsere Petition übergaben, Präsident des Vollzugsamts, Telefonat mit dem Landtag, Vorsitzende des Rechtsausschusses für das Gefängniswesen (... die dann laut BILD v. 11.10. den Aufstand hier niederschlug ...).
Ziel war es, uns auf ein totes Gleis umzuleiten und uns ins Leere fahren zu lassen, ohne uns aber die Motivation zu nehmen, diesem Gleis weiter zu folgen. Wir hatten ja, wenn auch mühsam, Sprosse für Sprosse, Erfolge ...
Uns wurden äußerste Freiheiten innerhalb dieses Umschließungsringes gelassen. Für das Wochenende gaben die uns Karten für flügelübergreifenden Umschluß.
Die haben die mutmaßlichen Anstifter einer Revolte besoffen und johlend kreuz und quer durch diesen Hochsicherheitsknast ziehen lassen. Langmann hat sogar aufgesetzten Fusel mitgesoffen. Pillen/-Speedies fielen aus der Tasche, Dope wurde verteilt, der Sprit ging nie aus ... und alles unter den Augen unserer beiden "Mitarbeiter", die uns der Anstaltsleiter überlassen hatte.
Am 5.10. ließen die Umschluß, Sport und Freizeitgruppen wieder zu. Von da an fand die akustische "Revolution" schon nur noch nach Umschlußende, 21 Uhr, statt.
Am 8.10. hatten dennoch 173 Gefangene die Arbeit niedergelegt, ca. 30 befanden sich im Hungerstreik, einr im Durststreik.

Die Judasfraktion reduzierte sich im weiteren auf vollzugliche Themen (Abschaffung der Briefzensur ...), mit Inaussichtstellung positiver Veränderungen im Vollzug. Den Gefangenen wurde "empfohlen", den Streik zu beenden. Gefangenen, die mich ansprachen, sagte ich, wir seien mangels Öffentlichkeit gescheitert und als letztes bliebe uns, aufs Dach zu klettern, nach kurzer "Pressekonferenz" von den Bullen runtergeprügelt und länger eingeknastet zu werden wegen Landfriedensbruch usw.. Wir hielten aber die Stimmung auf den Höfen in Gang und gingen auch in Opposition gegen das MarionettenFORUM. Am 15.10. wurden alle 15 FORUM-Mitglieder noch einmal eingeladen. Die Hardliner forderten Abstimmung für Wiederaufnahme der Streikmaßnahmen. ... Nach heftiger Debatte verließen die Hardliner das FORUM endgültig.
Du kannst ein Spiel nicht gewinnen, wenn der Gegner permanent mit gezinkten Karten spielt. Deshalb bin ich anschließend gar nicht mehr frustriert darüber, daß die uns aufs Kreuz gelegt haben. Aber ein paar von denen sind während der Revolte dienstlich, und auch strafrechtlich selbst verbrannt. Und das ist nach der verlorenen ersten Schlacht mein Ansatz für die nächste ...

Geldern, den 27.10.90
Wolfgang Funk

Santa Fu nach der Revolte

Nach der Niederschlagung der Revolte am 1.Juni gab es umfangreiche Zwangsverlegungen: mindestens 27 Gefangene wurden in den Hochsicherheitstrakt, verschiedene Anstalten und später in andere Städte verlegt. Der Verbleib der ausländischen Dachbesteiger ist bis heute ungeklärt. Einige Gefangene wurden mehrere Tage lang ohne Nahrung und Wasser nackt auf ein Bett geschnallt und mit Psychopharmaka vollgepumpt. Kurz darauf begann ein Teil der Zwangsverlegten einen Hungerstreik, den sie ohne Ergebnis nach kurzer Zeit wieder abbrachen.
In Santa Fu wurden die Haftbedingungen allgemein verschärft: Abschottung der einzelnen Flügel voneinander, Kürzung der Besuchszeit.
Während der Revolte haben die Gefangenen der Isolierstation "ihren" Trakt besetzt, die Türen ausgehängt und den Informationsfluß übers Telefon sichergestellt. Als erste Reaktion auf die Niederschlagung haben sie eine unabhängige Gefangeneninitiative gegründet die *BI außerparlamentarische Opposition Fuhlsbüttel*. Anlaß war die Zwangsverlegung derjenigen Insassenvertreter, die nicht mit der Anstaltsleitung zusammenarbeiteten. Sie haben den Rahmen einer BI gewählt, weil ihre Aktivitäten sonst als Meuterei ausgelegt worden wären.
Die BI hat in ersten Flugblättern die Aufhebung der Isolationsmaßnahmen, die Rückverlegung der Zwangsverschleppten gefordert und die Forderungen der Revolte weiterpropagiert. Sie haben für den Informationsfluß innerhalb und zwischen den Anstalten gesorgt. In kurzer Zeit ließen sich 80 Gefangene als Mitglieder einschreiben.
Sie haben Kontakt zu Gefangenen aus anderen Knästen aufgenommen.
Sie haben im September 500 Unterschriften für eine Amnestie gesammelt. Als Unterschriftenlisten beschlagnahmt wurden, sind sie am 5.10. in einen Hungerstreik getreten, an dem sich 13 der 17 Gefangene von Berta I beteiligten. Nur wenige Gefangene in anderen Anstalten beteiligten sich daran, und auf Berta I bröckelte er schnell ab.

DDR

Im November/Dezember 89 haben die Knackis in der DDR einen 32-PunkteForderungskatalog durchgekämpft.
Danach gab's keinen Nachtverschluß mehr, keine Einkaufs- und Paketbeschränkungen, sie hatten offenen Zugang zu allen Abteilungen, die Möglichkeit, mit ihrem Besuch das Knastgelände zu verlassen und so weiter. Dazu die plötzliche Freundlichkeit und Zuvorkommenheit von Bullen und Schließern, die Angst vor den Gefangenen hatten, deren Kämpfe auch davon geprägt gewesen waren, daß sie nichts zu verlieren hatten.
Daß das Verhältnis der Bullen zu ihnen so nicht bleiben würde, war allen klar. Aber die Bedingungen, die sie sich erkämpft hatten, wurden nicht als vorübergehende Priviligien betrachtet, die den bewegten Zeiten entsprangen. Die Ost-Berliner Knakkis haben sich bis zum Schluß gegen ihre Verlegung in West-Knäste gewehrt.
Die "Rädelsführer" sind zum Großteil inzwischen entweder draußen — von 30 000 Gefangenen sind über 25 000 amnestiert worden — oder im "offenen Vollzug", aber alle anderen sind im normalen Strafvollzug gelandet und dort konsequent von den West-Knackis abgeschottet. Mit wenigen Ausnahmen — und da rappelts in der Kiste: Die Tegeler Knackis schreiben in ihren Briefen von einer explosiven Stimmung; in der Frauen-Plötze, wo Frauen aus Köpenick mit Langstraferinnen auf eine Station gelegt wurden, war das erste eine Hungerstreik--Ankündigung. Daraufhin ist ein Senatsfritze angerannt gekommen und hat Gespräche angeboten. Damit war der Dampf zwar raus, aber die Gefangenen merken langsam, daß sie mit Zusagen nur verarscht werden. Die Spaltung zwischen West- und Ostgefangenen hat nur so lange funktioniert, wie sie nicht direkt miteinander konfrontiert waren. An den Ansprüchen der DDR-Knackis wird es sicher noch knallen.

The Great American High

Widersprüche des Kokain-Kapitalismus

"Dionysos stand, nebenbei bemerkt, ursprünglich mit psychedelischen Pilzen in Verbindung. Als der paternalistische Einfluß des Christentums an Macht gewann, wurden Dionysos seine Pilzgeschichten ausgetrieben, und er wurde zum Gott des Weines ausgerufen. Die Kirche und die politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen hatten es lieber, wenn die Massen Schnaps tranken, der die Sinne deprimiert, anstatt Pilze zu essen, die sie erleuchten"

(Tom Robbins, Even Cowgirls Get The Blues)

Das neu aufgelegte Anti-Drogen-Programm der Bundesregierung, das u.a. den Drogenbullen Sonderrechte (Abhören von Telefonen ohne Richterbeschluß, Rasterfahndung u.a.) einräumt, macht nachdrücklich deutlich, daß der Drogenhandel und -konsum wieder mehr ins Zentrum staatlicher Strategien rückt. Die Kriminalisierung des Drogenhandels legitimiert so den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates (siehe auch Schäubles Drogenbericht BRD 1990), der dann auch anderswo gegen die Klasse eingesetzt wird.

Im Anschluß kommt die gekürzte Übersetzung eines Artikels des New Yorker Magazins *The Nation* vom Oktober 1989 zur Geschichte der Anti-Drogen-Kampagnen in den USA. Er verfolgt den Faden von den "underground"-Drogen der 60er und 70er Jahre zum heutigen Kokain-Business. Das ist ein wichtiger Aspekt, doch er reicht uns nicht. Eine Auseinandersetzung mit "Drogen" muß sehr viel mehr umfassen: Alkohol, den staatlichen Pharma-Markt... Vor allem aber sollten Drogen-"user" selber zu Wort kommen. Für die nächste Nummer wollen wir was zur Drogenpolitik in der BRD machen und uns genauer mit der Bedeutung von Drogen im Klassenkampf auseinandersetzen. Schreibt uns was zu euren eigenen Erfahrungen und Einschätzungen!

Was uns besonders interessiert:

- Wie sieht die staatliche Drogenpolitik aus? Was bewirkt sie (Kriminalisierung, Krieg gegeneinander, schärfere Kontrolle, Mißtrauen ...)? Wo liegen in diesem Sinn die Unterschiede bei den "harten" und "weichen", legalen und illegalen Drogen?
- Gibt es einen Weg, gegen staatliche Unterdrückung und die Kriminalisierung von Drogen zu kämpfen, jeder und jedem die Freiheit zum Drogengenuß zu garantieren und gleichzeitig die Zerstörung menschlicher Beziehungen durch Drogen zu verhindern?

Nun aber erstmal der Artikel zu den USA:

Im Juli 69 forderte Präsident Richard Nixon eine «neue Dringlichkeit und abgestimmte nationale Politik» im Kampf gegen die Drogen. Wegen des Vietnamkrieges wurden die Drogen wohl als nationale Krise bewertet. Zwei Jahrzehnte später gibt es eine neue Dringlichkeit: George Bushs neuerdings angekündigte nationale Strategie, ohne einen Kolonialkrieg, der uns ablenkt. In Kolumbien herrscht Bürgerkrieg, und es gibt Gerüchte, daß US-Truppen die Unternehmer von Medellin und Cali in ihre Schranken weisen sollen. Es gibt einen Drogenzar, unsere eigene Version von General Wojciech Jaruzelski, der tatsächlich diesen Sommer erklärte: «Eine massive Festnahmewelle hat höchste Priorität beim Krieg gegen die Drogen».

Drei Kokainbarone sind mittlerweile unter den reichsten Personen der Welt. In den 20 Jahren Krieg gegen die Drogen entstand eine riesige und zuweilen furchterregende internationale Kokainwirtschaft.

Drogenzar William Bennett und Präsident Bush schlagen die Vernichtung der gesamten Kokainwirtschaft vor. Bisher hatten sie sich nicht als Gegner des Kapitalismus hervorgetan, doch nichtsdestotrotz fordern sie nun die Ausschaltung eines der Sektoren mit den größten Zuwachsraten, dem Drogenbusiness. Bennett und Bush beabsichtigen, sich ein für alle mal von diesem angeblich unmoralischen Markt und seinen skrupellosen Unternehmern zu befreien. Wollen sie das wirklich?

In der Geschichte der Kokainwirtschaft finden wir dafür keine Anhaltspunkte. Ihr Wachstum verlief in drei Phasen. In jeder Phase haben führende Anti-Drogen-Funktionäre wissentlich oder unwissentlich mit führenden Drogendealern Defacto-Stillhalteabkommen geschlossen. In der ersten Phase zwischen 1969 und 1974 entstand das Kokaingeschäft. Während dieser Zeit wurden den Kokainschmugglern durch neue staatliche Verordnungen kommerzielle Vorteile eingeräumt. In der zweiten Phase von 1975 bis 1982 gab es einen Kokainboom. Damals startete die Eingreiftruppe einen ernstgemeinten, koordinierten Versuch, die Drogenbankiers zu stellen — und ließ ihn wieder fallen. In der dritten Phase von 1983 bis heute etablierte und festigte sich das Kokaingeschäft. Die Last des "Krieges gegen die Drogen" liegt nun auf den Produzenten-Staaten, auf dem Crack-Business und den Gelegenheitskonsumenten - und nicht auf der nordamerikanischen Elite des Handels.

Eine vierte Phase wird vielleicht gerade von Bush und Bennett eingeleitet. In der Außenpolitik wollen der Präsident und der Drogenzar erweiterte Befugnisse, um aufrührerische Kapitalisten in ihrer Heimat in Lateinamerika angreifen zu können. Innenpolitisch wollen sie erweiterte Befugnisse, um Drogenkonsumenten und kleine Drogenunternehmer abzuschrecken. Die Drogenwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der amerikanischen Politik geworden.

Die Pioniere des Reaganismus

Nixons Krieg gegen die Drogen beschleunigte die Professionalisierung des Drogengeschäftes. Zwischen 1969 und 1974 wurde die Überwachung der mexikanischen Grenze verbessert und mexikanische Marijuana-Felder wurden mit *Paraquat*, einem Unkrautvernichter besprüht. Damit wurden Amateurschmuggler aus dem Geschäft gedrängt. «An ihrer Stelle gediehen professionelle Gruppen» beobachtete die Soziologin Patricia Adler von der University of Colorado. Die

Die politische Ökonomie des Heroins

Die USA sind bekanntermaßen das Land mit dem höchsten Betäubungsmittelkonsum. Dort sind 1987 1716 Personen an Kokain, 1527 an Heroin gestorben; die Toten durch Crack liegen nach den letzten Schätzungen hingegen bei ca. 2000. Jedes Jahr sterben also in den USA 5-6000 Personen am Konsum harter Drogen. Die Anzahl der wegen Drogenbesitz oder -verkauf Festgenommenen ist geradezu erschreckend - 1981: 559.000 Personen, 1984: 708.000, 1987: 937.000. Unter der Reagan-Regierung sind die Verhaftungen wegen Delikten in Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit von 250.000 auf 750.000 gestiegen. In bezug auf die Bevölkerung ist das eine Größe, als ob in Italien 150.000 Personen wegen Drogen im Knast wären — anstelle der jetzigen 35.000.

Die Statistiken für Italien und die anderen westeuropäischen Staaten sind sehr überraschend. In Italien werden z.B. vom Innenministerium 211.000 als "chronisch abhängig" eingestuft und 250.000 als "GelegenheitskonsumentInnen" (die nur am Samstag oder Sonntag Drogen nehmen). Bei letzteren handelt es sich also um Personen, die mindestens einmal beim Kauf, Konsum oder Verkauf von Heroin erwischt wurden. Die Statistiken des übrigen Westeuropa weisen Unterschiede auf: in GB gibt es weniger als 40.000 Drogenabhängige, in Frankreich und der BRD sind es nicht mehr als 60.000 und in den Niederlanden ca. 15.000. Im Verhältis zu den anderen westeuropäischen Ländern gibt es in Italien also zehnmal so viele HeroinkonsumentInnen. ...

Das Heroin drang in Italien also in dem Maße ein, wie die sozialen Bewegungen zerschlagen wurden. Auch in den anderen westeuropäischen Ländern gab es solche Bewegungen, aber eine Art politisch-gesellschaftliches Gesetz besagt, daß, je radikaler und breiter die Bewegung und leider auch die Repression war, desto stärker verbreitete sich das Heroin. Das läßt sich statistisch untermauern: Die Zahl der Heroinabhängigen in Italien stieg von ca. 20.000 1976 auf 50.000 Ende 77, auf 100.000 78, um sich dann bei 200-250.000 Ende 1982 einzupendeln...

Von 1986 bis 1988 hat sich die Zahl der Herointoten verdreifacht: von 280 auf 850 ... Die Ursache ist sicher nicht das Auftauchen eines besonders guten Heroins auf dem Markt. Das zeigen u.a. die Autopsie-Ergebnisse bei Herointoten: die Heroinmenge im Blut war nie höher als 5%, während die restlichen 95% aus Verschnittsubstanz bestand. Es wäre also korrekter, von "Verschnittoten" zu sprechen. Die von der Mailänder Polizei 1988 auf der Straße beschlagnahmten 7.000 Portionen enthielten maximal 7%. In diesem Sinn kann man sagen, daß niemand an Heroin stirbt — und es ist nicht richtig, Heroin von einem abgehobenen ideologischen Standpunkt als *Ware des Kapitals* zu bezeichnen.

CENSIS kam zu dem Schluß, daß der Drogenabhängige kein unproduktives Subjekt ist, sondern im Gegenteil hoch produktiv. Wenn wir bedenken, daß der Drogenhandel in Italien jährlich 50.000 Mrd. Lire umsetzt, und daß dieses Geld aus illegalem, *kriminellem* Kapital über die Banken, die Kapitalgesellschaften und die Versicherungen zu legalem Kapital wird, trägt der Drogenabhängige zweifellos auf sehr nachhaltige und originelle Art dazu bei, daß Italien das westeuropäische Land mit dem vierthöchsten Bruttosozialprodukt geworden ist.

Noch größer ist der politische Vorteil, den der Staat aus der Verbreitung der Drogenabhängigkeit zieht: Bekanntermaßen reproduzieren sich die jüngsten Generationen von Bewegungen aus den Fünfzehnjährigen; die Verbreitung des Heroins in den 80er Jahren hat 500.000 dieser Subjekte ausgelöscht, ungefähr zwei Drittel einer Generation - alles Subjekte, die potentiell in der Lage gewesen wären, den Klassenantagonismus wieder zu beleben.

Wenn all das am Grünen Tisch geplant worden wäre, müßten wir annehmen, von einer Gruppe von Genies regiert zu werden. Es ist jedoch klar, daß das nicht so ist, sondern die Folge eines kapitalistischen Mechanismus, der dazu führt, daß in Perioden der Stagnation Kapital in die rentabelsten Sektoren investiert wird; das heißt, in jene mit dem niedrigsten Risiko und dem höchsten Ertrag.

Auszüge aus einer Rede von Primo Moroni im Herbst 88

standen aus «Leuten, die der Herausforderung durch die Gesetze mit neuer Spitzfindigkeit begegnen konnten und sich die notwendige Technologie und Ausrüstung leisten konnten, um nicht geschnappt zu werden.»

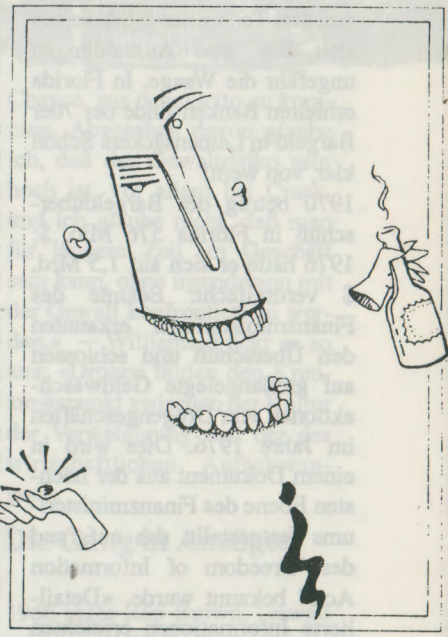
Dadurch, daß Nixons Drogenkrieg Marijuana und Kokain als gleich gefährlich bekämpfte, stimulierte er das Kokaingeschäft. Kokain ist leichter zu transportieren und zu verstecken als loses Marijuana. Dadurch bietet es zugleich weniger Risiko und höhere Profite. Die unterschiedslose Verfolgung von Kokain und Marijuana gab der kompakteren und physiologisch gefährlichen Droge Wettbewerbsvorteile.

Zwischen 1974 und 1980 beobachtete Adler, wie sich San Diego von einem «Hauptumschlagplatz für Marijuana in ein Vertriebszentrum des Kokainhandels» verwandelte. Dutzende anderer nordamerikanischer Städte machten in derselben Zeit eine ähnliche Wandlung durch.

Eine neue kapitalistische Elite zeichnete sich an der Spitze der Drogenwirtschaft ab: Die Produzenten und Exporteure waren zunehmend Kolumbianer, während Amerikaner die Rollen der inländischen Großverkäufer, der Finanziers, Piloten und Geldwäscher übernahmen.

Die Marktvorteile des Kokains schufen natürlich nicht die Nachfrage nach dieser Droge, die zum Boom der späten 70er führte. Die Nachfrage schaffte wahrscheinlich eher das Angebot als umgekehrt. Kokain, ein belebender Aufputscher, war die ideale Droge für Millionen von Leuten, die versuchten, mit dem ökonomischen Wandel fertigzuwerden. Für die Armen und die Mittelklasse begann der Absturz 1973 mit der ersten Öl-Krise. Die produzierenden Industrien wurden von Dienstleistungs- und Informationsfirmen verdrängt. «Die aufputschende Wirkung von Kokain steht in einer Linie mit der Anerkennung des ökonomischen und kulturellen Lebens im Kapitalismus», schrieb ein Kritiker des Drogendezernats von Miami, denn «keine andere Droge arbeitet so gut: Heroin schwächt zu sehr, Marijuana macht zu passiv — du kannst dich auf der Überholspur nicht entspannt zurücklehnen».

Kokain war die Droge für die, die die Spitze erreichten — und die, die nur davon träumen konnten. Die Drogensubkultur der 60er, mit ihrer Vorliebe für LSD und Marijuana, war gestorben. Die Kokainunternehmer standen nun im Zentrum einer neuen Kultur des Vergnügungskonsums. Sie hatten ihr vorwiegend funktionalisiertes, zielstrebiges, kontrolliertes und zukunftsorientiertes Verhalten gegen ein mehr vergnügungsorientiertes, sexuell freizügigeres Leben eingetauscht, schreibt



Adler. In dieser Hinsicht sind die Kokainhändler die Erben der Drogensubkultur der 60er.

Aber auch wenn die Drogenunternehmer subkulturelle Impulse hatten, so verkörpern sie gleichzeitig die Werte des Konsumkapitalismus. «Statt antimaterialistische Kommunen wie in den 60ern zu suchen», schreibt Adler, «behielten (bzw. intensivierten) diese Leute die Werte des Materialismus, die unsere Gesellschaft durchdringen.» Ihrer Meinung nach waren sie irrationale Materialisten, Hedonisten, süchtig nach Profit und Rücksichtslosigkeit.

In diesem Sinne sehen sie aus wie Pioniere des Reaganismus.

Operation Greenback

Der Kokainboom der späten 70er produzierte eine immense Bargeldflut für die aufstrebende nordamerikanische Drogenelite. In Miami wurden Bankiers gebraucht, um das Bargeld handhaben zu können, und es gab keine Schwierigkeiten, welche zu finden.

Der beste verfügbare Maßstab für den Dollarumsatz des Drogenhandels ist die Statistik des Geldumlaufes bei der US-Zentralbank (FED). Jede Bank leitet ihre Bargeldeinlagen an die örtliche Filiale der FED. Ein Bargeldüberschuß entsteht, wenn alle Banken eines FED-Bezirkes mehr Bargeld einnehmen, als sie auszahlen. In den meisten Teilen der USA halten sich Ein- und Auszahlungen ungefähr die Waage. In Florida erhielten Banken Ende der 70er Bargeld in Leinensäcken. Schon klar, von wem!

1970 betrug der Bargeldüberschuß in Florida 576 Mio. $; 1976 hatte er sich auf 1,5 Mrd. $ verdreifacht. Beamte des Finanzministeriums erkannten den Überschuß und schlossen auf großangelegte Geldwaschaktionen von Drogengeschäften im Jahre 1976. Dies wird in einem Dokument aus der höchsten Ebene des Finanzministeriums festgestellt, das aufgrund des "Freedom of Information Acts" bekannt wurde. «Detaillierte Informationen erreichten auch die DEA und das Justizministerium», steht in dem Bericht. Trotz "detaillierter" Beweise wurde gegen die Drogenbankiers zwischen 1976 und 1979 nicht gemeinsam vorgegangen.

Erst als 1979 das Magazin *Parade* und die Fernsehsendung *60 Minutes* Berichte über angesehene Drogen-Profiteure brachten, starteten die Bundesbehörden schließlich die *operation greenback*. Diese behördenübergreifende Eingreiftruppe aus Angestellten der FED, des Finanz- und Justizministeriums war der erste (und manche sagen: auch der letzte) ernsthafte Versuch der Bundesregierung, die Drogenbankiers an die Kette zu legen.

Operation greenback war in den ersten Jahren einigermaßen erfolgreich, doch insgesamt war ihr Scheitern bezeichnend. Sie war vor große praktische und politische Aufgaben gestellt. 1982 fand man bei einer Geldwaschuntersuchung heraus, daß eine Vorortfiliale der *Capital Bank* in Miami in weniger als 18 Monaten 242 Mio. Dollar Drogengeld eingenommen hatte. Wenn der Bargeldüberschuß einen ungefährer Hinweis auf den Umsatz des Drogenhandels gibt, dann waren das etwa 5% des Bargeldes des blühenden Drogenhandels in Florida, auf jeden Fall ein großer Anteil. Um den ganzen Bargeldüberschuß in Florida abzuwickeln, wären wenigstens 30 solcher Geldwaschaktionen und genausoviele Bankiers notwendig. Und tatsächlich fanden sich bei der Auswertung von Finanzberichten der Banken in Miami im Rahmen von *operation greenback* nicht weniger als 24 Banken, die eine gründlichere Untersuchung verdienten. Innerhalb von zwei Jahren war *operation greenback* in Schwierigkeiten. «Es gibt Probleme in Süd-Florida, die das Projekt zum Scheitern bringen könnten», schrieb ein Vertreter des Finanzministeriums im Juni 1982. Als größtes Problem bezeichnete ein *greenback*-Agent «die Art, wie Fälle ausgewählt werden, die wir untersuchen sollen.»

Operation greenback kollidierte mit den Interessen der Finanzwirtschaft. Im Mai 1982 beschimpfte William Raab, ein Offizier der US-Zollbehörde, beim Jahrestreffen der Bankiersvereinigung von Florida die «(schlampigen) Institute, die absichtlich von diesen schmutzigen Geschäften profitieren». Daraufhin rief einer: «Sie benutzen uns als Sündenbock», und aufgebrachte Bankiers verließen das Treffen.

Ein anderes Problem war, daß die Prüfer von der FED für die Verfolgung von Geldwaschaktionen nicht ausgebildet waren — und diese deshalb auch nicht verfolgten, so der frühere US-Staatsanwalt R. Gregorie.

Außerdem lockerte die Reaganregierung die Überwachung der Finanzinstitute eher, als sie zu verstärken. Reagan reduzierte die Zahl der Bankprüfer und Agenten des Bundesfinanzamts, die die Finanzberichte auf Sachen wie Betrug und Geldwaschen untersuchen. Beides gedieh derweil.

George Bush, der im März 1982 zum Chef der nationalen Anti-Drogen-Aktion ernannt wurde, «war nicht sehr interessiert an der juristischen Verfolgung der Finanzgeschäfte», sagt Charles Blau, damals Chef von *operation greenback*. Unter Bush wurde *greenback* in einem Jahr von einem einflußreichen behördenübergreifenden Komitee in Washington zu einer Abteilung im Amt des US-Bundesanwaltes in Miami herabgestuft. Währenddessen wuchs der Bargeldüberschuß in den Städten Jacksonville und Miami auf 5,2 Mrd. $.

Über die gebremste Version von *operation greenback* läßt sich bestenfalls noch sagen, daß sie offensichtlich die Drogenfinanziers gezwungen hat, ihre Operationen nach Kalifornien zu verlegen. Das Justizministerium schreibt den zuvor nicht dagewesenen Bargeldüberschuß von 3 Mrd. $ in Südkalifornien 1988 den wachsenden Geldwaschaktionen in Los Angeles zu.

Aber der zweimal jährlich erscheinende Drogenbericht des Außenministeriums betont, daß «die aufstrebende Gruppe von professionellen, kriminellen Finanzmanagern ihre Dollars nicht mehr in Säcken transportieren müssen»; stattdessen würden Drogengeschäfte nun meist mittels elektronischer Überweisungen abgewickelt.

Der zuständige US-Bezirksrichter Peter Beer stellte 1982 fest: «Mit nur ganz geringen Abweichungen von der traditionellen

Drogenkrieg gegen Schwarze

Ein Drittel der Schwarzen in den USA lebt unter der offiziellen Armutsgrenze, ihre Arbeitslosigkeit ist mit 12% ca. doppelt so hoch wie bei den Weißen, bei schwarzen Jugendlichen liegt sie bei 33%. Die Streichungen im Sozialetat der USA treffen die Schwarzen besonders hart.

Die Lebensbedingungen der Schwarzen sind so schlecht, daß in den USA Staat und Kapital ständig mit ihrem organisierten Widerstand rechnen müssen. Die großen Aufstände der 60er Jahre in den schwarzen Ghettos sind allen noch in Erinnerung. Wenn irgendwo die Bullenüberwachung mal zusammenbricht (z.B. bei den Stromausfällen in einigen Großstädten oder dem Erdbeben in San Francisco), geht's gleich ans Plündern. Immer wieder gibt es Straßenschlachten zwischen schwarzen Jugendlichen und Bullen, wenn diese Leute erschießen oder brutale Razzien durchziehen.

Seit Mitte der 80er beziehen sich viele schwarze Jugendliche wieder auf "Black Power". Die Reden von Malcolm X, schwarze Kultur (Rap), Solidarität mit schwarzen Befreiungsbewegungen in Südafrika, die Selbstorganisierung in den Ghettos sind Ausdruck des neuen Selbstbewußtseins.

Der Staat hat die davon ausgehende Gefahr erkannt und reagiert auf zwei Ebenen:

- Durch vermehrte Drogenzufuhr in schwarze Ghettos. So sollen Community-Strukturen zerstört und schwarze Jugendliche in den lokalen Drogenhandel eingebunden werden.
- Durch repressive Anti-Drogengesetze und Spezialeinheiten der Bullen. Damit werden die jungen Schwarzen kriminalisiert, auf eine Auseinandersetzung um Drogenreviere festgelegt und in den Krieg mit den Drogenbullen hineingezogen.

Während Großdealer, Geldwäscher und Finanziers von Drogengeschäften weitgehend in Ruhe gelassen werden und weiter den Nachschub von Drogen in die Ghettos organisieren, konzentriert sich die Repression auf die kleinen Drogendealer und Konsumenten.

Im Zuge der Drogengesetze von 1986 und 1988 wurden die Polizeibefugnisse erweitert (Hausdurchsuchungen, elektronische Überwachung, Festnahmen ohne richterliche Beschluß u.ä.), neue Anti-Drogen-Einheiten aufgebaut und die Strafen für Drogendelikte erheblich verschärft (insbesondere für Besitz und Dealen von kleinen Mengen).

Geschäftsmoral und der Verletzung einiger undurchsichtiger Bundesstatuten kann eine gebührenhungrige Bank zu einem idealen Waschsystem werden. Niemand mußte sich richtig darin verwickeln. Einzige Voraussetzung war, daß keiner zu viel nachfragte». Wenige in der Bush-Regierung fragen viel nach über Drogengeschäfte.
Tatsächlich steht die Verfolgung von Drogenbankern in Bushs sogenannter nationaler Strategie weit hintenan. *Operation greenback* funktioniert nicht. Und die früher winzige *Capital Bank* hat mittlerweile ihre Geschäfte nach Washington, D.C. ausgedehnt. Die Bank, die 80/81 eine Viertelmilliarde Dollar im Zusammenhang mit Drogengeschäften einnahm, hat nun eine glitzernde Filiale zwei Blocks von Bushs Weißem Haus entfernt.

Die neuen Unternehmer

Den Unternehmern im Crack-Geschäft geht es nicht so gut. Sie gehören auch zur Wachstumsindustrie, aber der städtische Crack-Markt ist vom harten Wettbewerb um die geringen Profite und dem noch geringeren sozialen Ansehen gekennzeichnet. Auch hier sind die ökonomischen Veränderungen in den 70er Jahren entscheidend. Unternehmen verließen die armen städtischen (und ländlichen) Gemeinden, in denen sich nun das Crack-Geschäft abspielt. In städtischen Gegenden wurden vor allem Arbeitsplätze von Ungelernten abgebaut. Die neuen Arbeitsplätze verlangten einen höheren Ausbildungsgrad, und die schwarzen Communities konnten damit nicht Schritt halten. Das Drogengeschäft wurde zunehmend zum wichtigsten (Geld-)Geschäft in den Gegenden, die vom legalen Kapitalismus verlassen worden waren. Mitte der 80er Jahre hatte sich der Kokainmarkt etabliert und die Preise fielen. Es wurde ein neues Produkt eingeführt, das es möglich machte, den Markt wie nie zuvor auszudehnen. Crack, das in kleinen Mengen abgepackt für 5 $ oder weniger verkauft wird, ein Bruchteil des Mindestpreises für Kokainpulver, ermöglichte es den Dealern, ganz neue Konsumentengruppen anzusprechen. Es schuf ebenfalls eine neue Klasse von Unternehmern: Afroamerikanische Teenager, die nur geringes Startkapital brauchen und traditionelle Autoritäten ablehnen. Die städtischen Drogenunternehmer werden als Mitglieder "der Unterklasse" und als Opfer der sogenannten Kultur der Armut dargestellt. Aber laut verschiedener Medienberichte haben Crack-Unternehmer oft Eigenschaften, die in besagter Kultur angeblich nicht vorkommen: Arbeitsdisziplin, Abstinenz von Drogen, Sparsamkeit. Crack-Unternehmer lehnen die herrschende Kultur nicht völlig ab. Ihre Rebellion ist Teil ihrer konformistischen Haltung gegenüber der herrschenden Kultur. Sie verschmähen die Anweisungen von Eltern, Polizisten, Lehrern und anderen Autoritäten, akzeptieren aber die Unternehmer- und Konsumkultur von Mainstream-Amerika. Sie sind Musterbeispiele für die Kultur des Kapitalismus.
Der demokratische Kapitalismus duldet in den Innenstädten keine andere Wachstumsindustrie neben Crack. Viele von Weißen betriebene Geschäfte und Unternehmen wurden geschlossen oder verlagert. Kleinunternehmer, die einer bestimmten Volksgruppe angehören, wie koreanische und chinesische Händler, beschäftigen meist nur Landsleute. Größere Firmen nehmen offensichtlich keine Schwarzen, entweder aus rassistischen Gründen oder weil die städtischen Schwarzen die notwendige Ausbildung nicht haben. Während der letzten 15 Jahre zog es die Bundesregierung vor, die Gettos mit Subventionen am Leben zu halten. Die schwarzen Autoritätsfiguren, die den unternehmerischen Eifer der jungen Schwarzen nutzbar machen könnten, arbeiten alle im öffentlichen Dienst oder in Einrichtungen für Rassenintegration. Auf jeden Fall haben sie nicht die Möglichkeit und das Kapital, schwarze Jugendliche zu beschäftigen und schwarze Wirtschaftsstrukturen aufzubauen.
Was soll ein junger, begabter schwarzer Unternehmer als rational denkender, ökonomischer Mensch in der kapitalistischen Gesellschaft tun? «Diese Frage hasse ich», sagt Peter Reuter, ein Ökonom von der *Rand-Corporation*. «Aber meistens wird er oder sie mit Drogengeschäften anfangen. Es ist sicherlich ein Weg für viele Menschen im Getto, um vorwärts zu kommen, wenigstens zeitweise, oft auch für länger. Für viele Menschen ist es sicherlich die einzige Chance, aus dem Getto zu kommen. Abgesehen davon glaube ich, daß das Gewaltrisiko sehr hoch ist, vor allem bei Crack, und ich glaube nicht, daß man für längere Zeit im Geschäft sein kann, ohne irgendwann mit der Gewalt konfrontiert zu werden.» — Williams drückt es so aus: «Drogen bilden den Kreuzungspunkt zwischen der Kultur der Verweigerung und der des wirtschaftlichen Aufschwunges».

Die Gang in Anzügen

1966 sagte Rap Brown, Gewalt sei so amerikanisch wie Apple Pie — aber Rap Brown hatte noch nicht den Apple Pie "Kokainkapitalismus" gesehen. Es gibt keine amerikanischere Geschichte (nacherzählt im *Wall Street Journal*), als die über den mittelmäßigen Speichellecker in San Francisco, der aus dem kollektiven Rattenrennen ausstieg und eine Multimillionen-Dollar-Kokainfirma aufbaute. Dem Rat seine Großvaters folgend, verschrieb der aufstrebende Kapitalist sein Leben dem, was sein Großvater den Platz an der Sonne nannte — diese privilegierte und für wenige (gewöhnlich weiße) Männer reservierte Position. Dieser Schurke der Reagan-Ära verbrachte die 80er an verschiedenen Hawai-Stränden

und arbeitete an einem heroischen Roman über seine eigenen Heldentaten, als er festgenommen wurde. Reuter beobachtete, daß die Zahl der Leute, die fähig und willens sind, am Drogenhandel teilzunehmen, «sehr groß ist, vielleicht viele Zehntausende».

Die Unternehmer an beiden Enden des Drogenmarktes ziehen die größte Aaufmerksamkeit der Medien auf sich. Der auffällige schwarze Drogendealer, der 5 $-Rocks verkauft, und der unwahrscheinlich wohlhabende Kolumbianer, der 5-Tonnen-Transaktionen überwacht. Reverend David Perrin, ein Priester in Washington, D.C., schreibt, daß die Schwarzen «die unterste Stufe der gesamten Drogenindustrie in unserem Land bilden. Die Leute, die wirklich verantwortlich sind — und ich hasse es, das so sagen zu müssen, aber ich gehe hier vom ganzen Machtsystem aus — sind weiße Geschäftsleute in klimatisierten Büros mit den nötigen Verbindungen, um Drogen zu importieren».

Die professionelle Mittelklasse der nordamerikanischen Drogenwirtschaft wird kaum beachtet. Diese Gruppe reicht von Freunden des Baseballtrainers Pete Rose (drei von ihnen sind wegen Kokaingeschäften im Knast) bis zu Freunden von Oliver North (von denen einer eine führende Rolle bei einem geplanten 10-Mio.-Dollar-Kokain-Import nach Florida spielte). Es sind, nach den Worten eines Angestellten des Finanzministeriums, «Mitglieder einer wohlhabenden, gut ausgebildeten, professionellen Gruppe, von denen viele nicht vorbestraft und einige höchst respekable Gemeindemitglieder. Es sind Rechtsanwälte, Wirtschaftsfachleute, Bankiers und Börsenmakler.»

Es sind Leute wie das frühere Mitglied des Repräsentantenhauses Robert Hanrahan, Republikaner aus Illinois, der letztes Jahr Geldwaschaktionen zugab, oder der Abgeordnete Patrick Swindall, rechter Republikaner aus einem Vorort von Atlanta, der wegen Meineides in neun Fällen als Zeuge in einem Geldwaschverfahren verurteilt wurde. Swindall erzählte einem Undercover-Agenten, daß er bereit sei, an einer Geldwaschaktion teilzunehmen. Es sind Leute wie Richard Silberman, führender Geldbeschaffer für den Präsidentschaftskandidaten Jerry Brown 1980. Silberman versprach einem FBI-Undercover-Agenten, Millionen aus Drogeneinkünften zu waschen. «Ich tue das schon seit 20 Jahren», prahlte Silberman angeblich. Solche gutgestellten und respektablen Vertreter bilden das Herz der Drogenwirtschaft. Reverend Perrin hat recht. Ihre Ansichten sind europäisch.

Die erfolgreichen Drogenunternehmer haben sich gut verschanzt. Schon 1982 entwickelte sich die Kokainwelt "in Richtung auf eine konzernartige Struktur". 1988 versuchte Robert Merkle, Bundesstaatsanwalt in Tampa/Florida, die Richter von Carlos Lehder, einem von Kolumbiens führenden Kokainhändlern, von der neuen Realität zu überzeugen. Merkle verglich Lehder mit dem kapitalistischen Helden Henry Ford und widersprach dem populären Klischee, daß die den Kokainhandel beherrschenden Männer gangmäßige Schurken seien. «Sie müssen die moderne Gang verstehen», sagte Merkle dem Gericht, «sie trägt Anzüge. Sie raubt keine Banken aus, sie kauft Banken. Sie nimmt den Leuten nicht das Geld weg, sie gibt ihnen etwas, das sie wollen».

In dieser Hinsicht wenigstens unterscheiden sich die Bosse des Drogenhandels nicht von den Produzenten von Bier, Wein, Spirituosen, halbautomatischen Waffen, Zigaretten, Telefonsex, Privatfernsehen, FCKWs oder Geländemotorrädern. Auch sie verkaufen Konsum und Vergnügen, bloß mit angeblich schlimmeren gesellschaftlichen Folgen. Die Drogenwirtschaft vollzieht keine Abkehr von der nationalen Konsumwirtschaft, sondern ist ein Teil von ihr.

Es rapp

Seit einem halben Jahr gibt es Unruhe im berliner Taxidienst am Südstern. Im folgenden ein kurzer Bericht aus dem Betrieb plus ergänzende Auszüge aus einem Interview.

110 FahrerInnen im Betrieb, und du weißt nix voneinander. Du weißt nicht, wer vor dir im Auto saß und auch nicht, wer nach dir ne Schicht fahren wird. Erst recht nicht, welche Kollegin sich zur gleichen Zeit wie du selbst den Arsch an der Taxihalte plattsitzt. Alle mit unterschiedlichen Arbeitsverträgen. Probleme werden vom Chef individuell geregelt: linksliberal versteht sich, Alt-68er, Mitglied der AL und Ex-Kollektivist, der es zum drittgrößten Taxiunternehmer (West-)Berlins gebracht hat.

Die Solidaritätsschichten für die FLMN in El Salvador werden von ihm mitfinanziert, für das politische Plakat ist im Büro schnell ein Platz gefunden, der zinslose Kredit hilft dir bei der Wohnungssuche aus der Klemme (kannst ihn ja bald wieder abarbeiten ...). Sein aufmunterndes Schulterklopfen und freundliches Lächeln tun ein übriges für das nette Betriebsklima im Alternativunternehmen.

Mit ein paar Tricksereien kommst du immer auf einen Stundenlohn von 18 bis 20 Mark. Im Betrieb gibt es etwa 10 FestfahrerInnen (d.h. sozialversichert), der Rest gehört zu den 30% BRD-MalocherInnen, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen, aber zum Teil auch wollen. Die Möglichkeit, sich die Arbeitszeit einzuteilen, mehrere Wochen unbezahlten Urlaub zu machen, mal viel zu arbeiten, um dann wieder weniger zu arbeiten, ist vielen Menschen wichtiger als die Sozialversicherung. In diesem Spannungsfeld bewegen sich viele, und dies haben auch wir uns zum Thema gemacht:

Aufrechterhaltung des AushilfsfahrerInnenstatus + soziale Absicherung = weniger arbeiten.

Dem Chef sind die FahrerInnen am liebsten, die eine Lohnsteuerkarte plus Immatrikulationsbescheinigung bei ihm abgeben; für die zahlt er bei Vermittlung 100.-DM Kopfgeld. Obwohl sie 50% vom eingefahrenen Umsatz bekommen (statt 34% für die FestfahrerInnen) bildet ihre Ausbeutung die Existenzgrundlage des Betriebes.

Gründe gab's genug, mal zu schauen, wie es um die Arbeitsbedingungen westberliner TaxifahrerInnen steht. Ausgehend von den Solischichten für El Salvador starteten mehrere FahrerInnen aus unterschiedlichen Betrieben eine Umfrageaktion über die Arbeitsbedingungen in allen größeren Betrieben. Die Fragen betrafen das zahlenmäßige Verhältnis Fest-/Aushilfs-FahrerInnen, die Höhe der Umsatzprovision etc.. - Lohnfortzahlung {LFZ} im Krankheitsfall für AushilfsfahrerInnen stellte sich dabei als zentraler Ansatzpunkt für eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen heraus, da sie von keinem der größeren Unternehmen bezahlt wurde, ohne durch niedrigere Löhne (vor-) finanziert worden zu sein.

pelt in der Kutsche

Zwei Ampeln vor, eine zurück?

Es war nicht ganz klar, wie wir anfangen sollten, und da zufällig fünf FahrerInnen vom *Taxidienst am Südstern* da waren, ergriffen diese die Initiative. Wir hatten durchaus keine einheitliche Meinung zur Vorgehensweise und Strategie; der alternative Chef war zu glitschig, um ihn richtig zu fassen. Zwei von uns checkten in einem persönlichen Gespräch seine Bereitschaft für eine Regelung aus (mit der es nicht sehr weit her war). Gleichzeitig kostete es uns alle Mut, zur ersten FahrerInnenversammlung einzuladen. Denn wir wollten die anderen FahrerInnen im Betrieb mal mitkriegen. Es gab zwei konkrete Diskussionsvorschläge: Shellboykott (des Unternehmers bester Freund ist Pächter einer Shelltankstelle, so wurden die 25 Taxen des Betriebes mit Karten zum bargeldlosen Tanken ausgestattet) und die LFZ im Krankheitsfall für alle AushilfsfahrerInnen.

Dreißig kamen, und es war ziemlich schnell klar, daß wir die LFZ wollen und der Betrieb seinen Vertrag mit Shell kündigen muß. Wir waren uns darüber einig, daß LFZ im Krankheitsfall für uns 1) existentiell sein kann und 2) weniger Arbeit bedeutet. Unterschiedliche Positionen entwickelten sich an der Frage, wie sie durchzusetzen ist. Viele hatten Angst vor Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und des Betriebsklimas, was beides Gründe für viele sind, gerade in diesem Betrieb zu arbeiten (flexibles Buchen der Schichten, Prämiensystem, relativ wenig Vorschriften zur Arbeitsweise etc.).

Obwohl eigentlich allen klar war, daß der Chef freiwillig keinen Pfennig rausrückt, wurden ihm unsere Forderungen mitgeteilt und er wurde aufgefordert, innerhalb von 14 Tagen Stellung zu beziehen bzw. die Forderungen zu erfüllen.

In diesen zwei Wochen passierte nicht viel, der Chef antwortete schriftlich, ohne Stellung zu beziehen; er wolle mit einer kleinen Gruppe verhandeln, weil er sich scheue, bestimmte Probleme schriftlich zu äußern. Verhandeln wollen wir nicht, aber eine Delegation bildet sich, um seine Angebote abzuholen. Nach zwei Stunden ist aus dem alternativen Mittvierziger ein knallharter Geschäftsmann geworden, der schließlich allein vor seiner Kaffeetasse sitzenbleibt. Er hat klargemacht, daß er nur auf Druck reagieren wird; zahlen will er nicht für alle AushilfsfahrerInnen sondern nur für die, die sich Studis nennen dürfen; diese LFZ will er durch eine Verschärfung des Akkordsystems finanzieren, indem er nicht mehr grundsätzlich 50% Umsatzprovision zahlen will, sondern zwischen 48 und 51 entsprechend des Kilometerschnitts. Was neben einer Steigerung der Arbeitshetze vor allem ein Versuch ist, an unsere Schwarzfahrkohle (ohne Uhr) ranzukommen und die Privatfahrten einzuschränken.

Immer präsent ist seine Angst vorm Krankfeiern. Dementsprechend bietet er uns feste Arbeitsverträge an, dann hätten wir auch die LFZ. Aber wir wollen den Raum behalten, den uns der Status als AushilfsfahrerInnen bietet und trotzdem krankfeiern, das heißt, wir wollen unseren Raum erweitern.

Vielleicht wollte er uns deshalb zu FestfahrerInnen machen, weil es für ihn keine ökonomischen Vorteile mehr bedeutet, AushilfsfahrerInnen zu beschäftigen, wenn diese Ansprüche stellen. Wie schon gesagt, er und seine Kaffeetasse bleiben alleine zurück.

Zuvor hatte es unter uns kontroverse Standpunkte zur Funktion eines linksliberalen Unternehmers gegeben. Sie bewegten sich zwischen «eigentlich ist er ganz nett, mit dem können wir doch reden» und «der ist wie alle, der will bloß die Kohle, die eigentlich uns gehört». So hatte das Gespräch mit ihm auch gute Seiten: es machte uns allen klarer, wo wir stehen. Wir waren ziemlich empört über Kündigungsandrohungen gegen AushilfsfahrerInnen ohne Studistatus und gegen die, die sich viel Kohle übers Schwarzfahren organisieren.

Der nächste Rundbrief an die Belegschaft, in dem wir über das Gespräch informierten, wurde heftiger. Seitdem sehen wir uns immer massiveren Spaltungsversuchen des Chefs ausgesetzt.

Liebe Jürgen

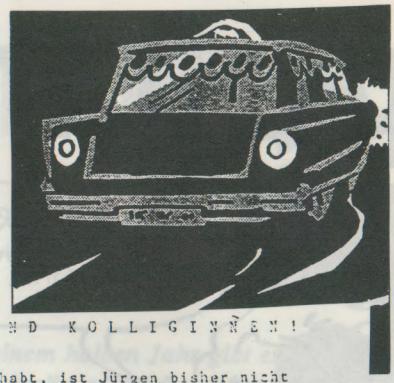
nach Vorlage der Monatsabrechnung für den Monat August mußten wir feststellen, daß Dein Kilometerschnitt (Umsatz geteilt durch gefahrene Kilometer) in diesem Zeitraum bei DM [illegible] lag.

Angesichts der sich drastisch erhöhenden Spritpreise, aber auch in Hinblick auf die in unserem Betrieb geführte Diskussion über eine verbesserte soziale Absicherung der studentischen Mitarbeiter kann ich eine derartige Arbeitsweise nicht mehr länger hinnehmen.

Ich fordere Dich daher auf, dafür zu sorgen, daß der Kilometerschnitt DM 1.40 nicht mehr unterschreitet. Andernfalls sehe ich mich nicht mehr in der Lage, Dich bei der Vergabe der Fahrzeuge zu berücksichtigen

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Arndt



LIEBE KOLLEGEN UND KOLLIGINNEN!

Wie Ihr ja bestimmt schon gemerkt habt, ist Jürgen bisher nicht bereit, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei Beibehaltung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu zahlen.
Da er aber rechtlich - zumindest was Studentinnen und Studenten betrifft - dazu verpflichtet ist, versucht er nun einen Kilometerschnitt als Pflicht einzuführen.
Auch dies ist rechtlich nicht zulässig, da es einer Verschlechterung unserer Arbeitsverträge gleichkommt.
Auf den FahrerInnenversammlungen war eine der wichtigen Überlegungen gewesen, daß wir auf keinen Fall die Lohnfortzahlung gegen schlechtere Arbeitsbedingungen eintauschen wollen. Nun droht Jürgen (wie dem beiliegenden Brief zu entnehmen ist) einigen FahrerInnen und Fahrern mit Kündigung, bzw. damit, ihnen keine Taxen mehr zur Verfügung zu stellen.

Dies bedeutet:
1. Jürgen versucht einen Mindestkilometerschnitt im Betrieb einzuführen.
2. Dieser soll nun (1,40) sogar noch höher liegen als der Schnitt, den er in seinem grünen Brief vorgeschlagen hatte.
3. Jürgen will diese Vertragsverschlechterung nicht für alle gleichzeitig einführen, sondern versucht sie exemplarisch und nicht öffentlich bei einigen FahrerInnen und Fahrern durchzusetzen.
4. Jürgen versucht mit der Begründung die Spritpreise seien gestiegen, unsere Löhne zu kürzen, obwohl die Golfkrise sowieso schon eine Erhöhung unserer Lebenshaltungskosten zur Folge hat ...

Die Kündigungsandrohungen richteten sich gegen FahrerInnen, die er als Rädelsführer-Innen darstellen wollte. Eine gezinkte "Rangliste" sollte beweisen, daß sie die schlechteste Leistung im Betrieb erbrachten. Die Androhungen werteten wir nicht nur als Einschüchterungsversuch, sondern auch als Ausdruck davon, daß die Betriebsumsätze der letzten Monate zurückgegangen waren. Unser Austausch über Arbeitsbedingungen verbreitete das Wissen um die vielen kleinen Tricks, wie wir den Lohn täglich aufbessern können. Dem versuchte er durch die Kündigungsandrohungen genauso beizukommen, wie er es jetzt durch die Verplombung der Taxameter, einer neuen Schaltung des Taxilichts* oder Heraufsetzen des geforderten Kilometerschnitts versucht.

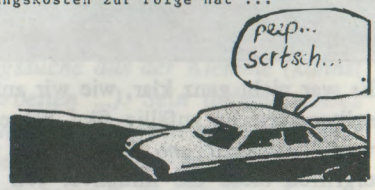
Auf der nächsten FahrerInnen-Versammlung taten sich ziemliche Unterschiede auf. Eine Fraktion wollte eigentlich zum Streik oder ähnlichen Aktionen übergehen, die andere Fraktion wollte erst nochmal mit dem Chef reden: Die Kündigungsdrohungen hatten ihre Wirkung getan. Die Angst vor Repressionen spielte bei unseren Einschätzungen eine größere Rolle. Wir einigten uns auf ein erneutes Gespräch mit dem Chef, um festzustellen, ob er die Kündigungsdrohungen zurücknimmt und die LFZ endlich ohne Einschränkung zahlt.

Das Ergebnis überraschte uns alle: **er zahlt!** ... allerdings will er gleichzeitig den Mindestumsatz pro gefahrenem Kilometer von 1,20DM auf 1,30DM anheben und bindend für alle einführen. Er zahlt! aber nur an die, die eine Semesterbescheinigung und Lohnsteuerkarte bei ihm abgeben. Die "NiedrigverdienerInnen", bei denen nur 490.-DM auf der Lohnsteuerkarte stehen, kriegen **nix!** Vielleicht sollen sie auch auf die wütend werden, die aufgrund ihrer Forderung nach LFZ jetzt für die Modernisierung der Ausbeutungsstrukturen verantwortlich gemacht werden sollen.

Wir akzeptieren diese Anhebung nicht, sondern werten sie als einen Versuch, unsere Ausbeutung zu effektivieren und werden die neugefaßten Arbeitsverträge nicht unterschreiben. Außerdem wollen wir die LFZ nicht nur für Studis, sondern werden sie für alle AushilfsfahrerInnen durchsetzen. Ansonsten würden mindestens acht Leute aus der Regelung rausfallen, und auf diese Spalterei lassen wir uns auf keinen Fall ein. Was wir bei alldem oft vergessen, sind die vielen kleinen Erfolge, die soo klein gar nicht sind:

* Der Vertrag mit Shell mußte auf unseren Druck hin vor zwei Monaten gekündigt werden.
* Der Betrieb hat eine LFZ-Regelung für Studis eingeführt, die im Taxigewerbe ein Novum ist.
* Es sind Ansätze von Gegenmacht entstanden; 20% der Belegschaft haben für die Durchsetzung ihrer Interessen gekämpft und sich selbst organisiert.
* Der größte Erfolg ist jedoch, daß diese Zugeständnisse und Reförmchen ihr Ziel — die Befriedung des Betriebes — nicht erreicht haben, sondern uns Möglichkeiten aufgezeigt haben, wie wir unsere Interessen in die Hand nehmen können. Es sind unter ca. 20 von 100 FahrerInnen so etwas wie Strukturen entstanden, die vielleicht qualitativ nicht besser oder wichtiger sind als die "normalen Kontakte unter MalocherInnen".

Das Taxilicht ist mit dem Taxameter gekoppelt: Leuchtendes Licht bedeutet, daß das Taxi frei ist und der Taxameter nicht läuft — eine Kontrollmöglichkeit, ob jemand schwarz Gäste transportiert.



Aber sie sind uns wichtig, denn sie geben in der individualisierten und isolierten Situation von TaxifahrerInnen enormen Rückhalt. Ob diese Strukturen in der Zukunft etwas vorwärtstreiben können, wird sich noch herausstellen.

Die Erfolge haben uns nicht zufriedengestellt, sondern machen Lust auf mehr: Kontakte zu anderen Betrieben, zu FahrerInnen aus dem Osten, gegen die Streichung der Berlinzulage und natürlich mehr Lohn sind Punkte, an denen es für uns weitergehen wird.

Berlinweite FahrerInnen-Versammlung
am Dienstag, den 18.12.90 um 20 Uhr
in der Yorckstr. 59 HH 2.St. rechts
zu Arbeitsbedingungen im Taxi-Gewerbe.

Vorläufige Diskussionsvorschläge:

- *Veränderung der Arbeitsbedingungen* durch Einführung des einheitlichen Tarifgebiets seit 3. Oktober
- *Angekündigte Lohnkürzung* durch Streichung der Berlin-Zulage
- *Mehr Lohn* durch Anhebung der Umsatzprovision für Fest- und Aushilfs-FahrerInnen
- *Lohnfortzahlung* im Krankheitsfall für AushilfsfahrerInnen

A: Was am Taxifahren ganz praktisch ist, besonders in einem größeren Betrieb wie bei uns: Du kannst relativ kurzfristig entscheiden, wie oft und wie lang du fährst.

C: Das hat nen Mythos von Freiwilligkeit. Du mußt arbeiten, brauchst ne bestimmte Menge Kohle, um leben zu können. Das weiß der Unternehmer auch. Die Regelmäßigkeit, mit der wir zur Arbeit kommen, braucht er uns gar nicht vorzuschreiben.

Wieviel arbeitet ihr durchschnittlich im Monat?

A: Acht bis zehn Schichten, also etwa 70 Stunden im Monat...

B: Ich mach vielleicht 50 bis 60, um auf 800 bis 1000 Mark zu kommen.

C: Manche knallen sich auch abends um 6 in die Taxe und fahren bis morgens um 6 durch; die arbeiten dafür nur einmal die Woche.

Du hast gesagt, im Jahresdurchschnitt hast du 18 Mark Stundenlohn raus. Wieso denkt ihr, das sei ein besonders guter Lohn und die Festen würden weniger verdienen? Rechnet das doch mal nach!

A: Ich glaube, die Lohnhöhe gehört auch in den Bereich der Mystifizierung. Es gibt Schichten, da hast du zehn Stunden gearbeitet und 300 Mark in der Tasche. Das ist selten, aber das gibt es! Im Sommer läuft das Geschäft schlechter, da verdienst du grad 15 Mark. Ich hab das auch so drauf gehabt "eigentlich bin ich mit dem Taxifahren gut bedient", weil manchmal läuft's schweinegut.... Aber aufs Jahr umgerechnet haut das nicht hin!

D: Wir verdienen ja nicht gut im Vergleich zu Festangestellten oder zu Leuten in der Fabrik, sondern im Vergleich zu Leuten, die über die Studentenvermittlung jobben. Da sitzt du manchmal zwei, drei Wochen dort und wartest auf einen Job mit 13 oder 14 Mark Stundenlohn!

800-1000 Mark im Monat ist für Berlin ganz schön knapp, oder?

B: Bleibt auch nicht viel übrig... Ich hab irgendwo gelesen, daß Arbeitszeit ne Enteignung von Leben ist, so erlebe ich das auch. Wenn du mehr Knete willst, geht mehr Zeit drauf und die Arbeit frißt dein Leben noch mehr auf. Da sag ich mir lieber: die 1000 Mark müssen reichen!

A: Es gibt Leute, die arbeiten 40 Stunden die Woche als Studis und haben 2000 Mark im Monat. Die fühlen sich aber freier und besser und sonstwie, weil sie jederzeit aufhören könnten. Du denkst, nicht in den Zwängen zu stekken, in denen du als normale Malocherln steckst. Faktisch stimmt das nicht.

Bei Treffen mit Taxi-KollektivistInnen kommt von denen oft: "Erzählt mal schnell eure Sachen mit der LFZ und dann kommen wir zum Politischen". Warum ist das für die nicht politisch?

A: Die denken, daß sie sich selbstbestimmt bezahlen, und haben keine Lust, sich damit auseinanderzusetzen, weil sie dafür ne Lösung haben, die sie für gut halten. Von denen kommt dann einfach immer "ja gründet doch Kollektive!".

Und wieso ist es für euch indiskutabel?

B: Wir arbeiten, weil wir müssen. Die Kollektive sagen, daß Arbeiten an sich schon politisch ist und stellen das nicht mehr in Frage. Manche Kollektive arbeiten mehr und stecken die Überschüsse in politische Projekte. Das Taxifahren benutzen sie, um ihr politisches Engagement, ihre Identität auszudrücken: beim IWF, mit Soli-Schichten usw.

A: Ein wichtiger Punkt, der gegen Kollektive spricht, ist, daß du dort noch viel mehr gedanklich mit der Arbeit befaßt bist: du mußt die Wartung mitmachen, die Büroarbeit, das Plenum — das erhöht die Verbindlichkeit der Arbeitszeit beträchtlich. Das find ich beim Unternehmer angenehm: ich hol mir die Taxe und stell sie wieder ab und hab ansonsten nix damit zu tun.

B: Beim Unternehmer kannst du Konflikte in ne andere Richtung entwickeln. Wenn wir LFZ durchsetzen, bedeutet das ja weniger Arbeit; das geht in die Richtung von Recht auf Leben unabhängig davon, wie gerade die Geschäftslage ist, ob er grad Knete macht oder nicht. Das geht in so nem Verhältnis, aber in Kollektiven nicht! Da machst du dich selbst abhängig von der Geschäftslage.

C: Was im letzten Monat in unserem Betrieb abgelaufen ist, ist mir viel wichtiger, als in nem Kollektiv zu arbeiten: Ansätze an kollektiven Strukturen, sich zu wehren.

Was meinst du mit Strukturen?

B: Für mich heißt es, nicht die 8 Stunden Arbeit runterzureißen und dann wieder nach Hause zu gehen und nächste Woche das gleiche. Sondern wir treffen uns nach der Arbeit in der Kneipe und reden, tauschen uns aus, wie 's uns geht, wie man am besten schwarz fährt usw. Wir haben gelernt, daß wir was verändern können, daß es zusammen geht.

D: Dreieinhalb Jahre lang hab ich die 8 Stunden abgerissen und danach in das hinterste Eck von meinem Kopf verdrängt. Drei Stunden danach hätt ich auch nix mehr groß über die Arbeit erzählen können. Ich hab durch die Gruppe angefangen, mich anders damit auseinanderzusetzen, nicht mehr zu sagen, das ist einfach ne Zeit, die ist verloren gegangen.

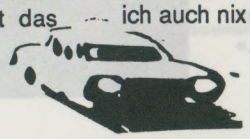
B: In letzter Zeit haben wir manchmal gedacht, das schaffen wir nicht. Aber vor nem halben Jahr hat der Chef LFZ für Studis noch kategorisch abgelehnt. Und heute haben wir sie. Was wir wollten, haben wir längst erreicht. Vor lauter Streß vergißt man das manchmal. Was wir genau wollen, hat sich erst entwickelt, am Anfang haben wir uns an den Konflikten festgemacht, die wir vorgefunden haben. Wir selbst haben uns dadrin verändert, auch mit den anderen zusammen.

C: Gemeinsam kannst du den Zugriff einschränken, den der Unternehmer auf dich hat. Wenn der vor nem Jahr die Fackel eingeführt hätte, die mit der Uhr verbunden ist, oder daß er die Sicherungen verplombt, wär ich dem individuell ausgesetzt gewesen. So kann ich mich jetzt mit Leuten darüber unterhalten: was machen wir dagegen? gehen wir offiziell dagegen vor und fordern ihn auf, das wieder abzuschaffen; oder ist es effektiver, wenn ein paar dieser Dinger kaputtgehen?

Ihr seid doch Leute, die grundsätzlich was verändern wollen. Wie verhält sich das zu eurem Vorgehen in der "Lohnfrage"? Habt ihr nicht auch die Weltsicht der Kollektive "macht mal schnell euren LFZ-Kram, dann kommt das Politische"??

C: Es ging uns zunächst darum, unsere eigenen Bedingungen zu verändern. Durch die Umfrage hatten wir zudem mitgekriegt, daß die LFZ ganz allgemein ein Problem ist. Deshalb haben wir dann versucht, da was zu organisieren. Wir haben uns nicht als politische Interessensgruppe zusammengesetzt, sondern aus dem Konflikt zum Unternehmer sind Ansätze von Selbstorganisierung entstanden. Was unter uns bisher fehlt, ist eine reflektierende Diskussion darüber, was wir eigentlich gemacht haben.

A: Das ist auch eine Identitätsfrage. Geht es darum, die LFZ durchzudrücken oder um mehr? Geht es auch darum, öffentlich ne radikale Position zu beziehen? Übersehen wir nicht aus Angst, im Betrieb zu ner Splittergruppe zu werden, die Sprengkraft, die da drinliegt? Laufen wir deshalb Gefahr, gewerkschaftliche und "demokratische" Positionen einzunehmen? Fehlen deshalb Reibungspunkte, an denen wir inhaltlich diskutieren könnten...



Wilder Streik bei VW-Wolfsburg

Nachdem Betriebsrat und Geschäftsleitung einen Vorschlag für die diesjährige Sonderprämien veröffentlicht hatten (500 DM für Leute, die über 10 Jahre im Werk sind, 300 DM für über 5 Jahre, der Rest 100 DM), legten schon in der Spätschicht am 8.11. spontan ein paar hundert ArbeiterInnen die Arbeit für drei Stunden nieder. Ihr Unmut richtete sich gegen die Staffelung und Höhe der Zahlungen. Am nächsten Tag wurde der Prämienvorschlag der Frühschicht bekannt gegeben. Etliche Vertrauensleute verbanden dies mit dem Hinweis, daß Leute, die damit nicht einverstanden sind, sich nach der Pause an einem bestimmten Punkt in der Halle treffen können. Mehrere hundert KollegInnen der Halle 54 versammelten sich und zogen zu der nächsten Halle, obwohl die Vertrauensleute noch mal darauf hingewiesen hatten, daß diese Aktion nicht von der Gewerkschaft abgesegnet und ein wilder Streik sei.
Inzwischen hatten auch in den Hallen 10,11 und 12 ähnliche Versammlungen stattgefunden. Die KollegInnen zogen gemeinsam zur Kantine der Halle 10 und forderten dort das Erscheinen eines VW-Bereichsleiters, der zu dem Prämienvorschlag Stellung beziehen sollte. Der Vorschlag der Vertrauensleute, eine Delegation zu dem Bereichsleiter zu schicken, wurde von fast allen ArbeiterInnen abgelehnt.
Nach ca. einer Stunde war klar, daß der Bereichsleiter nicht erscheint. Daraufhin einigten sich die KollegInnen, die Aktion abzubrechen und wieder an die Arbeit zu gehen. Das Ganze hatte ca. 2 Stunden gedauert, aus den betroffenen Hallen (vorwiegend Endmontage) haben sich ca. 5 - 10% beteiligt.
In der Zeitung wurde geschrieben, daß deswegen ca. 2000 Autos nicht gebaut werden konnten, das scheint jedoch angesichts der eher geringen Beteiligung etwas zu hoch gegriffen zu sein.
Danach hat die Geschäftsleitung anscheinend in Zusammenarbeit mit dem BR versucht, alle beteiligten KollegInnen abzumahnen und vier "Rädelsführer" fristlos zu entlassen. Der BR distanzierte sich auch in der Presse von der Aktion und forderte die VW-ArbeiterInnen zum Maßhalten auf. Inzwischen hat er die Linie gewechselt und sich gegen die Kündigungen ausgesprochen. Das kann ein Hinweis sein, daß die Kampfbereitschaft unter den KollegInnen doch größer ist, als es die nun erstmal wieder eingekehrte Ruhe vermuten läßt.

Konferenz revolutionärer Syndikalisten 1.-4. November in Stockholm

Eingeladen hatte die SAC, Sveriges Arbetaren Centralorganisation (eine syndikalistische Organisation mit 14.000 Mitgliedern) Themen der Konferenz waren: die Internationalisierung des Kapitals; Umwelt und/am Arbeitsplatz; Repression; die Zukunft des revolutionären Syndikalismus. Tenor der Diskussionen im Plenum und einzeln war das Interesse aller Beteiligten, miteinander zu diskutieren, die verschiedenen Bedingungen zu verstehen und aus diesen heraus die jeweiligen Herangehensweisen nachzuvollziehen, gegenseitige Kritik (Koreaner, Sowjets und einige Schweden mit Vorstellungen von einem "dritten Weg", der nichtrevolutionär, gewaltfrei sein soll). Es war die erste Konferenz dieser Art seit dem 2. Weltkrieg, deswegen war vor allem das persönliche Kennenlernen wichtig, wir können jetzt einschätzen, wer was wie diskutiert und warum, mit wem auf welchem Gebiet Zusammenarbeit möglich ist.
Es soll weitere Treffen geben.
Vereinbart wurde für den 1.12.90 ein internationaler Tag der Aktion gegen den Golfkrieg, die Einrichtung eines Info-Bulletins ab 1991.
Ergebnisse der Konferenz: Allgemein der Wille zum Kampf, mehrheitlich zum Klassenkampf, Feststellung einer "Krise der Arbeit" im alten syndikalistischen Sinn der Befreiung der Arbeit. Klagen darüber, daß die ArbeiterInnen sich nicht mehr als solche sehen und organisieren, daß sie sich nicht mehr über die Arbeit definieren. Infragestellung der alten syndikalistischen Ideologie (durch die Klasse). «Wir brauchen eine moderne Theorie.»

So Leute, wer sich bis hierher durchgekämpft hat, kriegt die Tapferkeitsmedaille am Band!
Wir wollten ehrlich keine so vollgestopfte Zeitung machen, aber es war in den letzten Tagen verdammt schwer, das viele Material so stark zusammenzustauchen, daß noch Bilder reingepaßt hätten. Einige Artikel haben wir vielleicht zu stark gekürzt. Die Knastsachen haben wir deshalb in voller Länge an die INTERIM geschickt, die ja inzwischen auch über Berlin hinaus gelesen wird.
Vieles kommt uns zusammengestoppelt vor, es taugt noch nicht so ganz fürs praktische Umsetzen.
Wir hatten zwei Schwerpunkte vor: weltweite Frontverläufe im Klassenkampf und Antifa. An Antifa sind wir zu blauäugig drangegangen: viele Antifa-"Ideologen" hatten Interesse daran, daß es zu keiner politischen Diskussion kommt. Statt dessen hätten wir uns mal den "Jugendbanden" zuwenden sollen.
Was wir jetzt dazu bringen, sind erstmal Materialien, die hoffentlich eine breite Diskussion anregen.
"Und überhaupt schreibt uns", gilt also auch diesmal!
Vom Punkt "internationale Klassenkämpfe" ist nur das Papier zur Sowjetunion einigermaßen fertig geworden, außerdem ein kurzer Bericht zum Streik bei Mercedes in Südafrika, den wir hinter den Einleitungsartikel geklemmt haben. Zum ganzen Golfkomplex kommen jetzt nur zwei Stücke - da müssen wir (alle!) dranbleiben!
Es ist viel zusammengekommen in den Tagen, wo wir die Zeitung fertiggestellt haben: der Beginn des Häuserkampfs (?), bald jeden Tag eine Demo (sehr unterschiedlicher Güte). Am stärksten fällt es wohl den LeserInnen außerhalb Berlins auf, daß wir fast nichts zu den aktuellen Auseinandersetzungen um die Häuser bringen. Wir waren schon in der Endphase der Zeitungsproduktion, als sich die Sachen so zugespitzt haben und hatten keine Lust, gleich die großen Einschätzungen zu machen.

Berlin,
im November 1990

PROJEKTil

anarchistisches magazin aus Münster

Die Kritik an den herrschenden Verhältnissen zur Waffe zu machen, war der Anspruch, der aus unserem »Zeitungsprojekt« das PROJEKTil werden ließ. Das Selbstverständnis als anarchistisches Magazin ist das Selbstverständnis seiner MacherInnen, d.h. daß sich das PROJEKTil weniger auf anarchistische Theorien bezieht, als daß es Ausdruck lebendiger Bewegung in der Offenheit und Auseinandersetzung zu anderen linksradikalen und autonomen Bewegungen in der Brd. Das PROJEKTil will als anarchistisches Projekt diesen Ausdruck revolutionärer Bewegung widerspiegeln und nicht den Anarchismus als Philosophie und Dogma hochhalten.
Als Zeitung aus der lokalen Bewegung veröffentlicht es Aktuelles und Diskussionen, die lokalen Bezug haben, aber u.E. auch überregionale Bedeutung. Aus dem Dilemma heraus nicht nur lokale, aber auch nicht bundesweite/ internationale, Zeitung sein zu wollen (das heißt nicht, daß wir nicht wollen, daß das PROJEKTil international gelesen wird) werden wir versuchen mit den nächsten Ausgaben einen deutlicheren Schwerpunkt auf NRW zu legen. Dabei sind wir aber auch auf Infos aus der Region angewiesen (das ist ein Aufruf uns alles zuzuschicken).
Ciao, das Redaktionskollektiv

PROJEKTil, c/o Themroc, Bremer str.42, 4400 Münster.

Die neuste Ausgabe Nr.9/ März 1990 enthält: * Die Okkupation. Einige Überlegungen zur sog. Wiedervereinigung * Die Sprachlosigkeit überwinden. Versuch einer anarchistischen Position * Europa 1992 (Teil I) * Shell-Boykott-Kampagne * Interview: Pornographie und alltäglicher Sexismus * Die selbsternannte Avantgarde * News etc.
Abobedingungen: 32 dm (incl. Porto) für 10 Ausgaben auf das Konto:
J.Essig, Münster
Postgiroamt Dortmund
Kto.Nr. 3605 81 - 467

ak

Alle reden von der Krise der Linken. Wir auch.

Aber zugleich entwickelt sich in der marxistischen Linken eine Offenheit für Zusammenarbeit und streitbaren Dialog, die es jahrelang kaum gegeben hatte. Blicke über die Zäune der eigenen Schrebergärten sind angesagt. Dabei kommt mann/frau am ARBEITERKAMPF nicht vorbei.
Wir schreiben über Aktionen und Diskussionen der radikalen Linken; PDS — sozialdemokratische Falle oder positive Herausforderung; imperialistische Deutschlandpolitik und die Kampagne „Nie wieder Deutschland"; Kampf gegen den § 218; Faschisten und was man dagegen tun kann; Rassismus und Antisemitismus; politische Justiz und Haftbedingungen; Kriegspolitik und antimilitaristischer Kampf; Befreiungsbewegungen der Dritten Welt; soziale und nationale Konflikte in der UdSSR.

Der ARBEITERKAMPF erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des KOMMUNISTISCHEN BUNDES mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36
Tel. 040 / 43 53 20
Der ARBEITERKAMPF kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33 (Einzelbestellungen DM 5 + DM 1 Porto). Kostenloses Probeexemplar bestellen!

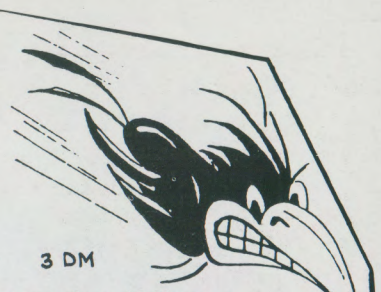
blätter des iz3w

Informationszentrum Dritte Welt

Nr. 168/ Sept. 1990
Themenschwerpunkt: Türkei/Kurdistan

Einzelpreis 6,- + Porto,
Abo 48,-, erm. 36,-
Aktion Dritte Welt e.V.
Postgiro Klrh 1482 39-755

Verlag Schwarze Seele



3 DM

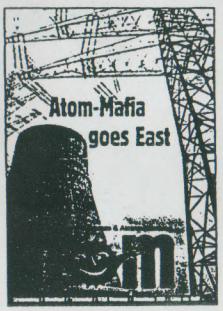
Broschüre zu den Aktionen im Knast Moabit Frühjahr 90

zu bestellen bei: "Knastgruppe"
c/o Verlag Schwarze Seele
Fałckensteinstr. 46 1 — B'ln 36

türkei information

erscheint zweimonatlich,
Jahresabo DM 20,-
Türkei-Informationsbüro
Postfach 91 08 53
D-3000 Hannover 91
Postgirokonto Hannover
Nr. 5697 25-304
Tel: 0511-31 86 54

atom Nr. 32



Aus dem Inhalt

★ **Wendland:**
Gorleben lebt & bebt

★ **Atommafia goes East**
Ein einig Atomenergieland
Der Stromvertrag
Uranbergbau in Wismut

★ **Tschernobyl:**
Katastrophe geht weiter

★ **Krieg am Golf:**
Zu den strategischen und sozialen Hintergründen
Rhein-Main-Airbase

★ **Standorte:**
Krümmel, Hanau, Stade, HMI-Versuchsreaktor u.a.

★ **Kriminalisierung:**
Startbahn-Prozeß
Luiti Hornstein

Weitere Themen auf den 84 starken Seiten: Atommülltransporte, Endlager USA und Frankreich, PAN-Foto ...

atom erscheint jeden zweiten Monat. Preis: DM 5,—
Abo (5 Ausgaben): 30 DM

Bestelladresse:
atom, Postfach 1109
2120 Lüneburg

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr. 3/90 (laufende Nr.36) enthält:

★
Entmilitarisierung!
Text vom Bundestreffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer

★ **Der Berliner Häuserkampf hat Lummer überlebt! Übersteht er seine eigene Bürokratisierung?**
aus: telegraph

★ **Die Festung Europa**
von Herby Sachs

★ **Flüchtlingspolitik in Mittelamerika**
von Rainer Hammerschmidt und Manfred Lontke

★ **Überleben in der Wirtschaftskrise und die Würde des Menschen**
von Veronika Bennholdt-Thomsen

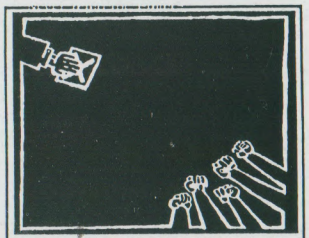
★ **Kongreß der Radikalen Linken**
von Peter Walter

★ **Kritik an der "basisdemokratischen" PDS/Linken Liste**
von Wolfgang Haug

★ **Die TAZ lügt! - über das Umgehen mit einer ehemals linken Zeitung**
von Todor

★ **Der Intellektuelle als Cinéaste - zum Dokumentarfilm**
Emile de Antonios
von Jörg Auberg

Außerdem: Nationalismus-Diskussion, Teil 3; Anarchismus-Diskussion, Teil 1; Anarchistische Bewegung in Polen, Rezensionen zu Geronimos "Feuer und Flamme", zu einem neuen Video über einen anarchistischen Spanienkämpfer, zu Lustigers Buch zu Juden im Spanischen Bürgerkrieg, über die Stammkneipe der "Rheinischen Progressiven" u.a. auf 72 Seiten.
Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer (Nr.-12) 10.-
SF-ABO: (4 Nrn.) 20.-
Red Schwarzer Faden; PF 1159
7043 Grafenau-1
Tel. 07033-44273



November/Dezember 1990 - Nr. 84

Keine Wahl!

Tarifkampf gegen die ÖTV
IGM:
K.O. vor der letzten Runde
»DEBATTE«: Deutschland?
Kultur kontra Nation
Nach der Einheit:
Melancholie

Was treibt die CNT?
Nachrichten aus der UdSSR
Anarchisten in Chile
Die Mujeres Libres heute

Probeheft anfordern!

direkte aktion

Anarchosyndikalistische Zeitung der Freien Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union in der IAA
»da«, Lagerstraße 27, 2000 Hamburg 36

lin-Paris *** Arbeiterkampf *** SU *** Nationalismus und Klassenkampf **